Erdogan und die Atomwaffe, S. 6

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

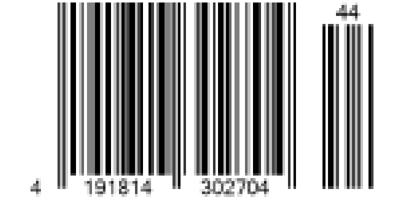
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 44 – 3. November 2017

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Druck von der Basis: „Klima-Aktivisten“ demonstrieren in Berlin gegen mögliche Kompromisse für „Jamaika“ Bild: Imago

Mit der Faust im Nacken

Schon knirscht es: Weshalb »Jamaika« kommen, aber nicht lange halten dürfte

Jeder sitzt auf seine Weise in der Klemme. Die Erwartungen ihrer Wähler lassen Schwarz, Gelb und Grün kaum Spielräume.

Bereits eine Woche nach Beginn der offiziellen Koalitionsverhandlungen zwischen Union, FDP und Grünen hat es vernehmlich zu knirschen begonnen. Beim Thema Energie und „Klima“, vor allem aber auf dem Feld der Asyl- und Einwanderungspolitik stehen die Partner unter der genauen Observation ihrer Wähler. Die Verhandlungsführer wissen das, daher ihre Nervosität.

Beobachter sehen insbesondere die CSU in der Klemme. Nach dem Desaster der Bundestagswahl mit nur 38,8 Prozent in Bayern stehen die Christsozialen mit dem Rücken zur Wand und von rechts massiv unter Druck. Deshalb sendete München nach dem 24. September Signale aus, die sich bewusst vom „Weiter so“ der Kanzlerin unterscheiden sollen. Wenn die Bayern-Union jetzt jedoch nicht liefert, kann es für sie brandgefährlich werden.

Die Liberalen fühlen sich möglicherweise sicherer, als sie tatsächlich dastehen. Parteichef Lindners Botschaft, endlich zu rechtsstaatlicher Asyl- und Zuwanderungspolitik zurückzukehren, verstanden viele Wähler ganz ähnlich wie die „Obergrenze“ der CSU – und machten ihr Kreuz bei der FDP, weil ihnen die AfD nicht ganz geheuer war.

Selbst in der CDU rumort es nun immer vernehmlicher

Werden diese Anhänger enttäuscht, könnte sich für die Freidemokraten ein ähnlicher Albtraum abzeichnen, wie sie ihn 2013 erlebten, als sie der Wähler aus dem Parlament warf, weil die FDP in seinen Augen ihre Wahlversprechen nicht umgesetzt hat.

Die Grünen haben bei den Wahlen des Jahres 2017 die Erfahrung gemacht, dass sie nur in jenen Bundesländern Erfolg hatten, wo ihr gemäßigter Flügel vorherrscht wie in Baden-Württemberg und in Schleswig-Holstein. In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, wo Linke die Partei dominieren, wurde sie abgestraft, bei den Bundes- wie bei den jüngsten Landtagswahlen. Für die Ökopartei ist ein Gelingen von „Jamaika“ so wichtig, weil es den zur Mitte gewanderten Wählern signalisiert, dass die Grünen zu einem bürgerlichen Bündnis imstande sind, zumal sich Rot-Rot-Grün erledigt hat.

Die CDU erschien zunächst wie ein grauer Block, der blind den Anweisungen der Chefin folgt. Nach und nach verdichten sich jedoch einzelne Merkel-kritische Stimmen zu einer Front innerhalb der Partei. Die lange wie tot daliegende CDU erwacht zu neuem Leben, eingehaucht vom immer selbstbewusster hervortretenden konservativen Flügel.

So verhandeln alle vier Partner mit der Faust im Nacken. Die klassische Einigung gelänge in solchen Situationen über unkonkrete Kompromisse, die möglichst niemanden allzu sehr in Bedrängnis bringen. So dürfte es auch diesmal kommen. Die harte Realität wird einen solchen Kompromiss indes schon bald zerreißen, weshalb „Jamaika“ kommen, aber nicht lange halten dürfte. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Es wird Zeit

Vor oder zurück? Das war am vergangenen Wochenende wohl die am häufigsten gestellte Frage. Denn es war wieder einmal Zeitumstellung. Dabei gibt es eine einfache Eselsbrücke, um sich zu merken, wie herum denn nun an der Uhr gedreht werden muss: Im Frühjahr werden die Gartenmöbel hervorgeholt und die Uhr vorgestellt, im Herbst werden die Uhren ebenso wie die Gartenmöbel wieder zurückgestellt. Ganz einfach also, aber absolut überflüssig. Zahlreiche Studien und Gutachten haben längst belegt, dass es keine überzeugenden Argumente für die Zeitumstellung gibt. Sie ist ein Produkt längst vergangener Zeiten der Ölkrise. Um zu sparen, wollte man noch mehr aus dem Tag herausholen. Also drehen wir seit 1980 alle halbe Jahre an der Uhr. Ohne dass es etwas bringt, außer, dass der Biorhythmus vieler Menschen durcheinandergerät und die Milchproduktion einbricht, bis sich die Kühe an die neue Zeit gewöhnt haben.

Und warum stellen wir die Uhren um, obwohl es den gewünschten Effekt der Zeitumstellung nicht gibt? Einzig und allein deshalb, weil die Bürokraten in Berlin und Brüssel es so wollen. Was die Politik einmal beschlossen hat, behält sie auch bei. Daran kann selbst ein Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages nichts ändern, in dem die Zeitumstellung für überflüssig erklärt und ihre Abschaffung empfohlen wird. Und Volkes Wille schon gar nicht. Laut einer repräsentativen Umfrage würden 80 Prozent der Deutschen gern auf die Zeitspielerei verzichten. Es ist an der Zeit. Deshalb der Appell an die Politik: Macht Schluss mit der Umstellerei! Man kann dann ja die Sommerzeit zur Normalzeit machen. Dann bleibt es das ganze Jahr über eine Stunde länger hell.

Erdogans langer Arm

Einflussnahme auf in Deutschland lebende Türken nimmt zu

Mit Sorge beobachtet die Bundesregierung die zunehmende Einflussnahme der türkischen Regierung auf ihre in Deutschland lebenden Landsleute. Die Verbindungen und Einflüsse der Türkei „zu islamischen beziehungsweise auf islamische Gemeinschaften in Deutschland“ sei augenfällig, teilte sie auf Anfrage der Grünen-Fraktion mit. Insbesondere nach dem gescheiterten Putsch in der Türkei am 16. Juli 2016 sei eine Intensivierung der Versuche des türkischen Staats festzustellen, Einfluss auf die türkische Diaspora in Deutschland auszuüben. Im Nachgang des Putschversuches trachteten auch offizielle Vertreter der türkischen Generalkonsulate in Deutschland danach, zugunsten der türkischen Regierung Einfluss auf die Meinungsbildung auszuüben. Dasselbe gelte für Organisationen wie die

Auch offizielle Vertreter beteiligt

Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) oder die Ditib, die „eng mit türkischen Stellen verwoben“ seien. Beispielsweise sei die strukturelle und personelle Anbindung von Ditib an das Präsidium für religiöse Angelegenheiten der Türkei (Diyanet) „hinlänglich bekannt“.

Kritisch sieht die Bundesregierung auch, dass Ankara über seine Botschaft und die Generalkonsulate die Dienstaufsicht über die aus der Türkei entsandten und vor allem in Ditib-Gemeinden tätigen Imame des Diyanet ausübe. Hierdurch ergäben sich vielfältige Möglichkeiten für staatliche türkische Stellen, „auf Gemeindemitglieder und mittelbar auch auf die türkische Diaspora in Deutschland Einfluss zu nehmen“. Der Bundesregierung sei zudem die Teilnahme von Botschafts- und Konsulatsangehörigen an Veranstaltungen der Ditib, der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs oder des Verbandes der Islamischen Kulturzentren e. V. bekannt. *J.H.*

Unter falscher Flagge

Asylanerkennungen: Immigranten tatsächlich kaum schutzbedürftig

Wie unangebracht in den meisten Fällen die Verwendung der Bezeichnung „Schutzbedürftige“ für die meisten ins Land strömenden Immigranten ist, zeigen die jetzt von der Bundesregierung genannten Zahlen zu den Asylentscheidungen im ersten Halbjahr.

Demnach wurden lediglich 343 Syrer als asylberechtigt anerkannt. 22 000 Syrern wurde Flüchtlingsschutz gewährt. Als Flüchtling gilt nach der Genfer Flüchtlingskonvention, wer sich „aus begründeter Furcht vor Verfolgung von staatlichen oder nichtstaatlichen Akteuren aufgrund von Rasse, Nationalität, politischer Überzeugung, religiöser Grundentscheidung oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe außerhalb seines Herkunftslands befindet. 40 000 Syrer erhielten subsidiären Schutz. Dieser wird bei Personen ange-

Selbst Syrer fallen durch

wandt, die weder Anspruch auf Asyl noch auf Flüchtlingsschutz haben, aber glaubhaft machen können, dass ihnen im Herkunftsland ein „ernsthafter Schaden“ seitens staatlicher oder nichtstaatlicher Akteure droht.

Im Sinne des Gesetzes tatsächlich schutzbedürftig, weil im Herkunftsland realer staatlicher Verfolgung ausgesetzt – und damit asylberechtigt –, ist also nur ein verschwindend kleiner Teil der nach Deutschland gekommenen Syrer. Bei den anderen hat es gereicht, eine möglicherweise erfundene, in jedem Fall aber nicht nachprüfbare Geschichte von einer Bedrohung im Herkunftsland zu erzählen, um eine Bleibeberechtigung zu erhalten.

Ähnlich ist die Situation bei den Irakern und den Afghanen. Von diesen erhielten nur 202 beziehungsweise 73 Asyl, knapp 19 000 beziehungsweise knapp 14 000 Flüchtlingsschutz sowie 10 000 beziehungsweise 5000 subsidiären Schutz. *Jan Heitmann*

MELDUNGEN

Pols ist Brähmigs Nachfolger

Berlin – Die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag hat in ihrer konstituierenden Sitzung den niedersächsischen Abgeordneten Eckhard Pols zum neuen Vorsitzenden gewählt. Die Gruppe will dafür Sorge tragen, „dass die Anliegen dieser für die Unionsparteien nach wie vor wichtigen Bevölkerungsgruppen“ auch im neuen Bundestag vertreten werden. In den Koalitionsverhandlungen will sie sich dafür einsetzen, Nachteile von Spätaussiedlern in der Rentenversicherung zu beseitigen. Außerdem will sie die Heimatvertriebenen und Aussiedler weiterhin dabei unterstützen, „ihr vielfältiges kulturelles und geistiges Erbe zu bewahren sowie ihr Brauchtum lebendig zu halten“. *J.H.*

Israelis reisen nach Deutschland

Berlin – Während noch vor einigen Jahren Israelis nur mit einem Schuldgefühl ins „Land der Täter“ reisen konnten, wird Deutschland für sie zunehmend attraktiver. Allein in Berlin sollen rund 30 000 von ihnen leben. Die deutsche Hauptstadt trägt heute nicht mehr das alte Stigma der Schande, sondern auch den neuen Stempel der jungen, intellektuellen und attraktiven Stadt, die jüdische Künstler aus aller Welt anzieht. In Israel ist jetzt sogar der Dokumentarfilm „Back to the Fatherland“ (Zurück ins Vaterland) gedreht worden, der zeigt, warum Deutschland, wo nach 1945 nur sehr wenige Juden verblieben und diese noch mit massiven Vorwürfen ihrer Glaubensgenossen rechnen mussten, heute wieder ein attraktives Einwanderungsland sogar für Juden aus dem Judenstaat selbst geworden ist. Viele Israelis deutscher Herkunft legen selbst nach Jahrzehnten im Land immer noch Wert auf deutsche Tugenden. Als sie in den 1930er Jahren ins britische Mandatsgebiet Palästina kamen, herrschte dort ein im Vergleich zu Europa viel niedrigeres Lebensniveau, von einer israelischen Kultur oder Gesellschaft konnte damals noch kaum gesprochen werden. Viele haben schlecht Hebräisch gelernt, weil sie auch in Israel an der Sprache und Kultur ihrer alten Heimat hingen. Viele Jeckes, wie deutsche Juden in Israel genannt werden, haben deutsche Gewohnheiten nie abgelegt. Aber auch viele Israelis, die nicht deutscher Herkunft sind, zieht es mittlerweile nach Deutschland. In Israel hat sich bereits eine regelrechte Dienstleistungsindustrie zur Auswanderung nach Deutschland gebildet, die bei der Vorbereitung der Auswanderung hilft und berät. Der Boom ist so groß geworden, dass in Israel Gegenwerbung gegen Deutschland gemacht wird. Dabei stehen vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion stammende Juden, die nach 1990 als Kontingentflüchtlinge über Deutschland nach Israel gekommen sind, als Zeugen bereit, um Deutschland schlechtzureden. Während immer noch enttäuschte ehemalige jüdische Kontingentflüchtlinge Deutschland verlassen, treffen sie in Israel auf viele umgekehrt Reisewillige. Hauptgründe für die Anziehungskraft Deutschlands ist nicht nur das teure Leben in Israel, das ja auch ein Zeichen wirtschaftlicher Stärke ist, sondern auch die unsichere politische und militärische Lage in der Region. *B.B.*

Symbol der Nationalbewegung

Interview mit dem Studentenhistoriker Peter Kaupp über 200 Jahre Wartburgfest der Burschenschaft

Das Wartburgfest von 1817 war ein bis heute ausstrahlendes Pionierprojekt, dessen geistige Impulse in Deutschland zu mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Einheit der Nation führten. Es stand unter dem Wahlspruch der Burschenschaft „Ehre, Freiheit, Vaterland“ und wurde anlässlich des 300. Jahrestages des Thesenanschlags Martin Luthers in der Form eines studentischen Nationalfestes veranstaltet. Am vorvergangenen Wochenende lud die Deutsche Burschenschaft (DB) erneut auf die Wartburg zu einer 200-Jahrfeier ein. Der Studentenhistoriker Peter Kaupp war einer der rund 1500 Teilnehmer. Bernd Kallina sprach für die *PAZ* mit ihm über Wesen und Bedeutung des Wartburgfestes im Verlauf von 200 Jahren.

PAZ: *„Zukunft braucht Herkunft“, heißt eine Redewendung und der berühmte französische Anthropologe Claude Lévi-Strauss glaubte gar, „dass ein Land ohne das Gefühl, dass seine Wurzeln in eine ferne Vergangenheit zurückreichen, ohne das konstante Gefühl dieser historischen Kontinuität nicht lebensfähig sei“. Stimmen Sie zu?*

Peter Kaupp: Ja. Ähnlich hat es übrigens Papst Franziskus im Juli 2015 bei seinem Besuch in Paraguay formuliert: Ein Land, das seine Vergangenheit, seine Geschichte und seine Wurzeln vergisst oder sträflich vernachlässigt, hat keine Zukunft. Derartiges Wissen und die damit verbundenen Gefühle sind für die Identität, die Integration und die Zukunft auch unseres Landes geradezu überlebensnotwendig. Sie können mit bestimmten Personen – beispielsweise in der deutschen Geschichte mit Arminius, Barbarossa oder Luther – oder mit bedeutenden Ereignissen wie dem Hambacher Fest von 1832, den Leipziger Montagsdemonstrationen von 1989 oder den Festlichkeiten zum 3. Oktober 1990 verbunden sein. Zweifellos gehört das Wartburgfest von 1817 dazu. In gewisser Weise fungiert ein ausgeprägtes Geschichtsbewusstsein, das freiheitliche und positive Merkpunkte unserer Vergangenheit beleuchtet, wie ein sicheres Fundament, auf dem wir als Gesellschaft insgesamt stehen. Durch diese Bodenständigkeit und Verwurzelung finden wir auch leichter Orientierung in Gegenwart und Zukunft.

PAZ: *Sie kommen gerade aus Eisenach zurück. Wie war die Stimmung bei den Teilnehmern, welchen Eindruck möchten Sie hervorheben?*

Kaupp: Im Gegensatz zu manchen früheren Veranstaltungen war es ein harmonisches und ungestörtes Fest, an dem auffallend viele Burschenschafter aus Österreich teilnahmen. Zwar fanden der Festkommers und das Symposion der Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung leider nicht auf der Wartburg statt, sondern wir mussten in einem eigens dafür errichteten großen Festzelt tagen, was akustisch und klimatisch nicht das reine Vergnügen war. Dennoch überwog ein insgesamt sehr gutes Festklima, das eine aktuelle Vergewisserung burschenschaftlicher Gemeinsamkeiten und Ziele im Rückblick auf 1817 vermittelte.

PAZ: *Nun treten die zeitgenössischen deutschen Burschenschaften ja sehr differenziert auf, sie streiten und spalten sich gerne in unterschiedliche politische Ausrichtungen. Beim Wartburgfest überwog offensichtlich aber ihr einigendes Band?*

Kaupp: Richtungsstreitigkeiten begleiteten das burschenschaftliche Leben seit ihrer Gründerzeit. Auf unzähligen Burschentagen ging es zwischen den unterschiedlichen Meinungslagern, das heißt im Ringen über den richtigen politischen Kurs, hoch her, was man auch positiv sehen kann. In vielen Fragen gibt es eben keine Einheitslinie wie im Politbüro einer KP. Im Bezug auf das Wartburgfest von 1817 sind sich allerdings alle burschenschaftlichen Lager einig. Es war die erste gesamtdeutsche Studentenversammlung und mit den „Grundsätzen und Beschlüssen“ von damals wurde der Grundstein der burschenschaftlichen Idee formuliert. Ausgerichtet wurde die 200-Jahrfeier von der tendenziell eher rechtskonservativen DB, also nicht von den beiden kleineren liberalen Verbänden, der 1996 gegründeten „Neuen Deutschen Burschenschaft“ (Neue DB), der 2016 gegründeten „Alten Deutschen Burschenschaft“ (ADB) und den zahlreichen verbandsfreien Burschenschaften. Die drei ältesten jenaischen Burschenschaften nahmen offiziell an dem Fest nicht teil. Von den Zielen der Urburschenschaft 1815, „eine Burschenschaft an jedem Hochschulort“, war die Burschenschaft noch nie so weit entfernt wie 2017.



Kulturwissenschaftler und Studentenhistoriker: Peter Kaupp

PAZ: *Wenn Sie einmal im groben Überblick das Wartburgfest von 1817 historisch einordnen: Inwiefern war es wegweisend und warum wird das doch ähnlich motivierte Hambacher Fest von 1832 in der offiziösen Geschichtspolitik in der Bundesrepublik ausführlicher gewürdigt?*

Kaupp: Mit Fug und Recht kann man dem Wartburgfest für die deutsche Geschichte schon eine herausragende und damit wegweisende Bedeutung zuschreiben. Mit seinen „Grundsätzen und Beschlüssen“ wurden Grundelemente der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Verfassung gelegt. Die Studenten forderten „bürgerliche Freiheiten“ wie Meinungs-, Rede-, Presse- sowie Glaubens-, Lehr- und Lernfreiheit. Hinzu kamen Forderungen nach einer Überwindung der damaligen Kleinstaaterei deutscher Fürstentümer, was ein Meilenstein für die Demokratie- und Nationalbewegung in Deutschland darstellte. Nicht zuletzt wurden vor 200 Jahren dort erstmals die deutschen Farben gezeigt – die mitgeführte Fahne war rot-schwarz-rot, goldumrandet, mit einem goldenen Eichenlaub in der Mitte –, also die Farbensymbole der späteren deutschen Republik. Dass das wenige Jahre später stattgefundene Hambacher Fest von 1832 oftmals etwas ausführlicher gewürdigt wird, liegt vermutlich daran, dass es eher eine fröhliche volksfestähnliche Massenveranstaltung mit rund 25 000 Frauen und Männern war und deshalb länger im „kollektiven Gedächtnis“ haften blieb als das recht ernste und rein studentische Wartburgfest mit rund 500 Teilnehmern.

Deutsche Burschenschafter hielten an der Wiedervereinigungsidee fest

PAZ: *Welche Rolle spielte beim Treffen auf der Wartburg die Erinnerung an die Reformation?*

Kaupp: Eine ganz zentrale Rolle. Im Einladungsschreiben der Jenaischen Burschenschaft vom 11. August 1817 stand die 300-Jahrfeier der Reformation an erster Stelle. Damit sollten die Feier des Sieges der Völkerschlacht bei Leipzig von 1813 „und die erste freudige und freundschaftliche Zusammenkunft deutschen Burschen von den meisten vaterländischen Hochschulen“ verbunden werden, wie es im Schreiben hieß. Hinzu kommt, dass die Wartburg 1521/22 der Zufluchtsort von Martin Luther war, der zentralen Persönlichkeit der deutschen Reformation, der dort in nur elf Wochen das Neue Testament ins Deutsche übersetzte und es damit auch dem einfach Volk verständlich machte. Kurzum: Die Wartburg war die bedeutsame Stätte der jungen Nationalbewegung schlechthin!

PAZ: *Oft wird im Zusammenhang mit dem Wartburgfest auf eine dortige „Bücherverbrennung“ hingewiesen und als Widerspruch zum Freiheitsgeist der Burschenschaften in Stellung gebracht, richtig?*

Kaupp: Nein, weil es so nicht ganz stimmt. Richtig ist, dass außerhalb des offiziellen Programms auf dem nahen Wartenberg sogenannte „Bücher“ verbrannt wurden. Doch das waren keine Bücher im eigentlichen Sinn, sondern Makulaturballen, weil gedruckte Bücher viel zu teuer gewesen wären. Und in diesen Makulaturballen befanden sich vor allem Schriften von Gegnern des Turnwesens und der Burschenschaft. Die Initiative ging wohl von Berliner Burschenschaftern aus, die sich im Umfeld von Turnvater Jahn befanden. Nun waren derartige Bücherverbrennungen damals nichts Ungewöhnliches. Die Studenten konnten sich unter anderem auf Martin Luther berufen, der am 10. Dezember 1520 vor dem Elstertor in Wittenberg öffentlich die päpstliche Bann-Androhungsbulle „Exsurge Domine“ verbrannt hatte. Dem Autodafé zum Opfer fielen auf dem Wartburgfest unter anderem ein Exemplar des Code Napoléon, des damals fortschrittlichsten Rechtswerkes und insofern kein Ruhmesblatt für die jugendlichen Hitzköpfe. Wenn dabei auch die „Germanomanie“ des jüdischen Publizisten Saul Ascher der „Bücherverbrennung“ zum Opfer fiel, dann wohl weniger deshalb, weil dieser Jude war – Antisemitismus spielte in der frühen Burschenschaft noch keine Rolle –, sondern weil dieser sich erdreistete, über die deutschtümelnden Jahn-Jünger zu spotten. Dass dabei auch die „Geschichte des deutschen Reichs“ seines erfolgreicheren literarischen Gegners Kotzebue ein Opfer der Flammen wurde, begrüßte Goethe mit grimmiger Schadenfreude und verspottete diesen mit den Versen: „Dass Du Dein eignes Volk gescholten / Die Jugend hat es Dir vergolten / Aller End' her kamen sie zusammen / Dich hauptweise zu verdammen, / St. Peter freut sich dieser Flammen.“

PAZ: *Der urburschenschaftliche Freiheitsbegriff in Verbindung mit den Forderungen nach Rechtstaat und Verfassung sowie nach deutscher Einheit sei in die Verfassungen von Weimar und in unser Grundgesetz von 1949 eingeflossen. In welchem Umfang trifft dies zu?*

Kaupp: Hier gibt es wichtige Verbindungslinien. In den erst nach dem Wartburgfest beschlossenen, nicht veröffentlichten, aber schnell verbreiteten „Grundsätzen und Beschlüssen des Wartburgfestes von 1817“ finden sich teilweise ähnliche Formulierungen wieder wie in der Paulskirchenverfassung von 1849, in der Weimarer Verfassung von 1919 sowie im Grundgesetz von 1949. Sie betreffen unter anderem die Punkte Gleichheit vor dem Gesetz, die Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die des Eigentums. Mit Recht hat der Verfassungshistoriker Ernst Rudolf Huber die maßvollen, in ihrem Kern die Grundpositionen des deutschen Liberalismus widerspiegelnden burschenschaftlichen „Grundsätze und Beschlüsse“ als „das erste deutsche Parteiprogramm“ bezeichnet. Sie seien die erste programmatische Zusammenstellung der Leitgedanken des liberalen Nationalismus in Deutschland, so Huber.

PAZ: *Und auch in der Präambel des Grundgesetzes und der darin formulierten Staatszielsetzung „die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“ spiegelte sich doch ein urburschenschaftliches Anliegen wider: die Überwindung der Spaltung Deutschlands in Freiheit, oder?*

Kaupp: Eindeutig. Vor allem, wenn wir uns die Zeiten der Teilung Deutschlands im Kalten Krieg vergegenwärtigen. Da galt bis tief ins bürgerliche Lager hinein die nationale Einheit zumindest als „nicht opportun“. Stellvertretend für viele andere Einheitsgegner sei hier beispielhaft auf das Credo von Klaus Harpprecht hingewiesen: "Ich will keine Wiedervereinigung, sie bedroht die europäische Balance und treibt die BRD in eine gefährliche Isolierung, gefährdet den Frieden und liegt nicht im Interesse der deutschen Nation.“ Dagegen gehörten die Burschenschaften zu den ganz wenigen Gruppierungen, die unbeirrbar an der Forderung nach einer deutschen Wiedervereinigung festhielten. In Artikel 1 der bereits erwähnten „Grundsätze“ von 1817 heißt es in dem uns heute etwas ungewohnten jugendlichen Pathos jener Jahre: "Je mehr die Deutschen durch verschiedene Staaten getrennt sind, desto heiliger ist die Pflicht für jeden frommen und edlen deutschen Mann und Jüngling, dahin zu streben, dass die Einheit nicht verloren gehe und das Vaterland nicht verschwinde.“

PAZ: *Kritiker sehen auch als Folge der 68er Bewegung das deutsche National- und Geschichtsbewusstsein stark unterentwickelt. Michael Wolffsohn charakterisierte einmal bei einem Vergleich mit Israel die heutigen deutschen Funktionseliten als weitgehend „postnational“. Würde nur der Begriff „Volk“ überhaupt erwähnt, bekämen sie einen „Hautausschlag oder einen Nervenzusammenbruch“. Ändert sich da zurzeit etwas in Richtung Normalisierung?*

Kaupp: Ich hoffe das, denn die modische Ablehnung des Begriffes "Volk" halte ich für höchst fragwürdig, ja geradezu grotesk. Schließlich ist schon in der Präambel des Grundgesetzes und in zahlreichen Artikeln vom „deutschen Volk“ die Rede. Auch ist hier die Eidesformel des deutschen Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und der Bundesminister nach Artikel 56 und 64 des Grundgesetzes in Erinnerung zu rufen, die da lautet: „Ich schwöre, dass ich meine ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden ... werde.“ Und wie riefen unsere mitteldeutschen Landsleute bei der friedlichen Revolution 1989/90: "Wir sind das Volk!" und später "Wir sind ein Volk!". Auch die Burschenschaft bekennt sich zum deutschen Volk – allerdings mit dem Unterschied, dass die DB von ihren Mitgliedern die deutsche Abstammung, ADB und Neue DB von ihren das Bekenntnis zum deutschen Volk verlangen.

PAZ: *Worin könnte ein zeitgemäßer Auftrag der deutschen Burschenschaft von heute und morgen bestehen?*

Kaupp: Sich über die Pflege des integrierten studentischen Brauchtums hinaus und unabhängig von der Parteizugehörigkeit auf allen Ebenen an der politischen Willensbildung zu beteiligen und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, kurz: sich dem Gemeinwesen uneigennützig zur Verfügung zu stellen.

Knigge für Koalitionen

Zum Umgang miteinander in Regierungsbündnissen

Regierungskoalitionen sind Zweckbündnisse von Parteien, die zuvor im Wahlkampf noch gegeneinander angetreten waren und sich dabei verbal oftmals nichts geschenkt haben. Die Zusammenarbeit im Regierungsbündnis funktioniert jedoch nur, wenn alle Beteiligten kompromissfähig sind und sich zurücknehmen. Eine Betrachtung auch auf der Grundlage eigener Koalitionserfahrung.

Wenn nichts zurzeit Unvorhergesehenes geschieht – allenfalls theoretisch denkbar: Neuwahl oder Bildung einer Minderheitsregierung –, wird es zu einer Koalitionsregierung im Bund kommen. Historisch gesehen ist dies kein deutscher Sonderweg. Im Gegenteil: Schon die Weimarer Republik war eine Koalitionsrepublik; denn bis zum Beginn der sogenannten Präsidialkabinette unter von Franz von Papen und Kurt von Schleicher wurden alle damaligen Reichsregierungen von Koalitionen getragen. Das Bild der Bundesrepublik Deutschland ist kein anderes: Seit der ersten Bundestagswahl im Jahre 1949 sind sämtliche bisherigen Bundesregierungen Koalitionsregierungen gewesen, dies sogar in den beiden Legislaturperioden 1953 bis 1957 und 1957 bis 1961, in denen die CDU/CSU die absolute Mehrheit der Bundestagsmandate errungen hatte. Die damalige Einbindung der Deutschen Partei (DP) in die dritte Bundesregierung war ein geschickter Schachzug des Kanzlers Konrad Adenauer: In der Umarmung mit der CDU/CSU ging der DP die Luft aus – sie verschwand bald darauf von der politischen Bildfläche. „If you can't beat them – join them" war die Strategie, mit der später auch Ole von Beust in Hamburg der Schill-Partei nach wenigen Jahren Regierungsbeteiligung den Garaus machte.

Eine Koalition ist allerdings nie eine Liebesheirat, sondern – in der üblichen Bezeichnung – ein Zweckbündnis auf Zeit, freundlicher ausgedrückt: eine politische Partnerschaft mit dem Ziel gemeinsamen Regierens. Partner der Koalition sind regelmäßig mehrere politische Parteien – eine interessante Besonderheit war die nach dem Frieden von Brest-Litowsk auf der Krim im Juni 1918 aus verschiedenen Nationalitäten (Krimtataren, Russen, Deutsche und ein Armenier) gebildete Koalitionsregierung. Die üblichen heutigen Koalitionsverträge zwischen politischen Parteien gehen von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit der Vertragspartner aus. Zu einem funktionierenden Regierungsbündnis gehört deshalb – Knigge lässt grüßen – eine gewisse Kultur im Umgang miteinander. Auch in einer Koalition ist also, wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen, das gefragt, was heute „soziale Kompetenz" genannt wird: Ohne ein Minimum an Teamgeist läuft die Koalitionskutsche nicht.

Das Innenleben der Koalition, das sogenannte Koalitionsklima, und ihr äußeres Erscheinungsbild sollten deshalb trotz im Einzelnen bestehender Meinungsverschiedenheiten nicht durch persönliche Beleidigungen gestört werden, zumal damit Politikerverdrossenheit verstärkt wird. Auch Politiker sollten sich an die Volksweisheit erinnern: „Ein einmal gesprochenes Wort holen zehn Pferde nicht zurück." Die Schlussphase der Großen Koalition war nicht frei von schrillen Tönen. Zur Erinnerung: Martin Schulz – in der treffenden Formulierung der *PAZ* „der Rohrkrepierer" – warf der Kanzlerin vor, ihr politischer Stil der „asymmetrischen Mobilisierung" komme einem „Anschlag auf die Demokratie" gleich – später gab Schulz zu, dies sei eine „zugespitzte" Formulierung gewesen, die er „in dieser Schärfe nicht noch einmal sagen würde" –; Merkel habe „die Angewohnheit, Problemen auszuweichen"; in der Flüchtlingsfrage verhalte sie sich „zynisch". Mit dieser Wadenbeißerei stand der sich selbst als „Streetfighter" bezeichnende Kanzlerkandidat nicht allein in seiner Partei.

Über den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD, Ralf Stegner, wurde berichtet, er lasse keine Gelegenheit aus, den Koalitionspartner zu attackieren. Hubertus Heil, der damalige Generalsekretär der SPD, bemühte sogar die altrömische Kaiser-Geschichte, als er in Bezug auf Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) von der „schlechtesten Personalwahl" sprach „seit Caligula sein Pferd zum Senator ernannt hat". Die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, bis vor Kurzem als Bundesfamilienministerin immerhin Kabinettskollegin von Angela Merkel, bezeichnete diese als „eiskalte Machtpolitikerin" und fand es gut, „dass auch Frau Merkel von ihrem roten Teppich runter und auf die Straße muss". Die damalige Kabinettskollegin und Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) warf in der Haushaltsdebatte im Bundestag der Kanzlerin vor, es sei „unverfroren", wenn diese besondere Anstrengungen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit verspreche. Der als Vizekanzler amtierende Außenminister Sigmar Gabriel warf der Kanzlerin nach dem G20-Gipfel vor, die CDU auf einen „Gipfel der Verlogenheit" zu führen.



Zähe Verhandlungen: Der Autor (re.) und Hamburgs Regierungschef Klaus von Dohnanyi (SPD) nach der Bürgerschaftswahl 1987 Bild: Imago

Wie reagierte Merkel auf die Attacken des Koalitionspartners? Vermutlich war es – neben ihrer langjährigen Regierungserfahrung – einer der Gründe für ihren Vorsprung vor Schulz, dass sie persönliche Angriffe auf sich ablaufen ließ wie Wasser von der Ente. Der Wähler wusste es zu schätzen, dass sie sich nicht auf dasselbe Niveau wie ihr Herausforderer und andere ihrer Kritiker einließ. Auf der sommerlichen Bundespressekonferenz erinnerte Merkel cool daran, sich gegenseitig zu beschimpfen sei nicht ihre Form des Wahlkampfes. So kommentierte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" diese Gelassenheit „ungespielter Ruhe" und einer „Politik ohne Zirkus": „Auch von Angela Merkel wird seit Jahren erwartet, dass sie im Wahlkampf Messerwurf auf ihre Gegner veranstaltet. Allein, sie kann es nicht, sie will es nicht, es ist nicht ihre Art. Also lässt sie es."

Im Jahre 1987 hatte ich das zweifelhafte Vergnügen, als damaliger Verhandlungsführer der Hamburger FDP die Koalitionsverhandlungen mit der SPD zur Bildung der Landesregierung zu führen. Die Koalitionsverhandlungen dauerten vom April bis September jenes Jahres – es waren die bisher längsten Koalitionsverhandlungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Hätte ich heute noch einmal solche Verhandlungen zu führen, würde ich eine solche quälende Zeitdauer zu vermeiden suchen.

Der Wähler, der pünktlich und termingemäß seinen Stimmzettel abzugeben hat, kann erwarten, dass seine Stimmabgabe nicht in einer unbefristeten Hängepartie schmort. Je länger Koalitionsverhandlungen dauern, umso weiter entfernen die daran beteiligten politischen Parteien sich von ihren Wählern. Gewiss ist die Maxime „Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit" koalitionsgerecht und allgemein richtig. Aber irgendwann denkt der Wähler mit Goethe im „Faust": „Der Worte sind genug gewechselt, Laßt mich auch endlich Taten sehn." Es gilt: Wer nicht kompromissfähig ist, ist nicht koalitionsfähig. Und was soll man von einer geschäftsführenden Bundesregierung halten, in der ein Teil des Kabinetts der Opposition im Bundestag angehört? *Ingo von Münch*

Der Autor ist Senator a.D. und Verfasser der Abhandlung „Anmerkungen zur Koalitionsdemokratie und ein Plädoyer für die Beendigung des Lagerdenkens", in: Zeitschrift für Parlamentsfragen. 46. Jahrgang, 2015, Heft 4, Seite 874 ff.

MELDUNGEN

300 Millionen für den Sport

Berlin – Der Regierungsentwurf für den Haushalt 2018 sieht insgesamt Ausgaben in Höhe von 310,16 Millionen Euro für den Sport vor, die sich auf verschiedene Ressorts verteilen. 193,71 Millionen Euro davon sind im Etat des Bundesministeriums des Innern eingestellt, 84,78 Millionen Euro im Etat des Bundesverteidigungsministeriums. Im Vergleich zum Etatansatz für 2017 wäre das eine Steigerung der Gesamtfördermittel um 18,7 Millionen Euro. Die Sportverbände können im kommenden Jahr mit staatlichen Zuschüssen in Höhe von 66,26 Millionen Euro rechnen. Davon sind 63,78 Millionen Euro für olympische Sportarten und 2,48 Millionen Euro für den nichtolympischen Sport eingeplant. *J.H.*

Rückschlag für Gauweiler

Karlsruhe – Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler (CSU) und seine Mitstreiter sind mit ihren Eilanträgen gegen das Anleihenkaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB) gescheitert. Was die meisten Medien in ihrer Berichterstattung darüber verschweigen: Das Bundesverfassungsgericht hat lediglich die Eilbedürftigkeit verneint, jedoch noch kein Urteil in der Sache gefällt. Mit ihren Anträgen auf Erlass einer einstweiligen Anordnung wollten die Beschwerdeführer erreichen, dass der Deutschen Bundesbank der weitere Ankauf von Staatsanleihen im Rahmen des Anleihenkaufprogramms der EZB untersagt wird. Darüber müssen die Verfassungsrichter nun im Hauptsacheverfahren entscheiden, „in dem eine stattgebende Entscheidung durchaus möglich" ist, wie es in dem Beschluss ausdrücklich heißt. *J.H.*

Zeitzeugen


Bild: SPD Saar

Heiko Maas – Der noch amtierende Justizminister wird von Kritikern als größte Gefahr für die Meinungsfreiheit in Deutschland eingestuft. Neben dem bereits bestehenden Straftatbestand der Volksverhetzung beabsichtigt er, weitere Delikte von sogenannter Hasskriminalität zu schaffen. Aufgrund der aktuellen Koalitionsverhandlungen gilt seine politische Zukunft jedoch als ungewiss.

Ursula Haverbeck – Die 1928 geborene Revisionistin bestreitet ebenso hartnäckig wie öffentlichkeitswirksam einen staatlich organisierten Massenmord an den europäischen Juden durch die Nationalsozialisten während des Zweiten Weltkrieges. Ihre Verurteilungen wegen Volksverhetzung bewegen sich bereits im zweistelligen Bereich. Zuletzt wurde im August eine zweijährige Freiheitsstrafe durch das Landgericht Verden gegen sie verhängt.


Bild: Wikimedia Commons

Akif Pirinçci – Der ehemalige Romanautor gilt heute als Enfant terrible in den Debatten um Gender-Mainstreaming und Masseneinwanderung. Fast immer überschreitet er dabei die Grenzen des guten Geschmacks und in letzter Zeit auch häufiger die eines restriktiver werdenden Strafrechts. Wegen der Rede auf einer Pegida-Kundgebung sowie einer satirischen Abhandlung über die Kölner Silvesternacht wurde er zweimal wegen Volksverhetzung verurteilt.

Jens Maier – Der Richter und frisch gewählte Bundestagsabgeordnete der AfD wandte sich im Januar dieses Jahres in einer öffentlichen Rede gegen den „Schuldkult" und die „Herstellung von Mischvölkern". Mehrere Anzeigen gingen gegen den Juristen ein. Das Verfahren wegen Volksverhetzung wurde eingestellt. Allerdings erhielt Maier wegen seiner Äußerungen einen Verweis durch seinen Dienstherrn.


Bild: CF

Horst Mahler – Das ehemalige RAF- und spätere NPD-Mitglied gilt wohl als prominentester politischer Strafgefangener. Er befindet sich ausschließlich wegen reiner Meinungsdelikte in Haft. Seit 2009 verbüßt er eine zwölfjährige Freiheitsstrafe. Aufgrund der schlechten ärztlichen Versorgung während seiner Haftzeit musste ihm ein Unterschenkel amputiert werden. Einen krankheitsbedingten Freigang nutzte er zur Flucht, die allerdings scheiterte.

Ein Geschenk aus Ost-Berlin

Wie der Paragraf 130 StGB zum Instrument wurde, Gegner mundtot zu machen

Der Paragraf 130 des Strafgesetzbuches (StGB) ist ein Erbe des Kaiserreiches, aber zum Instrument, mit dem sich insbesondere Stimmen aus dem rechten politischen Spektrum bequem mundtot machen lassen, machte ihn erst die Bundesrepublik. Die Staatssicherheit der DDR leistete dabei als Agent Provocateur wesentliche Hilfestellung.

Der Straftatbestand der sogenannten Volksverhetzung kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Als das Strafgesetzbuch nach der Reichsgründung 1871 geschaffen wurde, sollte mit dieser Norm ursprünglich verhindert werden, dass sich die sozialen Gegensätze in dem noch jungen Staat gewalttätig entluden. Strafbar war zunächst nur, das sogenannte Anreizen zur Gewalt gegen andere soziale Klassen. Aus diesem Grund war die in Paragraf 130 Strafgesetzbuch (StGB) geregelte Vorschrift auch nicht unter dem rechtlichen Terminus Volksverhetzung, sondern unter dem etwas sperrigen Begriff des Anreizens zum Klassenkampf bekannt. Trotz verschiedener Reformbestrebungen blieb diese Vorschrift über lange Zeit unangetastet.

Dies änderte sich erst, als in der Weihnachtsnacht 1959 die neu eingeweihte Kölner Synagoge von zwei Anhängern der Deutschen Reichspartei mit antisemitischen Parolen beschmiert wurde. In den Folgemonaten brach eine Welle von ähnlich gelagerten Taten über die Bundesrepublik herein. Die amtierende Regierung Adenauer geriet unter erheblichen Druck und musste sich für die steigende Zahl neonazistischer Straftaten gegenüber der internationalen Öffentlichkeit rechtfertigen.

> Die Stasi betätigte sich als Agent Provocateur

Zwar ist das genaue Ausmaß unter Historikern bis heute strittig, jedoch gilt es mittlerweile als gesichert, dass die Staatssicherheit der DDR die antisemitische Kampagne durch V-Leute im extremistischen Milieu zumindest massiv befeuert hat. Der Historiker Michael Wolffsohn kommt in seinem Buch „Die Deutschland-Akte" gar zu der Einschätzung: „Die Pinsel der Schmierfinken wurden von Stasi, KGB und anderen kommunistischen Geheimdiensten gelenkt."

Erklärbar wird dies durch die seinerzeitigen politischen Rahmenbedingungen. Noch im Januar 1959 hatte die Sowjetunion erfolglos Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Deutschland und Pläne für eine Herauslösung der beiden deutschen Staaten aus ihren jeweiligen Militärbündnissen unterbreitet. Die Initiativen wurden von den Westalliierten und der Bundesregierung zurückgewiesen. Auch hatte sich die SPD im November in ihrem Godesberger Programm zur Westbindung und zu einer Abkehr vom Marxismus bekannt. Die von der SED bis in die späten 50er Jahre verfolgte Politik einer raschen Wiedervereinigung unter sozialistischen Vorzeichen war damit ebenso endgültig gescheitert wie die Bemühungen der Sowjets, einen neutralen deutschen Staatenbund als Puffer zwischen Warschauer Pakt und Nordatlantikpakt in Zentraleuropa zu schaffen. Zudem stand die DDR durch die Flucht von zahlreichen Fachkräften in Richtung Westen vor erheblichen wirtschaftlichen Problemen.

Vor diesem Hintergrund unternahm die SED-Führung einen breit angelegten Vorstoß, die Bundesrepublik international zu diskreditieren. Im Zentrum der Vorwürfe stand dabei die Behauptung, dass es eine ungebrochene politische und personelle Kontinuität zwischen dem westdeutschen Teilstaat und dem Dritten Reich gäbe. Scheinbar antisemitisch motivierte Straftaten sollten den Behauptungen aus Ost-Berlin die notwendige Glaubwürdigkeit verleihen.

Später kamen gezielte Kampagnen gegen westdeutsche Politiker wie den Vertriebenenminister Theodor Oberländer oder Kanzleramtschef Hans Globke hinzu. Beide wurden in einem Schauprozess vor einem Ost-Berliner Gericht in Abwesenheit wegen Verstrickungen in den nationalsozialistischen Staat zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt.

Der so erzeugte politische Druck blieb in der Bundesrepublik nicht folgenlos. Unter anderem führte er zu einer grundlegenden Neufassung des Paragrafen 130 StGB. Strafbar war nun nicht mehr nur das Anreizen zur Gewalt, sondern bereits das bloße Anstacheln zum Hass. Auch wurde der Klassenbezug gestrichen. Mit der novellierten Norm sollte nicht mehr die Eskalation sozialer Gegensätze verhindert werden, sondern der Zweck der Vorschrift änderte sich vielmehr in Richtung des Schutzes religiöser und ethnischer Minderheiten. Vor allem wurde so ein Instrument geschaffen, mit dem sich insbesondere Stimmen aus dem rechten politischen Spektrum bequem mundtot machen ließen. *Dirk Pelster*

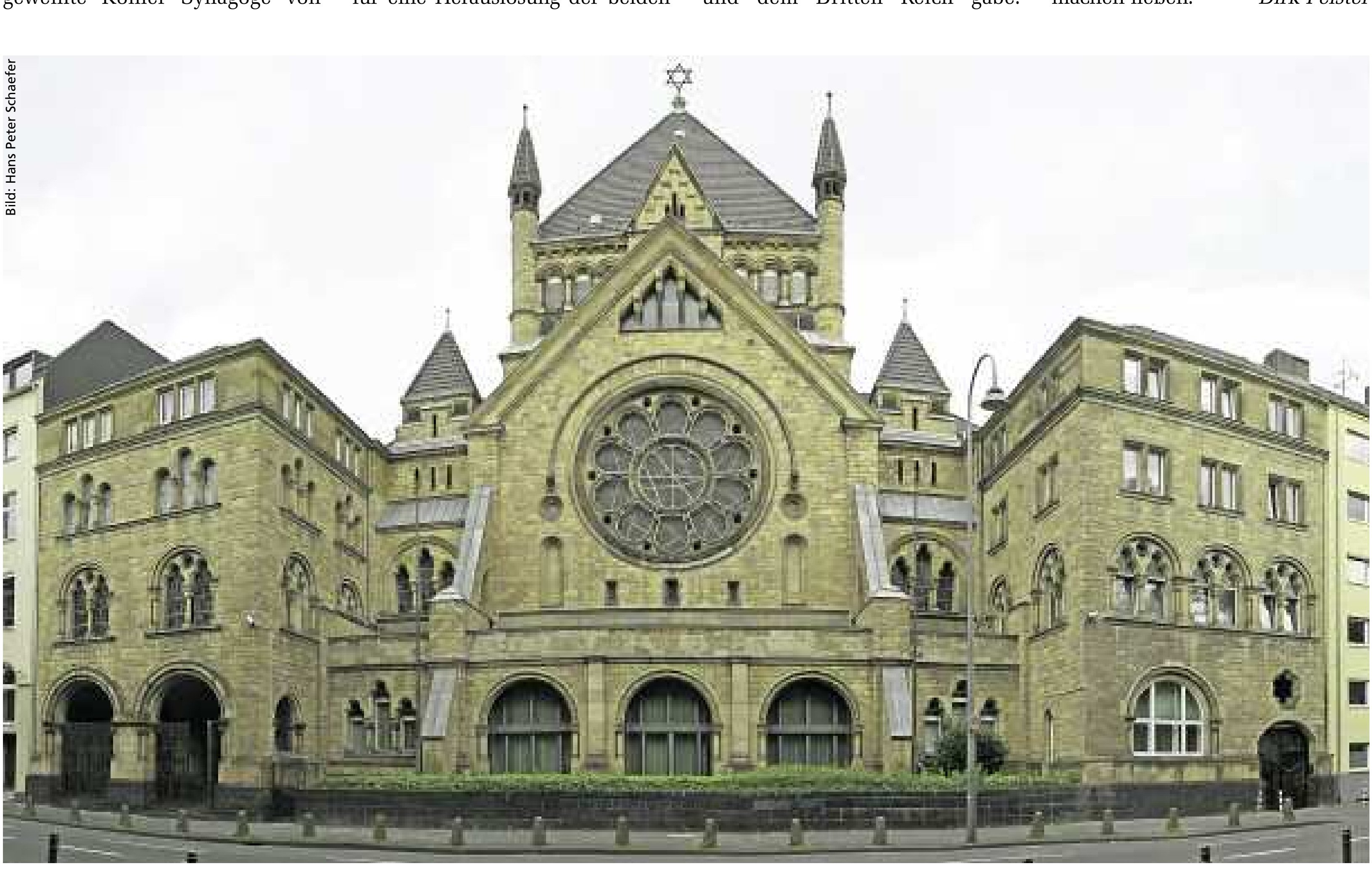
Mittel gegen missliebige Oppositionelle

Der Begriff des Volkes spielt in den Deklamationen und Diskursen bundesdeutscher Politiker der letzten Jahre kaum mehr eine Rolle. Es scheint, als habe er sich einzig im Zusammenhang mit dessen möglicher „Verhetzung" durch missliebige Oppositionelle überhaupt im Vokabular des politischen und medialen Establishments halten können.

Der aus beiden Wörtern zusammengesetzte Begriff der Volksverhetzung hingegen feiert bereits seit geraumer Zeit eine Hochkonjunktur in öffentlichen Debatten. Er dient dazu, die Gegner des vorherrschenden Mainstreams zu stigmatisieren und sie – schlimmstenfalls – der Bestrafung durch ein Gericht zu überantworten. Auf alle Fälle aber soll mit seiner exzessiven Verwendung vermieden werden, dass man sich mit den Argumenten politischer Dissidenten auseinandersetzen muss.

Angeblich soll mit dem Straftatbestand zudem verhindert werden, dass zum Hass gegen Menschen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen oder religiösen Gruppe aufgestachelt wird. Doch gilt dieser Schutz bezeichnenderweise nicht für Deutsche. Noch zu Beginn dieses Jahres hat die Staatsanwaltschaft Hamburg ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung gegen Malik Karabulut, ein ehemaliges Vorstandsmitglied des türkischen Elternbundes und aktiver Politiker der Grünen, eingestellt. Dieser hatte die Deutschen öffentlich als „Köterrasse" bezeichnet. Als Grund für die Entscheidung gab die Behörde an, dass eine Gruppe nur dann durch das Strafrecht geschützt werde, wenn sie sich durch ein festes Unterscheidungsmerkmal als äußerlich erkennbare Einheit gegenüber der Bevölkerungsmehrheit herausheben würde. Bei deutschen Staatsbürgern sei dies grundsätzlich nicht der Fall, da diese eben die Mehrheit der Bevölkerung stellen würden. Mit dieser befremdlichen Ansicht steht die Hamburger Staatsanwaltschaft nicht allein dar, sie ist gängige Rechtsauffassung an deutschen Gerichten. *D.P.*

> Die Deutschen werden diskriminiert


Bild: Hans Peter Schaefer

1959 gaben antisemitische Schmierereien an der Kölner Synagoge einen Anlass zur Änderung des Paragrafen 130 StGB

Alternative zur Diskussion

Willkürlicher Missbrauch des Paragrafen für den Meinungskampf

Mit dem in Paragraf 130 StGB geregelten Straftatbestand der Volksverhetzung werden im Wesentlichen zwei Ziele verfolgt. Zum einen ist es verboten, gegen Personen zu Gewalt oder auch nur zum Hass aufzustacheln, weil diese einer bestimmten religiösen oder ethnischen Gruppe angehören. Die einzige Einschränkung dabei ist, dass eine solche Tat geeignet sein muss, den öffentlichen Frieden zu stören. Wer sich also lediglich in einem Privatgespräch entsprechend äußert, macht sich daher regelmäßig noch nicht strafbar.

Entscheidend ist die Person des Täters. Während CSU-Granden wie Edmund Stoiber und Horst Seehofer ganz selbstverständlich vor der „durchrassten Gesellschaft" warnen oder „bis zur letzten Patrone" den Kampf gegen die Massenzuwanderung von Ausländern ankündigen dürfen, schlägt die Justiz bei vergleichbaren Tönen von Politikern rechter Parteien meist unerbittlich zu.

Eine weitere Fallgestaltung, die Paragraf 130 StGB unter Strafe stellt, ist das Leugnen von Handlungen des nationalsozialistischen Regimes, die als Völkermord im Rechtssinne zu verstehen sind. Begegnet werden soll so den immer wieder aufkommenden Stimmen, die einen industriell organisierten Massenmord durch das Dritte Reich bestreiten. Problematisch ist dabei, dass hier mittels des Strafrechts ein fundamentaler Grundsatz der modernen Wissenschaft eingeschränkt wird, nach der jede bestehende Annahme oder Theorie beim Aufkommen neuer Erkenntnisse revidiert werden können muss. Ebenso heikel ist, dass das Tatbestandsmerkmal des Leugnens ein absichtliches Abstreiten wider besseres Wissen voraussetzt. Tatsächlich dürften die meisten sogenannten Geschichtsrevisionisten jedoch davon überzeugt sein, dass sich die Ereignisse während des Zweiten Weltkrieges anders zugetragen haben.

> Die Gleichheit vor dem Gesetz gilt hier nicht

Der Straftatbestand der Volksverhetzung ist für die Vertreter des politischen Establishments daher heute eine gern genutzte Möglichkeit, der für eine demokratische Gesellschaft lebensnotwendigen Diskussion aus dem Wege zu gehen und den Meinungskampf stattdessen lieber von einem Staatsanwalt für sich austragen zu lassen. *D.P.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Endzeitstimmung bei Rot-Rot

Brandenburg: Verunglückte Reformpläne drängen Landeskoalition an den Rand des Scheiterns



Der Druck auf ihn wächst: Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD)

Bild: pa

Der Rücktritt von Stanislaw Tillich (CDU) vom Amt des sächsischen Ministerpräsidenten glich einem politischen Paukenschlag. Im benachbarten Brandenburg braut sich dagegen eine politische Krise im Zeitlupentempo zusammen.

Die in Potsdam amtierende rot-rote Landesregierung hat mit der Kreisreform in dieser Legislaturperiode nur ein einziges großes Reformprojekt in Angriff genommen. Doch zwei Jahre vor der nächsten Landtagswahl zeichnet sich bei dem Vorhaben ein umfassendes Debakel ab.

Laut einem Bericht der „Märkischen Oderzeitung“ soll Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) während einer Klausurtagung der Fraktion mit Rücktritt und Neuwahlen gedroht haben, wenn seine Landtagsfraktion nicht für die Kreisgebietsreform stimmt. Ein Regierungssprecher dementierte eine Rücktrittsdrohung und erklärte, Woidke habe nur die Konsequenzen aufgezeigt, falls die Regierungsparteien keine eigene Mehrheit hätten.

Tatsächlich verfügt die rot-rote Koalition im Landtag nur über eine schwache Mehrheit. Die Fraktionen von SPD und Linke haben zusammen 47 Sitze, die Opposition stellt 41 Abgeordnete. Zudem ist die Kreisreform nicht nur im Land stark umstritten, sondern auch in den Reihen der beiden Regierungsparteien. So sollen bei einer Probeabstimmung drei SPD-Abgeordnete angekündigt haben, sich enthalten zu wollen. Bei der Linkspartei könnte möglicherweise auch ein Abgeordneter seine Zustimmung verweigern, wenn Mitte November im Landtag über die Kreisreform abgestimmt wird.

Wie umstritten das Projekt ist, wurde vor Kurzem bei einer Anhörung im Innenausschuss des Landtags deutlich. Kritiker haben die Sitzung und den Umgang mit den geladenen Kommunalpolitikern sogar als parlamentarischen Tiefpunkt und als weiteres Kapitel des Missmanagements bei der Brandenburger Kreisreform gegeißelt.

> Die Kreisreform steht von allen Seiten unter Feuer

In einer fast 18-stündigen Marathonsitzung, die an einem Donnerstagvormittag um 9 Uhr begann und bis im frühen Morgen des Freitag dauerte, ließen die angereisten Landräte und Bürgermeister kaum ein gutes Haar an den Kreisplänen.

Als die Anhörung am Freitagvormittag fortgesetzt wurde, legten Wissenschaftler und Gewerkschaftsvertreter mit Kritik an den geplanten Großkreisen nach. Die Pläne der Landesregierung sehen die Zusammenlegung der sechs bestehenden Landkreise zu drei Großkreisen vor. Die Städte Cottbus, Frankfurt (Oder) und Brandenburg sollen ihre Kreisfreiheit verlieren und mit angrenzenden Kreisen zusammengelegt werden.

Zu den scharfen Gegnern des Projekts gehören auch die beiden kommunalen Spitzenverbände Brandenburgs. Wolfgang Blasig (SPD), der Vorsitzende des Landkreistags, spricht von einer „Neugliederung ohne Not“ und warnt vor Kosten und negativen Folgen. Jann Jakobs (SPD), der Präsident des Städte- und Gemeindebundes in Brandenburg und Oberbürgermeister von Potsdam, bezeichnet die Kreisreform sogar als „Irrweg“.

Beide Kommunalvertreter unterstützen allerdings eine Verwaltungsmodernisierung. Als Kompromissvorschlag schlug Blasig vor, die Gebietsreform abzusagen und dafür die Zusammenarbeit über die Kreisgrenzen besser zu organisieren. Potsdams Oberbürgermeister lieferte zudem einen weiteren interessanten Anstoß: Statt um die Kreisreform solle sich Bandenburg besser um eine Strategie kümmern, um vom Berliner Bevölkerungswachstum und vom Wohnungsmangel in der Metropole zu profitieren.

„Wir müssen als Land Brandenburg von den Berliner Problemen profitieren“, so Jacobs. Der SPD-Politiker sieht eine wichtige Begründung der Kreisreform, nämlich die negativen Bevölkerungsprognosen, von der realen Entwicklung überholt. Auch Blasig weist auf eine positive demografische Entwicklung in Teilen Brandenburgs hin: „Überall dort, wo man Berlin innerhalb einer Stunde mit dem Zug erreichen kann, gibt es verstärkten Zuzug.“ Bislang zeigen sich allerdings keine Anzeichen für ein generelles Umdenken der Landesregierung. Die Berichte über die SPD-Fraktionsklausur sprechen eher für den Versuch, das zentrale politische Projekt von Rot-Rot gegen alle Widerstände und Bedenken durchzupeitschen.

Insbesondere die SPD geht damit ein hohes politisches Risiko ein. Die nächsten Landtagswahlen sind regulär für den Herbst 2019 angesetzt. Bringt die Koalition Mitte November die Kreisreform durch den Landtag, dann fällt die Umsetzung in die Spätphase der Legislaturperiode. SPD und Linkspartei droht dann, dass sich der Unmut der Brandenburger direkt in den Wahlurnen niederschlägt.

Schon jetzt liefert der Versuch einer Gebietsneuregelung CDU, FDP und AfD willkommene Argumente gegen Rot-Rot. Bereits bei der Bundestagswahl vor vier Jahren fuhr die Brandenburger SPD mit 23,1 Prozent ein rekordverdächtig schlechtes Ergebnis ein. In diesem Jahr ging es nochmals steil abwärts, die Partei erreichte nur mehr 17,5 Prozent. Auch die Linkspartei büßte vielerorts ihren einstigen Status als Volkspartei des Ostens ein und sackte bei den Wahlergebnissen weiter ab. *Norman Hanert*

Berlins Abstieg

Von Vera Lengsfeld

Linke ... und die Stadt gehört Euch! Dieser Wahlkampfslogan wird in Berlin jeden Tag mehr zur Realität. Die Hauptstadt gehört den arabischen Clans, die jenseits der Gesetze und ungestört von der Polizei ihren Geschäften nachgehen. Der Alexanderplatz und die S-Bahnsteige im Zentrum gehören den Taschendieben, die mittlerweile eine bunte Truppe aus aller Welt sind. Der Tiergarten gehört aggressiven Obdachlosen aus den Balkanländern, die Spaziergänger grob belästigen und sich um Ordnungshüter, die sie zur Räson bringen wollen, nicht scheren.

Die Lage ist mittlerweile so angespannt, dass selbst der grüne Bezirksbürgermeister von Mitte, Stephan von Dassel, dafür plädiert, Wohnungslose aus Mittel- und Osteuropa notfalls abzuschieben, und zwar die „besonders aggressiven“. Natürlich wurde der Mann umgehend aus seiner Partei gerügt, er rede „respektlos“ über Obdachlose. Die Mordopfer im Tiergarten spielen in der grünen Weltsicht keine Rolle, es sei denn als Störfaktor, denn sie liefern den „Rechten“ Argumente. Den Drogendealern gehört der Görlitzer Park, die Jungfernheide und die U-Bahnlinie 6. Dort kann man ihren aufdringlichen Angeboten nicht entrinnen.

Die Politik gehört den Transgender-Menschen. Der rot-rot-grüne Berliner Senat beschäftigt sich nämlich nicht mit den brennenden Problemen seiner Stadt, sondern damit, wie sehr Transgender-Menschen Berlin als Weltstadt bereichern. Deshalb hat die Koalition aus SPD, Grünen und Linken versprochen, die Haushaltsmittel für die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ bis zum Ende der Legislaturperiode zu verdoppeln.

Auch die Drogendealer gehen nicht leer aus. Zwar werden sie noch nicht vom Senat subventioniert, aber sie bekommen eine eigene Ausstellung zu ihren Ehren im Heimatmuseum Kreuzberg. Man wolle sich dem Thema „Drogendealer“ aus einer anderen Perspektive nähern, Entworfen wurde die Ausstellung von dem Konzeptkünstler Scott Holmquist. Schwarze Menschen seien zum Sinnbild der Drogenverkäufer im öffentlichen Raum geworden, so der Initiator. Es gehe um postkoloniale Reaktionsmuster, der Dealer sei dabei die Projektionsfläche für kollektiven Hass auf Drogenverkäufer, Hass auf schwarze Menschen und die ewigen Widersprüche der Drogenpolitik. Indirekt verteidigen die Ausstellungsmacher die Dealer: „Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Widerstände arbeiten Drogenverkäufer unerschrocken und tapfer im öffentlichen Raum“, heißt es in der Ankündigung. Dabei werde die Nachfrage erst durch die Konsumenten geschaffen.“

Wo bleibt der tapfere und unerschrockene Widerstand gegen diese geistige Verwahrlosung?

Kahlschlag in Schlesien

Siemens erwägt, den Standort Görlitz zu schließen

Laut dem „Manager-Magazin“ plant Siemens eine drastische Verkleinerung seiner Kraftwerkssparte. Demnach erwägt der Konzern, bis zu elf der weltweit 23 Standorte zu verkaufen oder zu schließen. Auf dem Prüfstand stehen auch Standorte in den neuen Bundesländern.

So werde für das Turbinenwerk Görlitz im sächsischen Niederschlesien die Schließung und für das Generatorenwerk in Erfurt ein Verkauf erwogen. Bislang befindet sich in Görlitz der Hauptsitz des Dampfturbinengeschäfts von Siemens. Das Magazin behauptet unter Berufung auf Insider, der Konzern diskutiere die Schließungspläne für Görlitz wegen des Wahlerfolgs der AfD in den neuen Bundesländern noch intensiver. Bei der Bundestagswahl holte die AfD in manchen Orten der Region um Görlitz mehr als 40 Prozent der Stimmen.

Die größte Stadt der Oberlausitz weist im Vergleich nicht nur eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit als andere Teile Sachsens auf, sondern auch mehr Asylsucher.

Als eigentlicher Grund für den Siemens-Plan einer Radikalkur für die Kraftwerkssparte „Power & Gas“ (PG) gilt indes der Vormarsch der Erneuerbaren Energien, in dessen Folge kaum noch neue Gaskraftwerke bestellt werden. Der noch amtierende sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) wies zudem darauf hin, dass der Bund ein Exportverbot von Dampfturbinen für Kohlekraftwerke verhängt habe: „Damit trägt der Bund unmittelbar Mitverantwortung für diese unternehmerische Entscheidung. Kohlekraftwerke werden weltweit nicht weniger gebaut, nur werden dann Anlagen von anderen Anbietern genutzt.“

> Erneuerbare Energien gelten als Hauptgrund für das Ende

Gegenüber dem MDR warnte der Gewerkschaftsvertreter Jan Otto (IG Metall Ostsachsen) vor den Folgen für den Arbeitsmarkt: „Eine Stadt wie Görlitz, die jetzt schon eine Arbeitslosenquote von zwölf Prozent hat, so einem Prozess auszusetzen – das ist überhaupt nicht mehr verantwortungsvoll.“ Tatsächlich sorgt man sich in Görlitz nicht nur um die Zukunft des Siemens-Standorts. Auch wegen Plänen des kanadischen Konzerns Bombardier brodelt es schon länger in der Stadt. Bombardier ist wirtschaftlich angeschlagen und will bundesweit in den kommenden drei Jahren bis zu 2200 seiner 8500 Arbeitsplätze streichen. Stark betroffen sind Hennigsdorf in Brandenburg und wiederum Görlitz. Derzeit stellt Bombardier in Görlitz Doppelstockwagen unter anderem für die Deutsche Bahn her. *N.H.*

Debatte über linken Rand

Abgeordnetenhaus streitet über Staatsgelder für Extremisten

Das Berliner Abgeordnetenhaus debattierte am 19. Oktober über linksextreme Gewalt. Die AfD hatte das Thema auf die Tagesordnung setzen lassen. Im Bundestagswahlkampf waren in Berlin schätzungsweise 15000 von 33000 AfD-Plakaten beschädigt und zahlreiche Repräsentanten der Partei bei verschiedenen Anlässen angegriffen worden.

Eine mutmaßliche Täterin ist freie Mitarbeiterin des öffentlich-rechtlichen Senders Deutsche Welle, was AfD-Fraktionsvize Ronald Gläser dazu veranlasste, im Parlament festzustellen, dass „der Linksextremismus aus der Mitte der Gesellschaft kommt“.

CDU und FDP wollten sich dieser Erkenntnis nicht verweigern. Bekannt ist die fast täglich zu beklagende Gewalt von Linksextremisten, die von dem besetzten Haus in der Rigaer Straße 94 ausgeht. Stephan Lenz von der CDU kritisierte, der Senat lasse die „notwendige Klarheit vermissen, wenn es um Abgrenzung von Linksextremisten geht“. Auch die FDP beklagte in der Aussprache die linke Gewalt in der Stadt. Der FDP-Abgeordnete Holger Krestel meinte jedoch, der Antrag der AfD werde dem Ernst des Problems nicht gerecht.

> »Der Feind wird von unseren Steuergeldern bezahlt«

Gläser prangerte die staatliche Finanzierung der extremen Linken an. Der Linksextremismus sei nicht aus eigener Kraft stark, sondern „weil er eine Sumpfblüte staatlicher Subventionen ist“. Die der Antifa nahestehende Ex-Piratin und jetzige Linkspartei-Parlamentarierin Anne Helm sprach vom „sogenannten Linksextremismus“ und warf der AfD vor, einen eigenen „Opfermythos“ konstruieren zu wollen.

Das Land Berlin fördert 50 verschiedene Projekte wie beispielsweise die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) oder das „Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin“ (apabiz) sowie die „Amadeu-Antonio-Stiftung“ der früheren Stasi-Zuträgerin Anetta Kahane. Gläser: „Der Feind sitzt unter uns und wird von unseren Steuergeldern bezahlt.“ Eine Zwischenfrage der Grünen-Fraktionsvorsitzenden Antje Kapek konterte Gläser: "Ich glaube, dass Sie ein Problem mit Gewalt haben.“

Innensenator Andreas Geisel (SPD) war um Sachlichkeit bemüht: „Ich warne uns davor, die Gewalt an den Rändern gegeneinander aufzurechnen, nach dem Motto gute Gewalt, schlechte Gewalt. Es muss heißen: Keine Gewalt.“ *Hans Lody*

MELDUNGEN

Chinesen sollen reiten lernen

Hohhot – Die Regierung der Inneren Mongolei, eines Autonomen Gebietes der Volksrepublik China, möchte eine alte mongolische Tradition aufgreifen und bietet ab dem Winterhalbjahr Reitunterricht als reguläres Fach in den Schulen an. Im Rahmen des Programms „10 000 Schüler lernen Reiten“ können sie sich vor allem in der Hauptstadt Hohhot dieser Königsdisziplin der Mongolen nähern, mit der bei den Einheimischen bereits Drei- bis Vierjährige beginnen. Die Bevölkerung der Stadt besteht zu fast 90 Prozent aus ethnischen Chinesen, denen die chinesische Führung seit Langem die Traditionen ihres Siedlungsgebietes zu vermitteln sucht. *T.W.W.*

Muftis dürfen Ehen schließen

Ankara – In der Türkei dürfen künftig islamische Muftis rechtlich gültige Ehen schließen. Bisher durften das in der offiziell noch laizistischen Türkei nur Standesbeamte tun. Religiöse Eheschließungen waren ohne standesamtliche Trauung nicht gültig. Jetzt ermöglicht ein neues Gesetz, dass sich Paare allein vor einem Mufti, einem islamischen Rechtsgelehrten, das Ja-Wort geben können. Der Mufti ist nur dem Koran und der Scharia verpflichtet, da steht von einem Mindestalter bei Eheschließung und einer Begrenzung auf einen Ehepartner nichts drin. Zusätzlich zu den neuen Eheregeln ändert das neue Gesetz auch die Bestimmungen für Geburtseintragungen beim Standesamt. Geburten können künftig ohne offiziellen Geburtsschein eingetragen werden. Eine mündliche Bestätigung der Eltern soll reichen. Die Änderung begünstigt Hausgeburten, die vor allem bei minderjährigen Müttern verbreitet sind. Damit ebnet das neue Gesetz den Weg für Kinderehen und Polygamie. *B.B.*

Greift Erdogan nach der Atomwaffe?

Viele Indizien sprechen dafür – Die nötige Technologie könnten die Glaubensbrüder aus Pakistan liefern

Während die Weltöffentlichkeit gebannt auf das iranische Atomprogramm und die nordkoreanischen Nukleartests schaut, haben die Indizien dafür, dass die Türkei ebenfalls nach dem Besitz von Kernwaffen strebt, bisher kaum für Aufsehen gesorgt. Dabei vermitteln diese ein durchaus beunruhigendes Bild.

Derzeit entstehen in der Türkei die ersten zwei Kernkraftwerke des Landes. Das eine baut der russische Staatskonzern Rosatom in Akkuyu, etwa 300 Kilometer östlich des Badeortes Antalya, das andere wird vom japanisch-französischen Konsortium ATMEA bei Sinop an der Schwarzmeerküste errichtet. In beiden Fällen hat Ankara bemerkenswerterweise auf die sonst stets übliche Vertragsklausel verzichtet, nach der die ausländischen Firmen auch das Uran für den Betrieb bereitstellen und sämtliche verbrauchte Brennstäbe zurücknehmen beziehungsweise entsorgen. Die naheliegendste Erklärung hierfür ist, dass die Türkei das angereicherte Uran für die Reaktoren selbst herstellen und aus den verbrauchten radioaktiven Brennstäben Plutonium für den Bombenbau gewinnen will.

Dafür benötigt sie zwar entsprechende Technologie, die könnte aber die befreundete Islamische Republik Pakistan zur Verfügung stellen – nicht zuletzt als Gegenleistung für die langjährige konspirative Unterstützung des pakistanischen Atomschmugglers Abdul Qadeer Khan, der unter anderem Zentrifugen für die Urananreicherung in den Iran und nach Nordkorea sowie Libyen lieferte. Hinweise auf eine solche strategische nukleare Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Pakistan, aber auch Katar boten kürzlich Artikel von Galip Ilhaner und Sabri Isbilen in den radikalen islamischen beziehungsweise Recep Tayyip Erdogans und seiner AKP nahestehenden Blättern „Milat Gazetesi“ und „Dirilis Postası“.

Ein weiteres Indiz für die Existenz eines türkischen Kernwaffenprogramms ist der offizielle staatliche Auftrag an die Rüstungsfirma Roketsan, die Mittelstreckenrakete J-600T Yıldırım IV mit 2500 Kilometern Reichweite zu entwickeln, denn derartige Flugkörper dienen in aller Regel dem Zweck, Atomsprengköpfe ins Ziel zu tragen.

Hierzu passen scharfmacherische Wortmeldungen wie die von Hayrettin Karaman, einem extrem konservativen islamischen Theologen, der als religiöser und ideologischer Berater Erdogans fungiert. Der schrieb vor einigen Monaten in der gleichfalls als Sprachrohr des Präsidenten und seiner AKP dienenden Tageszeitung „Yeni Safak“, die Türkei solle sich doch bemühen, selbst Massenvernichtungswaffen wie die Atombombe herzustellen – und zwar ohne Zeit zu verlieren oder „Rücksicht auf die warnenden Worte und die Hemmnisse des Westens“ zu nehmen.

> Enge persönliche Vertraute des türkischen Präsidenten regen die Zügelung der westlichen »Kreuzritter« durch Kernwaffen an

In das gleiche Horn stieß später der Chefredakteur von „Yeni Safak“, Ibrahim Karagül. Diese Falken und weitere enge persönliche Vertraute des Staatspräsidenten setzten noch ganz unverblümt hinzu, dass man Kernwaffen auch dazu benutzen könnte, die westlichen „Kreuzritter“ zu zügeln, die de facto schon Krieg gegen die Türkei führten. In diesem Kontext wirken die vollmundigen Ankündigungen in einer weiteren nationalistischen Gazette namens „Yeni Söz“, die Türkei könne „Europa in drei Tagen erobern“, gleich deutlich weniger absurd.

Die Frage ist allerdings, ob Ankara tatsächlich das Potenzial besitzt, seinen Traum von der Atombombe zu verwirklichen – egal, ob nun mit oder ohne ausländische Hilfe. Denn die Herstellung von waffenfähigem Uran oder Plutonium einschließlich der Trägersysteme für Kernsprengköpfe erfordert große finanzielle Investitionen und brillante Forscher. Derzeit leidet die Türkei jedoch unter einem massiven Kapitalmangel beziehungsweise -abfluss. Ebenso haben viele führende Wissenschaftler das Land verlassen.

Deshalb meinen Experten wie Aykan Erdemir von der Washingtoner Denkfabrik „Foundation for Defense of Democracies“ (FDD), dass die Gefahr, die von dem türkischen Wunsch nach der Bombe ausgeht, momentan noch eher gering sei. Das könnte sich aber im Falle einer wirtschaftlichen Erholung schnell ändern, zumal zukünftig wohl auch die Streitkräfte des Landes nukleare Schläge gegen äußere Feinde ins Kalkül ziehen werden. Immerhin verloren seit dem Putsch vom Vorjahr 160 der 324 Generäle der türkischen Armee ihr Kommando, wodurch zahlreiche AKP-nahe und radikale islamische Kader nachrückten.

Damit droht eine massive Radikalisierung des höheren Offizierskorps nach dem Vorbild Pakistans. Und dort setzt man bekanntlich schon des Längeren auf die atomare Karte. *Wolfgang Kaufmann*



Roketsan wurde 1988 durch das türkische Staatssekretariat für Rüstungsindustrie gegründet, um eine Basis für die nationale Raketentechnologie zu schaffen, und zählt mittlerweile zu den 500 größten Unternehmen des Landes: Stand des Rüstungsherstellers mit Sitz in Ankara auf der alle zwei Jahre nördlich von Paris in Villepinte stattfindenden Rüstungsmesse Eurosatory

Bild: action press

Das Elsass ist der doppelte Verlierer

Philippe Richert, Präsident des Regionalrats, tritt aus Protest gegen Pariser Politik zurück

Vor nicht einmal zwei Jahren war der ab 2010 amtierende Präsident des Regionalrats der Region Elsass zum ersten Regionalratspräsidenten der damals neu gebildeten Region Grand Est (Großer Osten) gewählt worden. Nun hat der 1953 im elsässischen Ingwiller geborene Politiker der konservativen Republikaner das Handtuch geworfen.

Hintergrund für den Rücktritt ist der seit der Zusammenlegung der Region Elsass mit den Regionen Lothringen und Champagne-Ardenne zur Region Grand Est nicht abnehmende Widerstand gegen die undemokratische Vorgehensweise, der sich immer mehr Bevölkerungsschichten anschließen. Vor Kurzem hat eine Umfrage ergeben, dass sich 84 Prozent der elsässischen Bevölkerung wünschen, dass das Elsass sich wieder aus der Region Grand Est löst und eine eigenständige Region wird.

Auch die Bewegung zur Zusammenlegung der Kompetenzen von Regionen und Departements hat wieder zugenommen. Letzte Woche wurde ein Manifest von 100 bekannten Persönlichkeiten aus dem Elsass vorgestellt, in dem die Schaffung einer neuen eigenen Region Elsass, ausgestattet mit den Vollmachten einer Region und eines Départements, gefordert wird. Der Druck auf Richert, der für den Verlust der Eigenständigkeit des Elsass verantwortlich gemacht wird, sei einfach zu groß geworden, zitiert der Radiosender „France Bleu Alsace“ einen Regionalrat.

Anfangs hatte Richert selbst die in der Amtszeit von Präsident François Hollande wegen Kosteneinsparungen geplante Großregion Grand Est heftig kritisiert. Dann ließ er sich umstimmen, trat bei der Regionalratswahl an und konnte sich Ende 2015 gegen seinen Konkurrenten Florian Philippot vom Front National und die regionalistische Partei "Unser Land" durchsetzen. Der Widerstand der Elsässer gegen den Verlust ihrer Autonomie ließ allerdings nicht nach.

Für Richert brachte der Beschluss der neuen Pariser Nationalregierung, einen von der Vorgängerregierung bereits zugesagten Betrag von 450 Millionen Euro nicht zur Verfügung zu stellen, das Fass zum Überlaufen. Dies wertete er als Beweis, dass die neue Regierung unter Emmanuel Macron, dessen Partei es bei der Zusammenlegung der Regionen vor zwei Jahren noch gar nicht gegeben hat, nicht mehr hinter der Gebietsreform stehe.

Nach derselben Umfrage fühlen sich 38 Prozent der Elsässer zunächst als Elsässer und dann erst als Franzosen. 73 Prozent wollen die Schaffung eines eigenständigen Elsass mit den Kompetenzen eines Departements und einer Region. 58 Prozent wollen ein Elsass mit Autonomierechten wie ein Schweizer Kanton oder ein Bundesland in Deutschland. 18 Prozent der Befragten wollen gar einen von Frankreich unabhängigen souveränen elsässischen Staat. Diese Umfrage zeigt fernerhin, dass 61 Prozent der Elsässer sich für einen obligatorischen Deutschunterricht einsetzen. Zwei Drittel der Elsässer wollen auch „die Entwicklung zweisprachiger französisch-deutscher Schulen“. Schließlich ist mehr als die Hälfte der Elsässer für die Einführung der Regionalsprache als zweite offizielle Amtssprache.



Bild: Claude Truong-Ngoc / Wikimedia Commons - cc-by-sa-3.0

Erst an der Spitze des Elsass, dann von Grand Est: Richert

100 Intellektuelle, Akademiker, elsässische Künstler und Wirtschaftsleute unterzeichneten einen Appell der die Schaffung einer „neuen Elsassregion“ fordert (siehe *PAZ* Nr. 41). Der Text fordert die politischen Führer auf, sich für die Schaffung eines einheitlichen Gemeinwesens einzusetzen, das Region und Departement zusammenfasst. Sie wollen die Neugestaltung der Regionen zum 1. Januar 2016 rückgängig machen und dass das Elsass wieder eine von Lothringen und der Champagne-Ardenne unabhängige Verwaltungsregion wird. Der Text stellt fest, dass die Verschmelzung der drei Regionen zu Grand Est vor fast zwei Jahren ohne Folgenabschätzung und im Widerspruch zur Demokratie durchgeführt wurde.

Unter den elsässischen Persönlichkeiten, die den „Appel der 100“ unterschrieben haben, befindet sich der Fußballtrainer Arsène Wenger. Der Appell wurde auch von vier elsässischen Verbänden und Denkfabriken unterstützt: von der elsässischen Bürgerinitiative unter dem Vorsitz von Pierre Klein, von „Kultur und Zweisprachigkeit“ unter der Leitung von Jean-Marie Woehrling, von dem Verein Elsässische Perspektiven unter dem Vorsitz von Jean-Daniel Zeter sowie von „Avenir Région d'Europe“ unter dem Vorsitz von Ernest Winstein.

Bereits während des Präsidentschaftswahlkampfes hatte eine vom Molsheimer Bürgermeister Laurent Furst ins Leben gerufene Initiative eine Petition gestartet unter dem Motto „Gebt uns das Elsass zurück.“ Dies Petition zum Austritt aus der neuen Großregion hatte damals in kurzer Zeit 10 000 Unterschriften, darunter die von mehr als 100 elsässischen Bürgermeistern gefunden. *Bodo Bost*

Rothschild soll »dezentralisieren«

Dem Gasleitungsnetz der Ukraine drohen Ausverkauf und Zerschlagung

In ihrem Bemühen, Russland aus dem europäischen Gasmarkt zu verdrängen, setzen die EU und im Hintergrund als Treiber die USA auf die Ukraine, durch die, so ein neuer Plan, beispielsweise aus Aserbaidschan Gas nach Europa fließen solle. Das, so die Hoffnung, könnte die Gasleitung Nord Stream 2, die von Russland nach Deutschland führen wird, überflüssig machen. Doch eine neue Entwicklung scheint alle Anstrengungen zugunsten der Ukraine zunichte zu machen.

Es ist nämlich an dem, dass das ukrainische Gasnetz zur Disposition internationaler Finanzmagnaten steht, das heißt konkret, zerschlagen werden soll. Die Züricher Rothschild-Bank hat den Auftrag erhalten, Privatfirmen für den Betrieb der ukrainischen Leitungen zu finden. Der Vorgang wird „Dezentralisierung“ genannt und Rothschild hat für die Handreichung eine Anerkennung von drei Millionen Euro zugesprochen bekommen.

Die französische Netzzeitung „Agoravox“, die zu diesem Vorgang das russische Portal „ru-economics“ zitiert, setzt allerdings hinzu, Rothschild sei nur eine der „Finanzstrukturen transnationaler Größe“, die hinter dem Vorgang und damit der Geopolitik der Vereinigten Staaten stünden. Rothschild freilich werde nicht an die Interessen der Ukraine denken, „sondern ausschließlich an den eigenen Profit“. Das Portal bilanziert: „Das ukrainische Gas-Pipelinenetz wird binnen kürzester Zeit vollständig ausverkauft.“ Und nicht nur das Gasnetz werde zerschlagen, sondern die Ukraine als ganze werde „aufgeteilt und in Stücken verkauft. Jetzt gerät der Gashahn, der die Ukraine jahrelang am Leben erhalten hat, in die Hände der Rothschilds. Solche Firmen hatten die Ukraine schon lange vor dem Maidan im Auge.“

Unterstützung bei ihren Bemühungen um den ungehinderten Zugang zum ukrainischen Gasnetz erfahren die Interessenten aus den USA von der US-Botschafterin in Kiew, Marie Yovanovitch. Sie warnte zunächst im Rahmen einer Fachtagung davor, dass die ukrainische Wirtschaftsleistung insgesamt um drei Prozent schwinden könnte, wenn Nord Stream 2 ans Netz ginge. Zugleich dämpfte sie den Schrecken mit dem Hinweis auf eine Lösung des Problems. Zwar würde weniger russisches Gas durch die Ukraine fließen, doch mit einer „Reform“ des ukrainischen Energiesektors und des Gasnetzbetreibers Naftogas könne man die Verluste ausgleichen. „Diese Maßnahmen würden den ukrainischen Gasmarkt für Investoren aus dem In- und Ausland öffnen“, so die Diplomatin, die mit diesem Vorschlag eben dasselbe betreibt wie Rothschild und Konsorten, nämlich „eine Privatisierung des ukrainischen Gastransportnetzes“ – also das, wogegen die Ukraine sich lange Zeit gesträubt hatte.

> Unterstützt wird der Griff von US-Investoren nach dem ukrainischen Netz von Marie Yovanovitch, der US-Botschafterin in Kiew

Darauf wies der Energieexperte Alexej Griwatsch von der russischen Stiftung Nationale Energie-Sicherheit hin. Doch die politische Führung in Kiew, so Griwatsch weiter, werde das Netz zweifelsohne privatisieren – „die Gesetze, die den Ausverkauf des Transitsystems an amerikanische oder europäische Investoren erlauben, sind bereits verabschiedet und gültig“.

Viel Zeit, das ukrainische Gasnetz loszuschlagen, hat Kiew nicht mehr. Die Infrastruktur ist nämlich überholungsbedürftig und teilweise marode. Es stehen Maßnahmen für Reparatur und Modernisierung an, die sich auf bis zu zehn Milliarden US-Dollar belaufen.

Dennoch sind mit dem Netz noch eine geraume Zeit gute Gewinne zu machen. Griwatsch erklärt warum: „Bei all dem Verschleiß wirft das ukrainische Leitungsnetz immer noch gute Gewinne ab, und zwar auf Grund der Transitverträge mit Russland. Und es wird bis 2019 noch zwei weitere Dollar-Milliarden bringen, bis die Verträge dann auslaufen.“ Eine Hoffnung, über diesen Zeitpunkt hinaus mit dem ukrainischen Netz Gewinn erwirtschaften zu können – bei dann wahrscheinlich weniger günstigen Bedingungen – besteht allerdings nur dann, „wenn man den Bau alternativer Gasrouten politisch torpediert“.

Es ist abzusehen, dass die in Lauerstellung befindlichen Investoren ihrer Funktion nicht gerecht, das heißt, kein Geld in die Infrastruktur investieren werden. Für sie bildet das ukrainische Gasnetz lediglich eine Möglichkeit, in kurzer Zeit viel Geld zu verdienen.

Trotz des Modernisierungsstaus wird der Ukraine die Möglichkeit zugeschrieben, auch ohne die USA-Gaslobby nach 2019 mit dem Transit von Gas aus Russland Geld zu verdienen. Dazu seien aber zwei Voraussetzungen zu erfüllen. Als wichtigste nennt der russische Experte: „Kiew sollte sich wie ein zuverlässiger Partner verhalten. Die Beziehung zum Gasabnehmer zu vertiefen und dabei dem Gaslieferanten demonstrativ die kalte Schulter zu zeigen, ist eine absolut kurzsichtige Politik. Doch genau so macht es die Ukraine.“

Die zweite Voraussetzung sei, dass in Europa die Nachfrage nach russischem Gas bestehen bleiben müsse. Genau hier aber wird das Doppelspiel Washingtons erkennbar. Denn: „Die US-Politiker – einschließlich der Botschafterin Yovanovitch – sichern Kiew ihre Unterstützung bei Erhalt des Gastransits durch die Ukraine zwar zu. Tatsächlich aber will die US-Politik russisches Gas in Europa mit allen Mitteln verhindern“, so der russische Analyst. „Der größte Gegner der Tatsache, dass die Ukraine ihren Stand als Gastransitland beibehält, sind Kiews Freunde in Washington.“

Kiews Chance wird in einer einfachen Rechnung offenbar: Europa bezieht derzeit mehr als 90 Milliarden Kubikmeter Gas aus Russland. Nord Stream 2 wird nach seiner Fertigstellung davon 55 Milliarden übernehmen, Turkish Stream bringt eine Kapazität von weiteren 30 Milliarden Kubikmetern auf. So bleiben für den Transit durch die Ukraine immer noch zehn Milliarden Kubikmeter.

Florian Stumfall


Bild: pa

Ukraines Gasnetz ist zumindest kurzfristig für Investoren attraktiv: Kompressorstation nahe Kiev

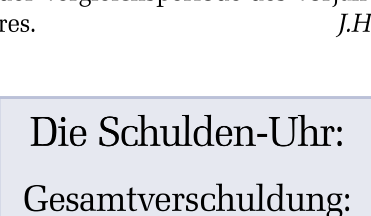
MELDUNGEN

Kartellamt gegen Sportbund

Bonn – Das Bundeskartellamt hat ein Verfahren gegen den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) eingeleitet. Dabei geht es um die Prüfung, ob Werberechte der Athleten in unzulässiger Weise behindert werden. Auslöser des Verfahrens ist eine Beschwerde des Bundesverbandes der deutschen Sportartikel-Industrie. Gegenstand ist die IOC-Regel 40, die es den Sportlern verbietet, in Verbindung mit ihrer Olympia-Teilnahme für ihre persönlichen Sponsoren zu werben. Die Einhaltung der Regel wird in Deutschland vom DOSB überwacht. Sie wurde erlassen, um die Sponsoren des IOC vor Konkurrenz zu schützen. *J.H.*

Handelsachse Moskau-Tel Aviv

Moskau – Angesichts der von der EU und den USA gegen Russland verhängten Sanktionen sucht sich Moskau neue Handelspartner. Einer davon ist Israel, mit dem es im Jahre 2013 ein Freihandelsabkommen geschlossen hat. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres ist der bilaterale Handel zwischen beiden Ländern auf 380 Millionen Dollar angewachsen. Das sind 25 Prozent mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. *J.H.*



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.977.991.514.917 €

Vorwoche: 1.977.961.276.403 €

Verschuldung pro Kopf:
24.043 €

Vorwoche: 24.043 €

(Montag, 30. Oktober 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Digitales Jamaika

Wie Union, FDP und Grüne die »Revolution« meistern wollen

Dass die neue Bundesregierung einen Schwerpunkt auf die Digitalisierung legen soll, darin sind sich die Parteien einig. Die CDU hat mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Thomas Strobl sogar einen eigenen Beauftragten für dieses Thema in die Koalitionsverhandlungen mit FDP und den Grünen entsandt.

Doch in der Bevölkerung löst die Aussicht auf eine „digitale Revolution“ nicht nur Begeisterung aus. Viele Deutsche blicken vielmehr mit Sorge auf die Arbeitswelt im Jahre 2030. Das besagt zumindest ein „Zukunftsmonitor“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), der dieses Jahr veröffentlicht worden ist. Robotik und Digitaltechniken würden die Arbeitsplätze der Menschen dramatisch verändern oder sogar abschaffen. 60 Prozent der Befragten erwarten, dass „durch die Veränderungen Jobs verloren gehen“.

Der Präsident des Digitalverbands Bitkom, Achim Berg, teilt diese Befürchtungen teilweise und warnt vor einem massiven Rückgang bisheriger Berufe durch Automatisierung und Digitalisierung. „Ich gehe davon aus, dass etwa die Hälfte aller Aufgaben in den nächsten 20 Jahren von Maschinen oder Computern erledigt werden kann“, sagte er der „Rheinischen Post“. Alle Branchen seien davon betroffen, in fast allen Berufen machten sich die Veränderungen bemerkbar.

Im Januar hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einem Auftritt vor Funktionären des Deutschen Beamtenbundes davor gewarnt, Deutschland könne den Anschluss im internationalen Vergleich verlieren. Vor allem die Verwaltung müsse digitaler werden.

CDU und CSU wollen daher im Kanzleramt den Posten eines Staatsministers für Digitales schaffen. Glasfasernetze sollen bis 2025 flächendeckend verlegt werden, Deutschland und Europa künftig Vorreiter für den sogenannten 5G-Mobilfunk werden. Mehrere Studien hatten in der Vergangenheit belegt, dass Deutschland gerade im Telekommunikationsbereich erheblichen Nachholbedarf hat. Vor allem Länder in Nord- und Osteuropa seien in Sachen Infrastruktur schon wesentlich weiter. Die Arbeitswelt soll nach dem Willen der Unions-Parteien durch Teleheimarbeit und mobiles Arbeiten an den digitalen Wandel angepasst werden. Zudem wird der Aufbau eines bundesweiten Verwaltungsportals angestrebt. Über einen Bund-Länder-Digitalpakt sollen über fünf Jahre fünf Milliarden Euro für Modernisierung an die Schulen fließen.

> Weite Teile der Bevölkerung sind skeptisch

Die FDP fordert gar ein eigenes Digitalisierungsministerium, langfristig soll auch ein entsprechendes Schulfach eingeführt werden. Pro schulpflichtigem Kind sollen 1000 Euro investiert werden.

Die Grünen hingegen legen den Schwerpunkt bisher auf umfassenden Datenschutz in der digitalen Welt. Zudem solle der Umweltschutz nicht zulasten einer erneuten „industriellen Revolution“ vernachlässigt werden. Die Grünen fordern auch, die neue Regierung solle soziale Bedenken der Bevölkerung ernstnehmen.. Immer häufiger könnten Computer den Menschen ersetzen. Innerhalb der nächsten beiden Jahrzehnte sei die Künstliche Intelligenz dazu in der Lage, in verschiedenen Branchen bis zu 40 Prozent der bestehenden Arbeitsplätze zu ersetzen. Wie viele neue Berufsfelder durch die veränderte Arbeitswelt entstünden, sei dagegen „nur schwer absehbar“.

Peter Entinger

Nicht bei uns

Von Bodo Bost

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa lehnen 70 Prozent der Deutschen islamische Feiertage ab. Wenn man die klare Meinung der Bevölkerung in diesen Fragen wirklich ernst nimmt, müsste sich eigentlich eine Diskussion über solche Feiertage von selbst erledigen.

Dennoch war der gescheiterte Kanzlerkandidat Martin Schulz von der SPD der erste, der fand, dass man über dieses Thema auch reden müsse. Kurz darauf stellte sich auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hinter Thomas de Maizières Vorschlag: „Wo es einen nennenswerten Anteil an Muslimen gibt, sollte man auch deren Festkultur zur Kenntnis nehmen", sagte ZdK-Präsident Thomas Sternberg. „In einer multireligiösen Gesellschaft kann in Gegenden mit hohem Anteil an frommen Muslimen ein islamischer Feiertag hinzukommen, ohne dass die christliche Tradition unseres Landes verraten würde", sagte Sternberg weiter. Anstatt zu erklären, was ein frommer Muslim ist, etwa ein Salafi, beklagte sich Sternberg darüber, dass immer weniger Christenmenschen etwas mit Feiertagen anfangen könnten, die ein „Zeichen des europäischen Traditionenreichtums" seien. Ob dann allerdings die Einführung fremdreligiöser Feiertage die richtige Lösung ist und nicht ein neuer Versuch der Erklärung christlicher Feiertage, was zu den Aufgaben eines Zentralkomitees gehört, bleibt Sternbergs Geheimnis.

> 70 Prozent der Deutschen gegen muslimische Feiertage

Muslime muss man nicht fragen, welche Feiertage für sie wichtig sind. In der Türkei stehen ganz oben das Fest Mehmet des Eroberers von Konstantinopel oder die verschiedenen Feiertage, die mit der Eroberung sonstiger wichtiger einstiger christlicher Zentren zu tun haben. Das sind nämlich die einzigen Festtage, die nach dem europäischen Sonnenkalender, also jedes Jahr am selben Tag, gefeiert werden. Alle anderen muslimischen Feiertage, die mit Mohammed zu tun haben, wechseln jedes Jahr nach dem Mondkalender und die Muslime wissen zu Beginn eines Jahres meistens noch gar nicht, wie diese Feiertage exakt liegen

In Deutschland kann jeder nach seiner Façon selig werden. Das gilt auch für das Feiern religiöser Feste. Ob allerdings ein Staat zukünftig auch Feiertage einer Religion, die die Grundfesten dieses Staates in großen Teilen ablehnt, unter den Schutz einer gesetzlichen Regelung stellen soll, bleibt der Phantasie eines de Maizière überlassen. Vielleicht sollte er sich einmal in Saudi-Arabien umsehen, dort leben Dank des Ölreichtums und großer Sklavenarbeitermassen prozentual mehr Christen als Muslime in Deutschland. In Saudi-Arabien gibt es nicht nur keine christlichen Feiertage, auch der Bau von Kirchen oder sonstigen Versammlungsstätten ist verboten. Auf das Tragen von Halskreuzen oder sonstiger Zeichen nicht muslimischer Religionen stehen trotz Modernisierungstendenzen in dem streng islamischen Land harte Strafen. Nach der Meinungsäußerung von Bundesinnenminister Thomas de Maizière bleibt sein politisches Schicksal unter Jamaika ungewiss.

Der große Reibach

Von Eberhard Hamer

In der Ökonomie denkt man in Angebot und Nachfrage. Gibt es also auch einen „Migrationsmarkt" mit Anbietern, welche die Zuwanderung betreiben, fördern, zu ihren Gunsten finanzieren und propagieren? Die Unterstützer der „Willkommenskultur" haben zumeist wirtschaftliche Gründe: Die Kirchen sind durch ihre Sozialorganisationen die größten Gewinner der Masseneinwanderung, weil sie mit üppigen öffentlichen Geldern die Aufnahmeeinrichtungen finanziert bekamen, mehr als 100 000 Mitarbeiter für diese Arbeit einstellen und damit ihre durch Kirchenaustritte schrumpfenden Finanzen wieder sanieren konnten. Ein gleiches Leistungsangebot bot auch die Sozialindustrie, deren Organisationen sich um die Asylsucher schlugen, weil damit üppig zu verdienen ist. Das geht bis hin zu den Ärzten, Zahnärzten oder Krankenhäusern, welche zusätzlich Massen von Patienten bekamen, für die vom Staat alles bezahlt wurde. Wie immer hat auch die Konzernlobby willkommen geschrien und das Schreckgespenst von Arbeitskräfteknappheit beschworen – obwohl die gesamten Großunternehmen nur 60 von zwei Millionen Immigranten eingestellt haben und die Masse der Immigranten für unseren Arbeitsmarkt untauglich ist und voraussichtlich nie arbeiten wird. Allein die Drohung mit deren Arbeitskräftepotenzial zahlte sich bereits dadurch aus, Lohndumping auf deutsche Arbeitskräfte auszuüben und die eigentlich in der Hochkonjunktur selbstverständlichen Lohnforderungen abzuwehren.

Immigrationsanbieter sind auch eine Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen, die ihre Gemeinnützigkeit und ihre Existenz durch Spendenzulauf nur erhalten können, wenn sie angeblich gemeinnützigen Aufgaben durchführen. Hier bot sich im „Flüchtlingsmarkt" ein völlig neues, dazu lukratives Geschäft bis hin zum Betrieb von Schleuserschiffen, das ihnen Millionenspenden einbringt.

Inzwischen leben große Teile ganzer Branchen von der Asylsucherindustrie. Tausende Anwälte haben – meist aussichtslose – Prozesse um Bleiberechte von abgelehnten Einwanderern angestrengt, weil dies der Staat mit Prozesskostenhilfe unterstützt. Die Nahrungsmittelindustrie hat Milliarden an Mehrumsatz durch die Zuwanderer verbucht. Gleiches gilt auch für die Bekleidungsindustrie, weil die mittellosen Asylsucher ja nicht nur Nahrung, sondern auch Kleidung auf öffentliche Kosten bekommen. Für die Zuwanderer muss auf Staatskosten gebaut werden, müssen Wohnungen angemietet und neue Möbel beschafft werden. Sowohl die Immobilien- als auch die Konsumgüterindustrie rufen deshalb nach weiterer Immigration, weil sie Gewinner davon sind.

In anderen Marktsegmenten wird Massenangebot und -nachfrage durch Kosten und Preis im Zaum gehalten. Im „Migrationsmarkt" dagegen nicht: Nicht die Sozialorganisationen oder Kirchen oder sonstige Immigrationsgewinnler zahlen für die Kosten der von ihnen gewünschten Immigranten, sondern alles zahlt der Staat. Ökonomen wissen, dass die Wirtschaft nicht ewig boomt, sondern dass der Konjunkturwechsel von Boom und Rezession marktwirtschaftlich normal ist. Wer, wie unsere Politik, bei der Immigration nur auf Dauerboom setzt, wird bald an den Kosten scheitern.



Mildtätigkeit nur vorgeschoben: Den Apologeten der „Willkommenskultur" geht es in erster Linie ums Geldverdienen

Bild: pa

Gegenwind



Die Verquickungen von NATO und EU

Von Florian Stumfall

Was einigermaßen zur Stabilisierung der in sich zerrissenen EU beiträgt, ist, dass kaum einem ihrer Bürger der Inhalt des konstitutiven Vertrages von Lissabon bekannt ist. Wäre es anders, so könnte das angesichts der Machtfülle der EU, in die Länder wie Menschen gefesselt sind, einige Unruhe auslösen. Das gilt für das Finanzregal, das Ausmaß zentralistischer Zuständigkeiten in Brüssel und dort vor allem bei der Kommission und nicht zuletzt für die Militärpolitik.

Allgemein hat man sich daran gewöhnt, dass es neben der EU die Nato gibt, gewissermaßen eine EU mit den USA dabei und den Generälen. Allerdings tut es not, sich das Konstrukt der Nato wenigstens flüchtig anzuschauen. Das oberste politische Gremium ist der Nordatlantikrat mit einem Generalsekretär an der Spitze. Dieser ist immer ein Europäer, ein von Bedeutung hochstehender, angesehener Frühstücksdirektor mit repräsentativer Funktion.

Ihm gegenüber, oder besser, über ihm steht nämlich der Supreme Allied Commander Europe und der ist ausnahmslos ein US-General oder -Admiral. Wenn es also ernst wird, das heißt, wenn es ums Krieg führen geht, und das ist bei der Nato seit 25 Jahren unablässig der Fall, dann bestimmt der Militär, also der gute Freund aus den USA. Die Europäer hören zu und marschieren mit.

Doch wieso ist hier von der Nato die Rede, wo wir doch mit der EU begonnen haben? Ganz einfach. Im Vertrag von Lissabon, der die Funktion einer Verfassung hat, wiewohl man es nicht opportun empfand, ihn so zu nennen, gibt es nämlich einen Artikel 26, dessen Absatz 1,1 lautet: „Der strategische Rat bestimmt die strategischen Interessen der Union und legt die Ziele und die allgemeinen Leitlinien der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik fest, und zwar auch bei Fragen mit verteidigungspolitischen Bezügen." Dieser Lissaboner Vertrag datiert vom 13. Dezember 2007. Seither ist die EU auch ein Militärbündnis.

Da es aber den Brüsseler Herrschern immer darum geht, weiter und noch mehr und alles zu zentralisieren, wurde im Jahre 2001 der Vertrag von Nizza abgeschlossen, betreffend die „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungs-Politik". Dennoch findet sich die weitestgehende Bestimmung in Sachen gemeinsame Sicherheitspolitik der EU im Vertrag von Lissabon.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind" gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Es geht dabei um die sogenannte Beistandsklausel des Artikels 42.7. Sie lautet: „Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedsstaates schulden die anderen Mitgliedsstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung." Als im Januar 2015 in Paris islamische Terroristen Anschläge mit zahlreichen Todesopfern verübten, rief der damalige französische Präsident François Hollande den nationalen Notstand und die Wirksamkeit der Beistandsklausel aus. Da in Frankreich seither der Ausnahmezustand herrscht, muss geschlossen werden, dass die Klausel nach wie vor aktuell in Kraft ist.

Diese Beistandsklausel der EU fordert natürlich und unbedingt den Vergleich mit dem Artikel 5 der Nato-Charta heraus. Während im Vertrag von Nizza von aller in „ihrer Macht stehenden Unterstützung" die Rede ist, bescheidet sich die Nato mit einer vergleichsweise unverbindlichen Formulierung, wonach eine Nato-Macht ihre Pflicht bereits erfüllt hat, wenn sie Vorkehrungen „einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet ..."

Freilich sind die feinen Unterschiede in der Formulierung der beiden Vertragswerke nicht der entscheidende Punkt. Entscheidend ist die Frage, wie sich die Beistandsklausel der EU und Artikel 5 der Nato-Charta politisch zueinander verhalten. Um dies auszutarieren, haben die beiden Bündnisse im Juli des vergangenen Jahres eine Partnerschaft beschlossen und auf der Konferenz in Warschau besiegelt. Allerdings ist das nicht ohne Folgen geblieben, die man wohlwollend als unbeabsichtigt bezeichnen mag, bei weniger Rücksichtnahme könnte man sagen, dass das Problem den Handelnden gleichgültig war.

Die neue Partnerschaft zwischen der EU und der Nato macht nämlich die Neutralität der EU-Länder Österreich, Schweden und Finnland obsolet. In einem internen Papier der EU hat deren Außenbeauftragte Federica Mogherini dieses Problem vom Tisch gewischt: „Die Mitgliedsstaaten müssen ihre in den Verträgen verankerten Verpflichtungen zur gegenseitigen Unterstützung und Solidarität in konkretes Handeln umsetzen. Die EU wird ihren Beitrag zur kollektiven Sicherheit Europas aufstocken und eng mit ihren Partnern zusammenarbeiten – angefangen bei der Nato."

Tatsächlich bedeutet dies im Falle Österreichs einen Bruch der Verfassung, in der von „immerwährender Neutralität" die Rede ist. Diese Bestimmung hat sogar internationale Bedeutung insofern, als sie zuerst festgelegt wurde im Staatsvertrag mit der Sowjetunion im Jahre 1955, der zum Rückzug der Roten Armee führte und ganz Österreich die Freiheit gab. Als Rechtsnachfolger der Sowjetunion hätte heute Russland das Recht, auf Einhaltung dieser Bestimmung zu dringen. Allerdings ist sie in der Praxis schon so oft gebrochen worden, etwa durch Militärtransporte der Nato durch Österreich in Richtung Osten, dass die Macht des Faktischen aus dem Verfassungsbruch ein Gewohnheitsrecht gemacht hat.

> **Der Autor**: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier". In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Man könnte also meinen, im Verhältnis der militärischen EU zur Nato stehe alles zum Besten, doch das wäre ein Irrtum. Zwar haben die USA ein geostrategisches Interesse am Ausbau der EU, die ihnen als eurasischer Brückenkopf dienen soll, doch das erstreckt sich nicht auf die militärischen Belange, insoweit diese zu selbstständigen Einheiten führen könnten, wie das schon der Fall ist. Das angesehene US-Politik-Magazin „Foreign Policy" schrieb Ende Mai dieses Jahres: „Deutschland baut heimlich eine europäische Armee unter seinem Kommando auf" und nahm damit Bezug auf das „Framework Nation Concept", in dessen Vollzug tschechische und rumänische Einheiten der Bundeswehr unterstellt werden. Der Kommentar von Carlo Masala ist nicht geeignet, das US-Misstrauen zu besänftigen. Der Politologie-Professor an der Universität der Bundeswehr München sagte: „Es ist ein Schritt hin zu mehr europäischer militärischer Unabhängigkeit."

Jetzt beginnen, die Illusionen, die sich um die künftige Bedeutung der EU ranken, von der Wirklichkeit zerstört zu werden. Ein Argument für die Hypertrophie der EU ist ja immer, Europa müsse im Chor der Großen dieser Welt auch eine Stimme haben. Tatsächlich schwindet der Einfluss der EU in dem Maße, wie sie ungeeignete Mitglieder aufnimmt, kulturfremde Weltgegenden assoziiert und entgegen der Tradition des Kontinents einen gewaltigen Zentralismus organisiert.

Die USA befürworten zwar ein größeres militärisches Engagement der Europäer, doch nicht im organisatorischen, sondern im finanziellen Sinne. Sie sollen Waffen in den USA kaufen, das ist der Hintergrund der Mahnungen, nicht sich vom Großen Bruder abnabeln und sei es nur mit einer eigenen Armee.

Transatlantiker wie EU-Zentralisten geraten in dieser Frage in eine Zwickmühle; die Transatlantiker wollen die Nato stärken, aber nicht auf Kosten der EU, die Zentralisten möchten sie selbstständig machen, aber im Einvernehmen mit den USA. Doch tatsächlich geht weder das eine noch das andere. Das sind so Sackgassen in die man geführt wird, wenn man die Wirklichkeit gering achtet und seine Politik nicht nach ihr, sondern nach seinen Illusionen ausrichtet.

Klassiker in Gelb

Die zweite Heimat von Goethe, Schiller und Co. – Der Reclam-Verlag feiert seinen 150. Geburtstag

Umschlagfarbe Gelb im Format zehn Mal fünfzehn Zentimeter – das ist unverkennbar ein Reclam-Heft. Für Schüler der Sekundarstufen signalisieren Farbe und Format seit jeher die „Pflichtlektüre“ für die Unterrichtsfächer Deutsch, Englisch und Latein.

Ob Schiller und Goethe, Heine oder Shakespeare und Cäsar in deutscher Übersetzung – jedes der kleinen, preiswerten Bändchen von Reclams Universal-Bibliothek repräsentiert einen Ausschnitt aus dem Lehrkanon an deutschen Schulen und Universitäten. Nach wie vor sind sie insbesondere für Bildungsbetriebe unverzichtbar. Diejenigen Schüler, deren Interesse an der Welt der Literatur durch Reclams Universal-Bibliothek nicht geweckt wird, lernen die Klassiker immerhin kennen und profitieren später hoffentlich davon. In diesem Jahr feiert der Reclam Verlag die Geburtsstunde seiner Universal-Bibliothek zum 150. Mal.

Reclams Universal-Bibliothek (UB) ist die älteste Buchreihe im deutschsprachigen Gebiet. Jedem Heft ist eine bestimmte Nummer zugeordnet. Außer deutschen Klassikern und Weltliteratur umfasst das Angebot Operntexte und Liederbücher, Anthologien, Werke über Literatur und Sprache, Interpretationen, Texte und Materialien, Philosophische Werke, Quellentexte und Nachschlagewerke.

Im Hinblick auf Absatz und Angebot stellte der Verlag Rekorde auf. Insgesamt wurden bisher rund 600 Millionen Exemplare verkauft. Aktuell sind 3500 Titel lieferbar. Jahrzehnte hindurch behielten die Reclam-Hefte ihr unverwechselbares Erscheinungsbild und Format, wenngleich sich im Laufe der Zeit manches geändert hat. Inzwischen ist mehr Vielfalt eingezogen. Statt Grau ist seit 1970 Gelb die Einbandfarbe der westdeutschen und seit 1992 der gesamtdeutschen Ausgabe der Reclam-Hefte. Zweisprachige Ausgaben haben einen orangefarbenen, Erläuterungsbände zu berühmten Dramen oder narrativen Werken einen grünen, Fremdsprachentexte einen roten Einband.



In den Schulen sorgten sie für mal für Leselust, mal für Lesefrust: Die gelben Reclambände Bild: tws

Die Idee, gute Literatur für wenig Geld unter das Volk zu bringen, machte den 1828 gegründeten Leipziger Reclam Verlag weltbekannt. Seit 1839 lautet der Verlagsname „Philipp Reclam jun.“. Sein Gründer und Inhaber Anton Philipp Reclam (1807–1889) hatte sich nach der März-Revolution von 1848 auf Klassiker und Wörterbücher spezialisiert. Die Erfolgsgeschichte seiner Universal-Bibliothek beruht auf einem Gesetz des Norddeutschen Bundes vom 9. November 1867, wodurch die Texte der bis 1837 verstorbenen Autoren gemeinfrei wurden. Infolgedessen mussten Verleger für den Druck dieser Werke weder Autorenhonorare zahlen noch Nutzungsrechte ablösen, konnten somit also verschiedene Kosten einsparen. Etliche Verleger nutzten die Gelegenheit.

Als Bildungsbibliothek mit preisgünstigen Miniaturausgaben der Literaturklassiker gründete Philipp Reclam gemeinsam mit seinem Sohn Hans Heinrich am 10. November die Reihe „Reclams Universal-Bibliothek“. Goethes „Faust I“ und „Faust II“ erschienen als Nummer 1 und 2 der broschierten Bändchen zum Preis von zwei Silbergroschen.

Schon nach wenigen Wochen waren die 5000 Exemplare des „Faust I“ vergriffen. Ende 1867 wurden weitere 5000 und im Februar 1868 nochmals 10 000 Exemplare nachgedruckt. Anlässlich des diesjährigen Jubiläums der UB erschien ein Faksimile des „Faust I“ im damals üblichen hellbraunen Einband mit verschnörkelter Vignette auf dem vorderen Buchdeckel. Nummer drei und vier waren Lessings „Nathan der Weise“ und Theodor Körners Gedichtband „Leyer und Schwert“ aus den Freiheitskriegen.

Mit Reclams Universalbibliothek eröffnete sich auch den ärmeren Bevölkerungsschichten der Zugang zur Welt der Literatur. Theater- und Opernbesucher gehörten von Anfang an ebenfalls zur Zielgruppe. Da der Absatz laufend stieg, konnte der günstige Preis der Hefte lange gehalten werden. Schon ab 1869 bediente Reclam als Pendant zur UB auch gehobene Ansprüche. Produziert wurden kleine violette, braune und rote Leinenbände mit Blindpressung und Goldaufdruck.

Bis 1945 umfasste die UB 7600 Nummern mit einer Gesamtauflage von gut 280 Millionen. 1947 gründete Ernst Reclam in Stuttgart den Verlag Philipp Reclam jun. Nach der Teilenteignung des Leipziger Stammhauses 1950 blieb die Familie Reclam zu 21 Prozent an Reclam Leipzig beteiligt. Hierin wurzelte später die allmähliche Austrocknung des Leipziger Verlages nach der Auflösung der DDR, was 2006 zur Schließung von Reclam Leipzig führte. Bis zu dessen Reprivatisierung im Jahr 1992 produzierten beide Verlage weiterhin eigene Ausgaben der UB.

Im Programm von Reclam Leipzig waren auch DDR-Autoren. In der Bundesrepublik dürfen Neuaufnahmen in die Reihe aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen erst 70 Jahre nach dem Tod des Verfassers erfolgen. Das war 2016 für sämtliche Werke Gerhart Hauptmanns der Fall. 1992 musste der mitteldeutsche Konkurrent alle Rechte und den Namen der UB an den Verlag Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG in Ditzingen bei Stuttgart abgeben.

Bis heute ist der Reclam Verlag in Familienbesitz, und sein Herzstück ist immer noch die Universal-Bibliothek. Überraschend ist der Befund, dass einige Quotenmacher der ersten Stunde auch für den Zeitraum von 1948 bis zur Gegenwart Spitzenplätze auf der Bestenliste belegen. Vor Goethes „Faust“ rangiert Schillers Drama „Wilhelm Tell“ mit 5,4 Millionen verkauften Exemplaren.

Unter den meistverkauften Zehn befinden sich mit „Kabale und Liebe“ und „Maria Stuart“ zwei weitere Schiller-Dramen, während Goethe mit dem „Götz von Berlichingen“ ein zweites Mal vertreten ist. Hierzu zählen noch Gottfried Kellers „Kleider machen Leute“, Lessings „Nathan der

> »Wilhelm Tell« liegt vor »Faust«

Weise“, Annette von Droste-Hülshoffs „Die Judenbuche“, Theodor Storms „Schimmelreiter“ sowie Gerhard Hauptmanns Drama „Bahnwärter Thiel“, woran der Verlag schon frühzeitig sämtliche Rechte erworben hatte.

Anlässlich des 150. Jubiläums der Universal-Bibliothek zeigt das Deutsche Schrift- und Buchmuseum Leipzig, Deutscher Platz 1, noch bis zum 3. Juni 2018 die Ausstellung „Universal. Reclams Jahrhundertidee, Leipzig 1867 bis 1990“. Die Schau „Reclams Kosmos – 150 Jahre Universal-Bibliothek“ ist seit dem 2. November 2017 im Leipziger Stadtarchiv, Torgauer Straße 74, geöffnet. Der Eintritt ist jeweils frei. Und im Stuttgarter Literaturhaus findet am 11. November eine Festveranstaltung statt.

D. Jestrzemski

Zauberhafte Blütenlese

Erlesene Ausstellung im Jubiläumsjahr von Maria Sibylla Merian

Anlässlich des 300. Todestages von Maria Sibylla Merian (1647–1717) zeigt das Frankfurter Städel Museum eine mit 150 Exponaten eher kleine, aber erlesene Ausstellung zu den Blumendarstellungen der Verlegertochter.

Die Arbeiten von Merian – und solche, die ihr früher zugeschrieben wurden – werden hier sehr überzeugend in ein Umfeld von Vorläufern, Zeitgenossen und Nachgeborenen eingeordnet. Indem so ein Genre Konturen gewinnt, treten auch die jeweiligen Eigenheiten anschaulich vor Augen. Während die frühesten Arbeiten aus dem 15. Jahrhundert, etwa die Ornamentstiche von Martin Schongauer (zirka 1445–1491), noch deutlich idealisierte Naturformen aufweisen, ebenso die Pflanzendarstellungen in alten Apothekerbüchern aus dem 15. und 16. Jahrhundert, zeigt der „Hortus Eystettensis“ des Apothekers Basilius Besler (1561–1629) bereits frühbarocke Züge. Er wurde für nachfolgende „Florilegien“ (Lateinisch für Blütenlese, Sammlung von Blumen) stilprägend.

Ein Glanzstück des Genres ist auch das von Johann Walter d.Ä. (1603–1676/77) geschaffene „Florilegium des Grafen Johannes von Nassau-Idstein“. Zusammen mit seltenen Frühwerken von Merian wurden Teile dieses „Florilegium“ dem Städel als Leihgaben von der Bibliothèque Nationale in Paris zur Verfügung gestellt, ergänzt durch weitere Leihgaben aus Dresden, Berlin und der Johann Christian Senckenberg Universitätsbibliothek Frankfurt.

Den Kern der Ausstellung bilden naturgemäß die Werke von Maria Sybilla Merian. Im Mittelpunkt stehen dabei zwei lange verschollene Alben, die erst vor wenigen Jahren in der Bibliothek des Städels wiederentdeckt wurden. Sie stellen zugleich die erste Erwerbung der Städelschen Sammlung überhaupt dar. Pflanzendarstellungen, die Teil von Merians wissenschaftlichen Blumenstudien sind, stehen hier neben Zeichnungen aus dem Raupenbuch, ausgeführt in Deckfarbe auf Pergament – ebenfalls aus dem Bestand des Städels. Sie lassen an Goethes Äußerung denken, der über Sibylla Merian sagte, ihr Blick auf die Natur changiere „zwischen Kunst und Wissenschaft, zwischen Naturbeschauung und malerischen Zwekken hin und her“.


Bild: Bibliothèque nationale de France

Merian: „Granatapfelbäumchen“

Die Ausstellung klingt aus mit einem Brückenschlag zur Landschaftsmalerei des 18. Jahrhunderts und daran anschließend den naturkundlichen Detaildarstellungen in Studienblättern der deutschen Frühromantik. Während das Leben der Merian gut erforscht ist, gilt das für ihr Werk weniger. Ein Gesamtverzeichnis gibt es bis heute nicht. Hingewiesen sei hier auch auf die hervorragenden Begleitmaterialien, die das Städel im Internet zur Verfügung stellt. Einziger Wermutstropfen: die Farbgestaltung der zauberhaften Arbeiten kann der Besucher oft nur erahnen, da zur Schonung der Exponate das Licht sehr gedämpft ist.

Nike U. Breyer

Die Ausstellung „Maria Sibylla Merian und die Tradition des Blumenbildes“ läuft bis zum 14. Januar im Städel, Schaumainkai 63, geöffnet Dienstag, Mittwoch, Sonnabend und Sonntag von 10 bis 18 Uhr, Donnerstag und Freitag bis 21 Uhr. Der Katalog vom Hirmer Verlag kostet im Museum 29,90 Euro, im Buchhandel 39,90 Euro. Internet: www.staedelmuseum.de

Des Meisters Stimme

Als Emil Berliner in Berlin das Grammophon zum Patent anmeldete

Als Emil Berliner vor 130 Jahren die Schallplatte und das Grammophon erfand, lag ihm nichts ferner als der Gedanke, dass diese analoge Methode zur Wiedergabe von Tonaufnahmen einmal obsolet werden könnte. Inzwischen ist selbst das Geschäft mit CDs nur noch eine Nischenbranche, der CD-Player ein Auslaufmodell. Musik und Filme konsumieren immer mehr Nutzer über Geräte mit Internetanschluss, weil es bequem ist und Streaming-Dienste sie ihnen fast zum Nulltarif anbieten.

Am 20. Mai 1851 wurde Emil Berliner als Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Hannover geboren. Um der Musterung bei der preußischen Armee zu entgehen, begleitete er 1870 einen Freund seines Vaters auf eine Reise in die USA und fand Arbeit in dessen Washingtoner Kurzwarengeschäft. Nebenher forschte und tüftelte er in den Bereichen Elektrotechnik und Akustik. 1877 gelang ihm die Entwicklung eines neuartigen Telefon-Mikrofons. Sein Patent verkaufte er für 50 000 Dollar an die Bell Telephone Company in Philadelphia. Damit war er finanziell unabhängig und konnte sich ein eigenes Labor einrichten. In Hannover gründete er 1881 zusammen mit seinen Brüdern die erste deutsche Telefonfabrik.

Am 26. September 1887 meldete Berliner zuerst in den USA und dann am 8. November 1887 im Kaiserlichen Patentamt zu Berlin seine wichtigste Erfindung zum Patent an: eine runde Zinkplatte als Tonträger sowie ein Abspielgerät. Berliner hatte ein Aufnahmegerät konstruiert, das Schallwellen in horizontale Bewegungen einer Nadel übertrug. Den anschließend in einem aufwendigen Verfahren hergestellten Tonträger nannte er „disk record“, in seiner Muttersprache Schallplatte, und das Abspielgerät Grammophon (von altgriechisch grámma „Geschriebenes“ und phoné „Stimme“, „Laut“, „Ton“). Dessen wesentliche Bestandteile waren eine Handkurbel und eine bewegliche Nadel, um die schneckenförmig von außen nach innen verlaufenden Rillen auf der Platte abzutasten und die Töne hörbar zu machen.


Der Erfinder an der Schallplatte: Emil Berliner Bild: pa

Wie die Walzen für Thomas Edisons Phonographen wurden Berliners Schallplatten einzeln hergestellt. Ihr Vorteil gegenüber dem Phonographen war dabei ihre kostengünstige Reproduzierbarkeit. Damit gelang der Durchbruch auf diesem Forschungsgebiet. In den USA gründete Berliner 1893 die United States Gramophone Company. Für ihre Werbung verwendete die Firma ab 1899 als Markenzeichen den vor dem Schalltrichter eines Grammophons lauschenden Hund Nipper. Das Bild wurde so populär, dass der Firmenname in Anspielung darauf in „His Master’s Voice umgeändert wurde.

Als der italienische Tenor Enrico Caruso 1902 seine ersten Schallplattenaufnahmen machte, begann der Siegeszug der Schallplatte. Die Schellack-Schallplatte setzte sich seit 1905 durch.

In Hannover gründete Emil Berliner 1898 mit seinem Bruder Joseph das Tochterunternehmen „Deutsche Grammophon Gesellschaft“. Das heutige Label „Deutsche Grammophon“ ist ein Überbleibsel des ehemaligen Qualitätsführers für Klassik-LPs. In Thüringen produzierte die Puppenfabrik Kämmerer seit 1900 Grammophone in Berliners Auftrag.

Emil Berliner erfand außerdem den Parkettboden und einen Motor für Leichtflugkörper. Er starb am 3. August 1929 im Alter von 78 Jahren in Washington D.C.

D. Jestrzemski

Keine Revolution, sondern ein Putsch

Vor 100 Jahren griff eine kleine, hochentschlossene Gruppe bolschewistischer Verschwörer in Petrograd nach der Macht

In der kommunistischen Geschichtsschreibung wurde die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ stets als Aufstand der unterdrückten Massen Russlands hingestellt. Tatsächlich handelte es sich bei den Ereignissen ab dem 25. Oktober 1917 nach russischer beziehungsweise julianischer sowie dem 7. November nach gregorianischer Zeitrechnung um den Putsch einer kleinen, hochentschlossenen Gruppe bolschewistischer Verschwörer.

Nach der Februarrevolution von 1917 (siehe *PAZ* Nr. 9), mit der die Zarenherrschaft in Russland geendet hatte, rang die sozial-liberale Übergangsregierung unter Alexander Kerenskij mit den Arbeiter- und Soldatenräten (Sowjets) um die Macht im Lande. Dabei neigte sich die Waagschale bald zugunsten der Räte. Wichtige Weichenstellungen für die Zukunft wurden in dieser Situation vom 2. Allrussischen Sowjetkongress erwartet, der am Abend des 25. Oktober beziehungsweise 7. November zusammentreten und über die Bildung einer Koalitionsregierung unter Einschluss von Sozialrevolutionären, Menschewiki und Bolschewiki beraten sollte. Doch die lag nicht im Sinne des bolschewistischen Führers Wladimir Iljitsch Uljanow alias Lenin. Der war kurz zuvor mit deutscher Hilfe aus seinem Exil in der Schweiz zurückgekehrt und arbeitete konsequent auf die Alleinherrschaft der von den Bolschewisten dominierten Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Bolschewiki) hin. Deshalb redete Lenin auf das Zentralkomitee der Partei am 27. September beziehungsweise 10. Oktober geschlagene zehn Stunden lang ein, bis es seine Staatsstreichpläne schließlich mit nur zwei Gegenstimmen absegnete.

Die Durchführung des gewaltsamen Umsturzes oblag Lew Bronstein alias Leo Trotzki. Der Vorsitzende des Petrograder Sowjets formierte umgehend ein Militärisch-Revolutionäres Komitee (MRK), das aus Soldaten der hauptstädtischen Garnison und Matrosen der Kronstädter Marine sowie Mitgliedern der Roten Garden, einer bewaffneten Arbeitermiliz der Bolschewiki, bestand. Die allermeisten dieser höchstens 30000 „Revolutionäre“ wussten dabei nicht, wofür sie eigentlich Leib und Leben riskierten. Sie gingen davon aus, dass sie zur Verteidigung des Petrograder Sowjets gegen einen Angriff von „Rechts“ antraten, statt im Dienste der keineswegs rundum beliebten Bolschewiki zu agieren.

Der Putsch begann am 25. Oktober beziehungsweise 7. November um 2 Uhr morgens mit der Besetzung wichtiger strategischer Punkte in Petrograd wie Bahnhöfen, Kraftwerken, Brücken, Post- und Telegraphenämtern sowie der Reichsbank. Außerdem belagerten Trotzkijs Truppen das Winterpalais, also den Sitz der amtierenden Regierung Kerenskij. Diese wurde am Vormittag durch eine Bekanntmachung des MRK für abgesetzt erklärt. Trotzdem war Kerenskij noch nicht zur Aufgabe bereit. Immerhin rückten inzwischen mehrere ihm loyale Infanterie- und Kosakendivisionen in Richtung der russischen Hauptstadt vor, um die Rebellion niederzuschlagen. Deshalb erging um 18 Uhr ein Ultimatum an die Provisorische Regierung und die Verteidiger des Winterpalais, das Gebäude zu räumen und sich zu ergeben. Andernfalls würden die Geschütze der Peter-und-Pauls-Festung sowie einige Kriegsschiffe auf der Newa das Feuer eröffnen.

Im Gegensatz zur Entente-nahen Provisorischen Regierung versprachen die Roten Frieden sowie Grund und Boden



Die Dreharbeiten verursachten größere materielle Schäden an dem Gebäude als der dargestellte Sturm auf das Winterpalais selbst: Szenenfoto aus Eisensteins „Oktober“ Bild: pa

Weil daraufhin keinerlei Reaktion erfolgte, gab das Buggeschütz des Kreuzers „Aurora“ um 21.40 Uhr einen blinden Signalschuss ab, der die Erstürmung des Winterpalais und die Verhaftung der Regierung Kerenskij mit Ausnahme des Ministerpräsidenten selbst, der nach Peskow entkam, einleitete. Dabei lief beides sehr viel weniger dramatisch ab, als es der elf Jahre später uraufgeführte, übertrieben heroisch daherkommende Film „Oktober“ des Regisseurs Sergej Eisenstein suggerierte. Es gab sechs Gefallene, dazu gingen zwei Fensterscheiben zu Bruch. Letztlich verursachten die Dreharbeiten für den Streifen größere materielle Schäden an dem Zarenpalast als dessen Einnahme 1917.

Am selben Tag hatte um 22.40 Uhr im Smolny der 2. Sowjetkongress begonnen. Die Nachrichten aus der Stadt sorgten sofort für einen heftigen Eklat und zahlreiche Delegierte der Menschewiki und Sozialrevolutionäre verließen aus Protest den Saal, was Trotzkij mit den höhnischen Worten quittierte: „Ihr seid klägliche Bankrotteure, eure Rolle ist ausgespielt. Geht dorthin, wohin ihr gehört: auf den Kehrichthaufen der Geschichte.“ Anschließend stimmten die verbliebenen Deputierten für die Bildung einer Koalitionsregierung aus Bolschewiki und Linken Sozialrevolutionären unter der Führung Lenins. Damit war dessen Putschplan voll und ganz aufgegangen. Seine Machtergreifung wurde um 5 Uhr morgens des darauffolgenden Tages mit einem Aufruf „An die Arbeiter, Soldaten und Bauern“ offiziell bekanntgemacht.

Die neuen Führer Russlands nannten sich „Rat der Volkskommissare“ und verabschiedeten unverzüglich zwei Dekrete, die ihnen die Zustimmung der Massen einbringen sollten: das Dekret über den Frieden sowie das Dekret über Grund und Boden.

Klar denkende Personen wie der Schriftsteller Maxim Gorkij sahen sofort die drohenden negativen Konsequenzen des Umsturzes voraus: „Die Arbeiterklasse wird begreifen müssen, dass Lenin auf ihrer Haut und mit ihrem Blut nur ein Experiment macht. Die Arbeiterklasse muss wissen, was sie erwartet! Hunger, völlige Zerrüttung der Industrie, Zerstörung des Transportnetzes, dauernde, blutige Anarchie …“

Und tatsächlich lösten die Ereignisse in Petrograd eine Welle der Gewalt aus. Nach der landesweiten Plünderung der Schnapsläden tobte der betrunkene Mob. Das wiederum bot mit Anlass zur Gründung der „Außerordentlichen Allrussischen Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage“, kurz „Tscheka“ genannt, die aber vorrangig das Bürgertum attackierte. Getreu der Forderung Lenins nach „Säuberung der russischen Erde von allem Ungeziefer, von den Flöhen – den Gaunern, von den Wanzen – den Reichen“. Deshalb dauerten die Exzesse der marodierenden Banden aus Arbeitern und Soldaten noch bis zum Sommer 1918 an. Parallel hierzu begann ein Bürgerkrieg gegen „konterrevolutionäre Elemente“, in dessen Verlauf die Bolschewiki ihre Macht bis Juni 1923 über nahezu das gesamte vormalige Zarenreich ausdehnen konnten.

Wolfgang Kaufmann

Radium, der »flüssige Sonnenschein«

Im Kampf gegen den Krebs entdeckten Marie und Pierre Curie die Radioaktivität

Marie Curie erhielt als bisher einzige Frau zwei Nobelpreise, einen für Chemie und einen für Physik. Am 7. November 1867, vor 150 Jahren, wurde sie geboren.

Die Entzündungen und Wunden, die sich auf ihren Fingerspitzen und Armen bildeten, erfüllten Marie Curie mit Genugtuung. Sie und ihr Mann Pierre Curie experimentierten mit dem feinen silbrigen Pulver, das die Wissenschaftlerin in ihrem Pariser Labor aus dem Mineral Pechblende isolierte. Sie nannten es Radium, das Strahlende. Die schmerzhaften Verätzungen waren der Beweis dafür, dass die Strahlen des unbekannten chemischen Elements Gewebe angriffen und zerstörten. Überall auf der Welt suchten Mediziner nach einem Mittel gegen den Krebs. Das Ehepaar Curie war überzeugt, es gefunden zu haben. Von den Gefahren der Radioaktivität wusste es nichts.

Marie Curie, eigentlich Marya Sklodowska, wurde 1867 in Warschau geboren. Ihr Vater war Lehrer der Mathematik und Physik. Die große Begabung der Tochter in Naturwissenschaften zeigte sich schon früh. Weil Frauen in Polen nicht zum Studium zugelassen wurden, zog sie in das fortschrittliche Paris. Sie studierte Physik und Mathematik an der Sorbonne. 1895 heiratete Marie den Physiker Pierre Curie. Die Eheleute forschten nun gemeinsam, als gleichberechtigte Partner. Die französischen Zeitung „Les Dimanches“ schrieb: „Der Fall von Monsieur und Madame Curie, die auf dem Gebiet der Wissenschaft



Im Jahre 1911: Marie Curie Bild: CF

zusammenarbeiten, ist gewiss nicht das Übliche. Eine Idylle im Physiklabor, das hat die Welt noch nicht gesehen.“

Zwei Jahre nach der Heirat begann Marie Curie mit Pechblende aus dem böhmischen Sankt Joachimsthal zu experimentieren. Fotos zeigen die 30-Jährige in weißer Rüschenbluse, neben ihr Pierre Curie im Gehrock, in ihrem Hinterhoflabor vor einer Anordnung von Apparaturen. Auf der Suche nach einem Thema für ihre Doktorarbeit war sie auf eine nahezu unbeachtete Entdeckung des französischen Physikers Antoine Henri Becquerel gestoßen. Er hatte ein Element isoliert, das Strahlen aussandte: Uran. Bei ihren Untersuchungen der „Becquerel-Strahlen“ entdeckte Marie Curie Polonium, benannt nach ihrer polnischen Heimat, und das am stärksten strahlende Radium. In ihrer Veröffentlichung „Sur une nouvelle substance, fortement radio-active contenue dans la pechblende“ (Über eine neue, stark radioaktive, in der Pechblende enthaltene Substanz) verwendeten Marie und ihr Mann zum ersten Mal den Begriff „radioaktiv“.

Die Akademie der Wissenschaften reagierte skeptisch, die Menge an Radium war noch nicht messbar. Marie Curie brauchte vier Jahre, um aus einer Tonne Pechblende das erforderliche Zehntelgramm zu extrahieren. 1903 erhielt sie zusammen mit ihrem Mann und Antoine Henri Becquerel den Nobelpreis für Physik. Der geheimnisvolle Stoff, entdeckt von einer Frau, löste eine Hysterie aus. Bars, Hotels und Kinos wurden danach benannt. Die Industrie bemächtigte sich des Radiums. Uhren mit Ziffern, die durch Radiumpartikel im Dunkeln leuchteten, glitzernde Farben mit Radium und Radiumwasser zum Trinken, der „flüssige Sonnenschein“, wurden Verkaufsschlager. Erste Zweifel an der Unbedenklichkeit der Radioaktivität kamen auf, als Menschen, die häufig damit Kontakt hatten, die Haare ausfielen. Während die Hersteller von Radiumprodukten Millionen verdienten, verfolgte das Ehepaar Curie keinerlei finanzielle Interessen.

Vor 150 Jahren wurde die einzige Trägerin gleich zweier Nobelpreise geboren

1906 starb Pierre Curie bei einem Droschkenunfall. Die Sorbonne berief Marie Curie auf den Lehrstuhl ihres verstorbenen Mannes. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stand weiter die Erforschung des Radiums. Die Nutzung der Radioaktivität in der Krebstherapie, so wie es sich das Ehepaar Curie von Anfang an gewünscht hatte, begann 1907. Im neu gegründeten Institut Curie am linken Seineufer, heute eines der bedeutendsten Krebszentren der Welt, wurde die Curie-Therapie entwickelt. Eine radioaktive Quelle wurde am Körper des Kranken so platziert oder implantiert, dass ihre Strahlen den Tumor direkt angreifen. Die Wissenschaftlerin wurde mit Auszeichnungen und hoch angesehenen Preisen überhäuft. Als Privatperson geriet sie ins Zwielicht. 1911 berichteten Boulevardblätter, dass die Witwe eine Affäre mit dem Physiker Paul Langevin hatte. Langevin, ein Schüler von Pierre Curie, war verheiratet. Marie Curie wurde als skrupellose Ehebrecherin dargestellt, eine Ausländerin, die eine französische Familie zerstört. Die betrogene Ehefrau drohte ihr mit Mord, Pariser warfen ihr die Fensterscheiben ein. Der Skandal beeinträchtigte die Beratungen im selben Jahr zur Wahl des Nobelpreisträgers für Chemie. Marie Curie galt als aussichtsreichste Kandidatin. Nun erschien sie einigen Komiteemitgliedern nicht mehr würdig genug, ihn zu erhalten. Schließlich überwogen ihre Verdienste als Forscherin. Im November 1911 nahm sie ihren zweiten Nobelpreis, nun in Chemie, für die Isolierung des Radiums entgegen.

Der Umgang mit Radioaktivität hatte die Gesundheit von Marie Curie geschwächt, vermutlich litt sie an einer fortgeschrittenen Anämie, aber ihre Kraft schien unerschöpflich zu sein. Im Ersten Weltkrieg konstruierte sie eine mobile Röntgenstation und fuhr damit in Lazarette nahe der Front. Nach Kriegsende waren die Radiumvorräte ihres Pariser Instituts durch die Behandlung der Soldaten aufgebraucht. Marie Curie konnte ihre Forschungen nicht fortsetzen. Radium war unerschwinglich teuer. Ein Gramm kostet 100000 US-Dollar. 1920 reiste sie in Begleitung ihrer Töchter nach New York. Amerikanische Zeitungen feierten sie als Heldin, die den Krebs besiegt hat, eine maßlose Übertreibung, welche die Forscherin zurückwies. In einem Interview mit der Herausgeberin einer Frauenzeitschrift berichtete sie von ihren Geldnöten. Die Amerikanerin gründete das Marie Curie Radium Fund Committee, das die für ein Gramm Radium nötige Summe von 100000 Dollar aufbrachte.

Die letzten Lebensjahre forschte Marie Curie gemeinsam mit ihrer Tochter Irène Joliot-Curie, die 24 Jahre nach ihrer Mutter ebenfalls den Chemienobelpreis erhielt. Marie Curie starb 1934 an der Strahlenkrankheit. Ihr Notizbuch, das für umgerechnet 70000 Euro versteigert wurde, ist so radioaktiv verseucht, dass niemand es lesen kann.

Klaus J. Groth

Das Ende einer preußischen Episode

Vor 300 Jahren verkaufte der Soldatenkönig die Brandenburgisch-Afrikanische-Amerikanische Compagnie (BAAC)

Über dem Engagement Preußens in Afrika wird jenes in Amerika häufig übersehen. Dabei ermöglichte erst beides zusammnen die lukrative Teilnahme am sogenannten Dreieckshandel, sprich dem Tausch von europäischen Industrieprodukten gegen Sklaven in Afrika und dem Tausch dieser Sklaven gegen landwirtschaftliche Produkte in Amerika.



Heute ist der Tourismus der wichtigste Wirtschaftsfaktor der Insel: Saint Thomas (Sankt Thomas) Bild: US Virgin Islands Department of Tourism

Nachdem der Große Kurfürst in den letzten Jahren seiner Herrschaft, die von 1640 bis 1688 währte, eine eigene Flotte aufgebaut hatte, betrieb er damit die Gründung von Handelsstützpunkten in Übersee. Bekannt sind die brandenburgisch-preußischen Kastelle, die an den Küsten der heutigen afrikanischen Staaten Ghana und Mauretanien errichtet wurden. Weniger bekannt hingegen ist, dass Kurfürst Friedrich Wilhelm auch in der Karibik maritime Interessen verfolgte und auf der Insel St. Thomas, die heute zu den Amerikanischen Jungferninseln gehört, aber damals sich in dänischem Besitz befand, eine Niederlassung etablieren ließ, die fast 50 Jahre lang Bestand hatte. Weil der damals übliche Dreieckshandel der europäischen Seemächte nur gedeihen konnte, wenn man sowohl in Afrika als auch in Amerika über eigene Stützpunkte verfügte, bemühte sich Brandenburg-Preußen nach dem Erwerb der Kolonien an der Westküste Afrikas ebenso um Besitzungen auf dem amerikanischen Kontinent.

Um die Jahreswende 1680/81 tauchten erstmals brandenburgische Schiffe in der Karibik auf, drei Jahre später unternahm man den erfolglosen Versuch, Frankreich die Inseln St. Croix und St. Vincent abzukaufen. Im Oktober 1684 kam es zu Verhandlungen mit Dänemark, das seit 1671 die mit 82 Quadratkilometern zweitgrößte Antilleninsel St. Thomas besaß. Und da Dänemarks Westindien-Handel gerade mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hatte, erschien eine Einigung hier aussichtsreich.

Dem Großen Kurfürsten ging es in erster Linie um die Gewährung einer Handelskonzession, und so schloss man am 24. November 1685 einen Vertrag ab, der folgendes vorsah: Die Brandenburger erhielten das Recht, soviel Land in Besitz zu nehmen, wie man mit 200 Sklaven zu bebauen in der Lage war. Sie durften Wohn- und Lagerhäuser errichten sowie Handel einschließlich Sklavenhandel betreiben. Außerdem gestand man ihnen das Jagd- und Fischereirecht zu. An Abgaben sollten in den ersten drei Jahren nur solche für die Sklaven anfallen. Danach hatten die brandenburgischen Plantagenbesitzer Pachtzinsen an die dänische Krone zu entrichten. Auf exportierte Waren mussten fünf Prozent Steuern gezahlt werden, auf ein- beziehungsweise ausgeführte Sklaven ein beziehungsweise zwei Prozent. Den Brandenburgern wurde erlaubt, ihre eigene Polizei und Gerichtsbarkeit zu unterhalten. Lediglich die brandenburgische Besatzung war dem dänischen Gouverneur der Insel unterstellt, der dafür im Namen seines Königs den Brandenburgern und ihren Schiffen Schutz gewährte. Im Falle eines Krieges zwischen beiden Staaten sollte St. Thomas als neutral angesehen werden.

Der Vertrag, der 1686 um zwei Zusatzabkommen ergänzt wurde, war auf eine Gültigkeitsdauer von 30 Jahren angelegt, konnte danach aber verlängert werden. Auch wenn die erzielte Einigung den Großen Kurfürsten nicht ganz zufrieden stellte, weil die Souveränität über die Insel weiterhin bei Dänemark lag, so hatte er sich doch endlich den begehrten Stützpunkt in der Karibik gesichert und konnte damit am transatlantischen Handel teilhaben. Im Jahre 1692 wurde die Brandenburgisch-Afrikanische Compagnie (BAC) deshalb in „Brandenburgisch-Afrikanische-Amerikanische Compagnie“ (BAAC) umbenannt.



Betrieb gezielt die Gründung von Handelszentren in Übersee: Der Große Kurfürst Bild: CF

Das Pachtgebiet der Brandenburger bestand aus einer europäischen Siedlung mit einem Fort, der Residenz des Generaldirektors, Wohn-, Verwaltungs- und Lagergebäuden sowie einem separaten Wohnareal für die Sklaven. Es lag in unmittelbarer Nachbarschaft zum dänischen Hauptort Charlotte Amelie, der nach der Gemahlin König Christians V., einer Nichte des Großen Kurfürsten, benannt war. Alle drei Siedlungen erstreckten sich über rund einen Kilometer an der Küste entlang. Bei Krum Bay, westlich der Siedlungen, wo den Brandenburgern ausgedehnte Ländereien zur Kolonisierung zugewiesen worden waren, legte man Plantagen an, die sich in der Folge bis weit ins Inland hinein ausdehnten. Beim Tode des Großen Kurfürsten im Jahre 1688 lebten 300 Brandenburger auf der Insel, denen einige hundert Sklaven dienten.

Als erster Generaldirektor traf am 23. November 1686 der „Commercien-Direktor“ und Marinerat Jacques Barbot de Laporte ein. Unter seiner Verwaltung entwickelte sich der Handel bald derart erfolgreich, dass dies den Neid der Dänen hervorrief. So kam es rasch zu Spannungen mit dem dänischen Gouverneur, der den Brandenburgern unterstellte, den Handel der Insel dominieren zu wollen, wofür er Kompensationszahlungen verlangte. Außerdem warf er ihnen vor, ihre vertraglichen Verpflichtungen zu verletzen, weil sie die Bebauung der ihnen zugewiesenen Ländereien vernachlässigten. Die Brandenburger entgegneten, sie seien nur berechtigt, nicht aber verpflichtet, das Pachtland zu kultivieren. Doch der Gouverneur ließ sich nicht darauf ein und untersagte den dänischen Plantagenbesitzern, ihre bei den Brandenburgern gemachten Schulden zu begleichen. Tatsächlich hatte sich die brandenburgische Kompagnie von Anfang an mehr am Handel als an der Plantagenwirtschaft interessiert gezeigt, war doch St. Thomas ein bedeutender Umschlagplatz, den jährlich mehr als 1000 Schiffe anliefen. Und während die Brandenburger bei allen Geschäften immer wieder erfolgreich waren, verschuldeten sich mehr und mehr dänische Plantagenbesitzer bei ihnen. Da die Differenzen unüberbrückbar zu sein schienen, wurde Kurfürst Friedrich III., der Nachfolger des Großen Kurfürsten, schließlich beim dänischen König vorstellig. In den folgenden Verhandlungen kam es zum Einigungsvertrag vom 21. April 1692, der zunächst auf drei Jahre angelegt war, 1695 aber verlängert wurde.

Wegen der ständigen Auseinandersetzungen mit den Dänen hatten die Brandenburger in der Zwischenzeit mehrere Versuche unternommen, eigenen Besitz in der Karibik zu erwerben. So bekundete man Interesse an den Inseln St. Eustache, St. John, St. Peter und Tortola, doch alle Anläufe schlugen fehl.

Eine konkrete Chance bot sich, als man im Februar 1689 die zwischen St. Thomas und Puerto Rico gelegene Krabbeninsel, das heutige Culebra, in Besitz nahm. In einer feierlichen Zeremonie erhielt die Anlandungsstelle die Bezeichnung „Brandenburger-Bay“. Man ließ jedoch keine Besatzung zurück und sicherte die „Erwerbung“ auch in keiner Weise ab. So kam es, dass, als die Brandenburger im Dezember 1692 erneut die Insel anliefen, dort zu ihrer großen Überraschung eine dänische Flagge wehte und ein dänischer Offizier sie davon in Kenntnis setzte, das Eiland sei schon seit 1682 dänisches Territorium.



War an Marine- und Kolonialpolitik desinteressiert und verkaufte die BAAC an die Holländer: Der Soldatenkönig Bild: CF

Obwohl Friedrich III. im Gegensatz zu seinem Vorgänger kein Interesse an den überseeischen Territorien bekundete, nahm der Handel mit diesen auch in den 90er Jahren des 17. Jahrhunderts eine günstige Entwicklung. Die Sklaventransporte von Westafrika nach St. Thomas florierten, und die dortigen Plantagen belieferten Europa mit tropischen Produkten. Die Dänen beobachteten die Erfolge der Brandenburger weiterhin mit Argwohn, waren sich aber auch darüber im Klaren, dass die Kolonie ohne die Handelsaktivitäten der ungeliebten Konkurrenten kaum mehr lebensfähig gewesen wäre. Deshalb sah man sich zur Zusammenarbeit gezwungen. Nachdem 1695 der Interimsvergleich von 1692 ausgelaufen war, kam es zu neuen Verhandlungen, die von den Dänen mit weitreichenden Auflagen verbunden wurden. So sollte Brandenburg beispielweise nach Ablauf von sechs Jahren endgültig seine Niederlassung räumen. Zur Begründung führte man insbesondere die schlechte Zahlungsmoral an. Nachdem die Kompagnie 1699 jedoch alle ihre Restschulden beglichen hatte, bestand die dänische Seite nicht mehr auf einem zeitlich befristeten Niederlassungsrecht der Brandenburger.

1715 lief der Konzessionsvertrag von 1685 aus. Dennoch blieb vorläufig alles beim Alten, 1716 wurde sogar noch ein neuer Generaldirektor nach St. Thomas entsandt. In Brandenburg-Preußen herrschte unterdessen seit 1713 Friedrich Wilhelm I., der noch weniger als sein Vater an Marine- und Kolonialpolitik interessiert war. In einem Vertrag vom 18. Dezember 1717 wurde daher die Brandenburgisch-Afrikanische-Amerikanische Compagnie mitsamt den Besitzungen an der westafrikanischen Küste an die Niederländisch-Westindische Compagnie (NWIC) verkauft.

Die Niederlassung auf St. Thomas hingegen blieb bestehen, und der Handel dort wurde weiterhin im Namen der (nicht mehr existierenden) BAAC abgewickelt, über deren Auflösung man nicht informiert worden war. Die Dänen ließen die Preußen zunächst weitermachen, doch als die Summe der säumigen Zinsen und Abgaben immer größer wurde, kündigte man die Konzession endgültig auf. Der preußische Generaldirektor wollte die Geschäfte aber nur dann ruhen lassen, wenn er vom König zurückbeordert würde. Schließlich strengte der dänische Gouverneur wegen der nicht erfüllten Forderungen einen Prozess an, aber weil die Preußen weder zahlen konnten noch ohne ausdrückliche Weisung aus Berlin zahlen wollten, wurde 1727 ihr Inventar versteigert.

Als Friedrich Wilhelm I. davon erfuhr, sah er sich außerstande zu vermitteln. 1731 schrieb der Generaldirektor einen letzten Brief an den preußischen König, in dem er seine ausweglose Lage beschrieb. Vier Jahre später verstarb er auf St. Thomas. Seine Nachkommen blieben auf der Insel, und noch heute gibt es dort einen Berg sowie Straßen, die seinen Namen tragen, ebenso die Ruine seines früheren Farmhauses. Nachdem 1738 die letzten preußischen Besitzungen versteigert worden waren – nur das Privateigentum des letzten Generaldirektors wurde davon ausgenommen –, erklärte der dänische König alle den Preußen bisher zugestandenen Rechte für aufgehoben. Sie konnten jedoch, sofern sie dafür optierten, auf St. Thomas bleiben, mussten in diesem Fall aber einen Eid auf den König von Dänemark ablegen.

Heute zeugen auf der Insel nur noch die geographischen Bezeichnungen und Familiennamen sowie vereinzelte architektonische Überbleibsel von der ein halbes Jahrhundert dort währenden brandenburgisch-preußischen Epoche, die in der Geschichtsschreibung fast völlig in Vergessenheit geraten ist.

Wolfgang Reith

Moment der Woche



Foto: Imago

Mein Pool, meine Millionen, meine Erfolgsstory: Die Deutsch-Iranerin Jasmin Taylor präsentiert ihren Reichtum gerne und pompös – besonders im Fernsehen. Sie talkte bei „Maischberger" und tänzelte für „Promi Shopping Queen" durch die Boutiquen. Sie galt als Vorzeige-Flüchtling. 1977 aus Teheran immigriert, dann Gründerin eines hocherfolgreichen Reiseunternehmens – so die Medien-Saga. Jetzt stellt sich heraus: Ihre Firma JT-Touristik ist pleite. Hunderte Urlauber im Ausland zittern gerade um ihre Hotels und Rückflüge, *FH*

So ist der Sachse wirklich!

Problembürger, übler Querulant oder das Höchste, was ein Mensch auf Erden werden kann?

Die Sachsen, immer wieder diese vermaledeiten Sachsen! Was ist nur mit den vier Millionen Einwohnern des Bundeslandes im Zwickel zwischen Polen und Tschechien los, dass sie derart oft als Problembürger in Erscheinung treten!?

Erst rottete sich in der Landeshauptstadt Dresden die islamkritische, pardon islamfeindliche, Bewegung der Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida) zusammen. Dann wagten es die Bürger in einigen sächsischen Gemeinden trotz der allgemein verordneten „Willkommenskultur", „traumatisierte Schutzsuchende" in die Schranken zu weisen, nur weil diese ein wenig in der Öffentlichkeit randalierten. Und schließlich bescherten die Sachsen gar der seit 1990 im Lande herrschenden CDU eine krachende Niederlage bei der letzten Bundestagswahl: Die „rechtspopulistische" AfD erhielt im Freistaat doch tatsächlich mehr Stimmen als die rechtschaffene CDU unter dem geschmeidigen einstigen DDR-Kader Stanislaw Tillich. Der warf seinen Ministerpräsidentenposten inzwischen entnervt hin. Aber warum nur sind seine Untertanen bloß solche üblen Querulanten und verhalten sich noch rebellischer als die übrigen Ex-DDRler?

Die Antwort liefert ein Blick auf die Geschichte und Mentalität der Sachsen, welche übrigens kein reines Bergvolk sind, wie Spötter behaupten, weil ihre Heimat durchaus nicht nur durch die malerischen Gebirge im Süden geprägt wird, sondern auch von der eher herben Leipziger Tiefebene und anderen Formen öden Flachlandes. Trotzdem liebt der Sachse seine gesamte Heimat und sieht es höchst ungern, wenn Fremde sich darin danebenbenehmen.

Ansonsten ist der Sachse mit Fleiß und praktischem Verstand gesegnet. Deshalb erfand er unter anderem schon folgende nützliche Dinge: Armbanduhr, BH, Feinwaschmittel, Kaffeefilter, mechanischen Webstuhl, Mineralwasser, Porzellan, Thermoskanne, Waschmaschine und Zahncreme. Leider brachte ihm das aber oft keinen sonderlichen Nutzen, weil seine Herrscher den erarbeiteten Reichtum vergeudeten oder das Land durch eine falsche Politik ruinierten. Wie in den Napoleonischen Kriegen, nach deren Ende Sachsen fast zwei Drittel seines Territoriums an Preußen verlor – schuld war hier König Friedrich August I., der die Zeichen der Zeit verkannt hatte.

> Sachsen erfanden den BH und die Thermoskanne

Spätestens seit diesem Lapsus hasst der sonst so gemütliche Sachse inkompetente Obrigkeiten. Das bekam auch die vergreiste Honekker-Riege in Berlin zu spüren. Schließlich begann die „Wende" nirgendwo anders als in den Städten Leipzig, Dresden und Plauen, wo die ersten, zunächst noch potenziell lebensgefährlichen, Demonstrationen gegen das SED-Regime stattfanden.

Für den hierbei erwiesenen Mut erhielt der Sachse freilich genauso wenig Anerkennung wie für seine übrigen Leistungen. So wie er sich im ersten „Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden" sagen lassen musste, er sei ein vom Westfernsehen abgeschotteter Hinterwäldler, wurden nach der „Wende" viele geeignete Sachsen von Führungsposten im Freistaat ferngehalten, was personellen Westimporten von oft zweifelhafter Befähigung in die Hände spielte. Dazu kommt neuerdings verstärkt der Vorwurf geistiger Enge und Unfähigkeit, sich Fremdem zu öffnen. Dabei gab es früher allein schon in Leipzig 400 Buchverlage, und hier erschien am 1. Juli 1650 auch der Prototyp aller Tageszeitungen – nichts also mit beschränktem Horizont! Ebenso integrierte der Sachse, in dessen angeblich provinziellen Dialekt diverse französische Lehnwörter eingebaut sind, schon immer in seiner Geschichte Zuwanderer, egal ob es sich um aus dem Habsburgerreich einströmende protestantische Glaubensflüchtlinge oder vietnamesische Vertragsarbeiter handelte, die nach der „Wende" gerne im Lande blieben.

Viele der Vorwürfe an die Sachsen sind also substanzlos oder schlicht und einfach von Neid verursacht. Deswegen ignorieren sie sowohl dümmliche Anspielungen hinsichtlich der vermeintlich positiven Folgen eines „Säxits" als auch Beleidigungen wie jene von Seiten des Satiremagazins „Titanic", das schrieb: „Wenn Sie mal raus aus Deutschland wollen, dann fahren Sie nach Sachsen!" Die Sachsen wissen genau, dass ihr Freistaat inzwischen sehr viel eher das wahre Deutschland verkörpert als jene gesichtslosen Regionen in den alten Bundesländern, in denen sich Moschee an Moschee und Dönerbude an Dönerbude reiht. Deswegen provozieren sie auch gerne mal zurück. So verkündete ein Dresdner CDU-Landtagsabgeordneter über den Kurznachrichtendienst Twitter: „Sachse ist das Höchste, was ein Mensch auf Erden werden kann."

Derartiges löst natürlich bei der „Mutti" in Berlin Stirnrunzeln aus. Aber solche Unmutsbekundungen von oben sind vielen Sachsen mittlerweile vollkommen gleichgültig. Zwar skandiert nicht jeder im Freistaat permanent „Merkel muss weg!", aber es gibt ja noch viele andere Sätze, die der Sachse gen „Spreeathen" schmettern kann. Ein besonders beliebtes Bonmot dieser Art wird dem letzten sächsischen König Friedrich August III. zugeschrieben und soll anlässlich des Rücktritts des Monarchen aufgrund der Revolution von 1918 gefallen sein: „Nu da machd doch eiern Drägg alleene!"

Wolfgang Kaufmann

Die Kanzlerin gehört auf die Anklagebank

Angela Merkel brach das Recht, als sie Hunderttausende ins Land ließ. Ein Gang zum Verfassungsgericht hätte gute Erfolgsaussichten

Die Grenzöffnung im Jahr 2015 hat dramatische Folgen für das Land und seine Bürger. Es folgten Terrorismus, Ausländerkriminaltät, Massenvergewaltigungen und das Gefühl vieler Menschen, fremd in der eigenen Heimat geworden zu sein. Kann man die Verantwortliche, Kanzlerin Angela Merkel, dafür vor Gericht zur Verantwortung ziehen? Ja, man kann.

In den Jahren 2015 und 2016 sind insgesamt rund 1,2 Millionen sogenannter Flüchtlinge in die Bundesrepublik eingereist. Trotz der Schließung der Balkanroute und eines mit der Türkei abgeschlossenen Abkommens zur Sicherung der EU-Außengrenze werden im laufenden Jahr erneut über 200000 Asylsuchende erwartet. Die massenhafte Einwanderung vollzieht sich dabei nach wie vor weitestgehend ungezügelt. Zwar hat die Bundesregierung schon im Herbst 2015 publikumswirksam vorübergehende Grenzkontrollen angekündigt, jedoch sind diese nach wie vor nur stichpunktartig. Vor allem aber bedeutet Kontrolle keineswegs Zurückweisung. Jeder, der bei einem deutschen Grenzbeamten vorstellig wird und um Asyl nachsucht, wird auch weiterhin ins Landesinnere durchgewunken.

Dieses Prozedere ist im Hinblick auf die in Deutschland und in Europa geltenden Bestimmungen des Asylrechts problematisch. Die Gegner der von Angela Merkel 2015 im Alleingang beschlossenen Grenzöffnung warfen und werfen der Kanzlerin daher Rechts- und zum Teil sogar Verfassungsbruch vor. Doch die juristische Bewertung dieser Problematik ist außerordentlich komplex.

Nach dem sich aus dem Grundgesetz selbst ergebenden Asylrecht können nur solche Personen in den Schutz des Grundrechts gelangen, die keinen Transitweg über einen sicheren Drittstaat nutzen. Faktisch gelten alle Nachbarstaaten der Bundesrepublik als sicher. Im Dubliner-Übereinkommen und den darauf fußenden Verordnungen verpflichteten sich die EU-Staaten zudem dazu, ein Asylverfahren in dem Mitgliedsland durchzuführen, in welches ein Asylsuchender zuerst einreist. Theoretisch könnten damit in Deutschland nur solche Antragsteller erfolgreich Asylanspruch geltend machen, die die Bundesrepublik direkt mit dem Flugzeug oder einem Schiff erreichen.

> Verfassungsrechtler kritisieren Merkels Vorgehen

Da vor derartigen Reisen umfangreiche Personal- und Visakontrollen vorgenommen werden, müssten die meisten dieser Asylsucher sich wahrscheinlich zuvor als blinder Passagier Zugang an Bord verschafft haben. Damit bliebe es allenfalls bei einer Hand voll Personen, die einen Asylanspruch hätten.

Konsequent abgeschoben wurde jedoch kaum jemand. Der Grund waren unter anderem sowohl technische als auch Verfahrensprobleme. Die EU-Staaten, in welche die Asylsucher zuerst einreisten, waren mit der Erfassung und Versorgung massiv überfordert. Außerdem waren diese Länder in der Regel nicht das begehrte Endziel ihrer Odyssee. In Griechenland und Italien unternahmen die Behörden daher kaum Schritte, um die Immigranten an ihrer Weiterreise nach Österreich, Deutschland oder Schweden zu hindern. Zum Teil setzte man sie sogar in Busse und half ihnen, den Weg nach Norden möglichst schnell fortzusetzen.

Als Ungarn 2015 eine größere Zahl von Asylsuchern am Budapester Bahnhof Keleti festsetzte, um das Dublin-Verfahren ordnungsgemäß abzuwickeln und eine Registrierung vorzunehmen, stieß dies auf erheblichen Widerstand der Betroffenen. Sie wussten, würden sie in dem Balkanstaat erst einmal erfasst, so müssten sie bis auf Weiteres dort bleiben und der Traum von einem Leben in Deutschland hätte sich zerstoben.

Als die Bilder von den protestierenden Asylsuchern um die Welt gingen, ergoss sich in den Medien eine wahre Hetzkampagne gegen die ungarische Regierung. Von schweren Menschenrechtsverletzungen war die Rede. Angela Merkel, der es während der gesamten Flüchtlingskrise vor allem darum ging, unschöne Bilder in den Medien zu vermeiden, entschied im September 2015, dass die noch unregistrierten Einwanderer aus Budapest in die Bundesrepublik kommen durften. Hunderttausende sollten ihnen noch folgen. Das Dublin-System war damit endgültig zusammengebrochen. Angesichts dieser einsamen Entscheidung der Kanzlerin wurden die Vorwürfe lauter, sie habe europäisches und deutsches Recht gebrochen.

Namhafte Verfassungsrechtler meldeten sich zu Wort und kritisierten das Vorgehen von Merkel. Die bayerische Staatsregierung gab ein Rechtsgutachten bei dem Hochschullehrer und ehemaligen Verfassungsrichter Udo di Fabio in Auftrag und auch die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages hatten im Mai dieses Jahres ein Gutachten zur Rechtmäßigkeit des Regierungshandelns verfasst.

All diese Dokumente könnten insoweit noch relevant werden, als sowohl die AfD und zeitweise auch die FDP im Bundestagswahlkampf die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses gefordert hatten, der sich mit der Rechtmäßigkeit des Handelns der Kanzlerin in der Flüchtlingsfrage befassen soll.

Nach den geltenden Bestimmungen des Aufenthalts- und des Asylgesetzes sind die deutschen Grenzbehörden nämlich eigentlich verpflichtet, einem Asylsuchenden die Einreise zu verweigern, wenn er aus einem sicheren Drittstaat einreist. Sobald bekannt ist, in welches Mitgliedsland die betreffende Person erstmals in die EU eingereist ist, muss sie an eben jenen Staat überstellt werden. Von einer Einreiseverweigerung oder einer Zurückschiebung müssen die Behörden allerdings dann absehen, wenn das Bundesinnenministerium dies aus humanitären Gründen angeordnet hat oder wenn aufgrund von völkerrechtlichen Verträgen sowie aufgrund von europäischem Recht von einer Zurückweisung abzusehen ist.



Ein Staat schützt seine Grenzen. Deutschland tat es nicht. Hunderttausende, zumeist junge Männer, kamen unter anderem über die Balkanroute Bild: Imago

> Die Grenzöffnung war auch ein Tiefpunkt des Parlamentarismus

Problematisch ist, dass die Bundesregierung bis heute nicht klar benannt hat, auf welche dieser Fallkonstellationen genau sie ihre damalige Entscheidung zur Grenzöffnung gestützt hat. Obwohl es eine entsprechende parlamentarische Anfrage der Linkspartei gegeben hat, wurde diese nur vage und ausweichend beantwortet. Grundsätzlich könnte das Innenministerium Einzelpersonen oder auch größeren Gruppen eine Einreise gestatten. Eine solche Entscheidung steht im Ermessen der Regierungsbehörde und kann rechtlich nicht weiter angegriffen werden. Ebenso ist es den Mitgliedsstaaten der EU nach europäischem Recht erlaubt, durch eine sogenannte Selbsteintrittsklausel Asylsuchenden auch unabhängig von den ansonsten geltenden Asylregelungen die Einreise zu erlauben.

Noch 2014 hatte sich etwa die Innenminsterkonferenz dazu entschlossen, ein 10000 Personen umfassendes Kontingent von syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen aufzunehmen. Das alles entscheidende juristische Problem bei dem Entschluss von Merkel aus dem Jahr 2015 ist jedoch, dass die Regierung eben keine näheren Festlegungen für die Gewährung eines solchen Schutzes getroffen hat. Auch wurde die Personengruppe, der Asyl zugebilligt werden sollte, weder von ihrer Zahl, noch von den von ihr zu erfüllenden Kriterien näher bestimmt.

Faktisch hat Merkel die Vorschriften des Asyl- und Aufenthaltsgesetzes generell und für unbestimmte Zeit einfach außer Kraft gesetzt. Hier nun setzt die Kritik der verschiedenen Rechtsgutachten an. Nach der im deutschen Staatsrecht vertretenen Wesentlichkeitstheorie darf die Exekutive die geltende Gesetzeslage nicht einfach dauerhaft unterlaufen. Bei allen Entscheidungen, die von ihrer Dimension her so wesentlich sind, dass sie eines Gesetzes bedürfen, muss auch das Parlament, mithin der Bundestag, beteiligt werden. Dies jedoch ist zu keinem Zeitpunkt geschehen. Eine entsprechende Klage gegen die Flüchtlingspolitik der Regierung vor dem Bundesverfassungsgericht hätte daher vermutlich gute Chancen auf Erfolg.

Das Problem jedoch ist, dass ein solches Rechtsmittel nur von einer Landesregierung oder einem Verfassungsorgan, nicht aber von einzelnen Bürgern eingelegt werden kann. Als Kläger hätten auch Parlamentsfraktionen oder eventuell sogar einzelne Abgeordnete auftreten können. Zwar hatte die bayerische Staatsregierung mehrfach und lautstark angedroht, den Weg nach Karlsruhe zu gehen, am Ende duckte sich Ministerpräsident Seehofer dann aber doch weg. Dass sich in dieser elementaren Krise nicht einmal ein einziger Abgeordneter fand, der auch nur den Versuch unternommen hätte, die Beteiligung des Bundestages in dieser Frage durch das Verfassungsgericht zu erzwingen, kann als absoluter Tiefpunkt des Parlamentarismus in Deutschland gelten. *Dirk Pelster*



Das Ostpreußenblatt

Nr. 44 – 3. November 2017

Luthers Protestantismus in Ostpreußen

11. Kommunalpolitischer Kongress der LO in Allenstein – Das Thema Reformation fand großen Anklang

Am 21. und 22. Oktober führte die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) in Allenstein ihren 11. Deutsch-Polnischen Kommunalpolitischen Kongress durch, an dem zirka 60 Funktionsträger der LO sowie polnische Landräte und Vertreter der Deutschen Minderheit teilnahmen. Die positive Resonanz zeugt von großem Interesse an der Veranstaltung.







Interessante Vorträge, aufmerksame Zuhörer: Udo Arnold referiert über das protestantische Herzogtum Preußen (o.), Dieter Chilla moderiert die Veranstaltung (u.l.), Heinrich Hoch (u.r.) beteiligt sich an der angeregten Diskussion Bilder: (3) MRK

Das Motto des diesjährigen Kongresses lautete „Deutsche und Polen im Kräftefeld von Staat und Religion". Wer nun glaubt, das Thema Religion habe wenig mit Politik zu tun, der irrt, denn, wie die Referenten mit ihren Vorträgen verdeutlicht haben, spielte gerade in Ostpreußen die Religion eine wichtige Rolle. Ein Novum war, dass der ehemalige Schulleiter Dieter Chilla die Konferenz leitete, der als Mitglied des Bundesvorstands der LO zuständig ist für die Belange des südlichen Ostpreußens und die Betreuung der deutschen Vereine. Chilla hat das Thema mit Bedacht gewählt: In diesem Jahr feiern wir den 500. Jahrestag der Reformation. Diese hat in Ostpreußen eine große Rolle gespielt, und Religion wirkte sich auch auf den Staat aus.

LO-Sprecher Stephan Grigat durfte als Ehrengäste Bernard Gaida, den Vorsitzenden des Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen, Heinrich Hoch, den Vorsitzenden der Verbandes der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, sowie Wiktor Leyk, den Beauftragten für Minderheiten der Woiwodschaft Ermland und Masuren begrüßen. Vom Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Danzig nahm Guiseppe Lo Coco an der Veranstaltung teil. Grigat blickte auf die lange und gefestigte Tradition der Kommunalpolitischen Kongresse zurück, die seit Oktober 2000 (Frankfurt/Oder) in regelmäßigen Abständen stattfinden. Auf Frankfurt folgten Elbing 2001, Köln 2003, Allenstein 2004, Dresden 2005, 2008 wieder Allenstein und Frankfurt 2009. 2011, 2013, 2015 und der aktuelle Kongress wurden in Allenstein durchgeführt. Ihr Ziel ist es, die Kenntnisse über Ostpreußen zu vertiefen, Gemeinsamkeiten zwischen Deutschen und polnischen Ostpreußen zu stärken, um ein gegenseitiges Verständnis zu erlangen. Es geht auch darum, an kulturellen Werten festzuhalten und geschlossene Verträge einzuhalten. Ständiges Bemühen um das Erreichte sei notwendig, so Grigat, denn „Stillstand ist Rückstand, Rückstand kann sich Europa nicht leisten." Insofern sei der Kongress „ein Mosaikstein in der Architektur Europas".

Wie aus den Grußworten hervorgeht, besteht daran auch von polnischer Seite kein Zweifel. Der Vize-Woiwode von Ermland und Masuren, Slawomir Sadowski, lobte in seiner Grußbotschaft die Partnerschaft zwischen Deutschen und Polen nicht nur im Alltag, sondern auch in der Wissenschaft sowie den guten Willen, bei unterschiedlichen Sichtweisen sensibel aufeinander zuzugehen. Das Grußwort verlas die Repräsentantin der LO in Allenstein, Edyta Gładkowska.

Wiktor Leyk dankte der LO im Namen des Marschalls der Woiwodschaft Ermland und Masuren für ihre Beharrlichkeit, da die Idee der Kongresse zunächst nicht nur auf Gegenliebe gestoßen war.

Jaroslaw Sloma, stellvertretender Stadtpräsident Allensteins, betonte die wichtige Rolle Deutschlands für Polens Weg in die EU. Fundamentale Bedeutung für ganz Europa gestand er Immanuel Kant und Nicolaus Copernicus zu, die aus Ostpreußen stammen beziehungsweise dort lebten.

Der Schlesier Bernard Gaida erzählte, dass er sein Bekenntnis zum Deutschtum dem ostpreußischen Schriftsteller Ernst Wiechert verdanke. Die Lektüre des Romans „Jerominkinder" habe ihm für sein eigenes Verständnis als Angehöriger der Deutschen Minderheit geholfen.

In seinem Vortrag „Vom Ordensland zum Herzogtum Preußen als erstes protestantisches Fürstentum" schilderte Udo Arnold einleuchtend die Geschehnisse um die Einführung des evangelischen Glaubens in Preußen, die nicht ohne Kriege und politische Intrigen vonstatten ging.

Domherr André Schmeier verbindet etwas mit Luther: Er stammt aus Einbeck, und Martin Luther bekam zu seiner Hochzeit zwei Fässer Einbecker Bier geschenkt. Schmeier, der zur Zeit des politischen Umbruchs nach Ostpreußen kam, beschäftigt sich als Seelsorger intensiv mit den Beziehungen zwischen Deutschen und Polen. Das Bistum Ermland stand immer im Spannungsfeld von Staat und Kirche. In seinem Vortrag berichtete Schmeier davon, welche Zäsur der Zweite Weltkrieg für die Kirche als tragendes Element bedeutete. Bedroht von den Nationalsozialisten folgte die Behinderung der Diözese durch den Russeneinmarsch und später durch den Kommunismus. Geistliche wurden kriminalisiert, die deutsche Identität der Menschen unterdrückt, Deutsche nur noch als „Autochthone" bezeichnet. Man ging davon aus, dass sie eigentlich Polen seien, es nur nicht mehr wüssten. Seit 1993 sei das Verhältnis von Kirche und Staat in Polen zwar geregelt, allerdings sei es auch heute noch möglich, dass beide in Spannung zueinander geraten.

Bischof Rudolf Bazanowski hielt einen zutiefst religiös geprägten Vortrag, in dem es um Liebe und Versöhnung, Verantwortung und Frieden ging. Er endete mit dem Appell, gegenseitige Verletzungen und Wunden zu überwinden.

Chilla beendete den ersten Tag des Kongresses mit einem Referat über „Masurische Herzensfrömmigkeit – ein ostpreußischer Exportschlager für das Ruhrgebiet" Er sprach aus eigener Erfahrung. Zwar wurde er nicht mehr in Ostpreußen geboren, seine Vorfahren stammen aber aus Ortelsburg und Neidenburg. Chilla schilderte, wie sich die vertriebenen Masuren im Ruhrgebiet niederließen und sich dort in Gebetsvereinen organisierten, in denen sie ihr Brauchtum weiterführten. Frömmigkeit, gepaart mit einer guten Portion Aberglauben, überdauerte so die Zeiten. Die Reaktion der Zuhörer zeigte, dass die Existenz masurischer Gebetsvereine im Ruhrgebiet vielen neu war.

Am nächsten Tag ging das Programm mit einer literarischen Lesung des Schriftstellers Herbert Somplatzki weiter. In „Der Glaube meiner Großmutter" schildert er in bewegenden Szenen Kindheitserinnerungen an die eigene Flucht aus Ostpreußen. Es war die Stunde der Frauen, die, selbst großen Strapazen ausgesetzt, für die Kinder da waren, sie beschützten, trösteten und Zuversicht gaben. Um alles Furchtbare zu überstehen, halfen ihnen ein unerschütterlicher Glaube, aber auch Aberglaube.

Leyk sprach über den „Einfluss der Reformation auf das Leben der Masuren und auf die Region". Er spannte einen historischen Bogen von der Reformation bis zur heutigen Situation evangelischer Kirchengemeinden. Nicht ohne Seitenhieb auf die polnische Regierungspartei PiS prangerte Leyk autoritäre Machtregime an.

Zbigniew Kudrzycki von der Kopernikus-Universität Thorn beschäftigte sich mit den „Beziehungen zwischen den evangelischen Bewohnern Masurens und den katholischen Bewohnern in Kurpien bis ins 19. Jahrhundert". Es handelt sich um ein Grenzgebiet zwischen der Johannisburger und der Kurpier Heide. Am Beispiel der Gemeinde Friedrichshofen zeigte Kudrzycki auf, wie sich feindlich gegenüberstehende Katholiken und Protestanten durch Migration vermischten, es durch äußerliche politische Einflüsse zu einem Wechsel der Mehrheitsverhältnisse kam.

Die Diskussionsbeiträge zeugen davon, wie intensiv sich die Teilnehmer mit der Thematik beschäftigt haben. Am Ende des Tages konnte Chilla auf eine erfolgreiche Veranstaltung zurückblicken, die gezeigt hat, dass die Auseinandersetzung zwischen Konfessionen zu politischen Veränderungen geführt haben und der Protestantismus neben dem Katholizismus sehr starken Einfluss auf die Politik der Region hatte. *M. Rosenthal-Kappi*

Vom Bierbrauen in Ostpreußen

Bier vermeidet Kriege, weil es gemütlich und müde macht." Mit diesen Worten überreichte Dieter Chilla Udo Arnold nach dessen Vortrag als Erstem die Broschüre zur Ausstellung des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen „500 Jahre Reinheitsgebot – Bier und Brauereien in Ostpreußen damals und heute", die zuvor in den Räumen der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit, dem Haus Kopernikus, zu sehen war (siehe auch *PAZ* Nr. 42).

Einen Teil der Ausstellungstafeln konnten die Teilnehmer des Kommunalpolitischen Kongresses im Tagungsraum des Hotels Warmia ansehen, was viele auch eifrig nutzten. Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, erläuterte kurz die Entstehung der Ausstellung sowie weitere geplante Vorhaben und stand für Fragen zur Verfügung. Viele Flaschenetiketten werden heute noch in abgewandelter Ansicht verwendet, sodass die Betrachter das Dargestellte mit ihren Erfahrungen vergleichen konnten. Die Wanderausstellung wird als nächstem Ort in Osterode gezeigt.

Brauereien im südlichen Ostpreußen Bild: MRK

500 Jahre Reformation und 500 Jahre Reinheitsgebot – eine herrliche Analogie, zumal bekannt ist, dass Martin Luther ein Bierliebhaber war. Wenn auch nicht jeder Referent, der als Gastgeschenk die Ausstellungsbroschüre erhielt, ein Bierfreund sein mag, so wird ihn die Geschichte der zahlreichen Brauereien und Biersorten, die es in Ostpreußen seit dem Mittelalter gab, sicher interessieren. Freyberg ist es gelungen, auf 32 farbigen Tafeln, für die bis zu 100 Jahre alte Dokumente ausgewertet wurden, die Geschichte des Brauereiwesens in Ostpreußen auf gelungene Weise darzustellen. *MRK*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

heute möchte ich etwas eingehender auf das Tagebuch von **Elsbeth Czinczel** aus Lyck zurückkommen, das uns ihr Sohn Werner zugesandt hatte mit der Bitte, es zu prüfen, ob es für eine Veröffentlichung in unserer Ostpreußischen Familie geeignet wäre. Wir sind darauf in Folge 41 eingegangen, zusammen mit der Nachkommentafel von **Werner Czinczels** Urgroßvaters **Willemsohn** aus Woszellen, aber ich habe es noch nicht zur Seite gelegt. Mich haben diese Aufzeichnungen deshalb so interessiert, weil es kein Tagebuch in eigentlichem Sinne war, sondern aus losen Zetteln mit Kurznotizen bestand, die ihr Sohn in lesbare Form gebracht hatte. Im Gegensatz zu Fluchtberichten, die im Nachhinein geschrieben wurden, ist es absolut authentisch, weil die Erlebnisse während und kurz danach aufgeschrieben wurden. Wie wertvoll und wichtig diese Aufzeichnungen für Frau Czinczel ein Leben lang waren, beweist die Tatsache, dass sie die losen Blätter ungeordnet bis zu ihrem Tod im Jahre 2005 bewahrt hatte. Für den Sohn war es eine Verpflichtung, die Notizen zu entziffern, zeitlich zu ordnen und zusammenzufassen, sodass ein Zeitzeugenbericht mit dokumentarischem Wert entstand, den er uns dann als Manuskript übersandte. Aus diesem wollen wir heute einen kleinen Abschnitt bringen, denn er fügt sich in unsere eigenen Erinnerungen an die Verstorbenen ein, die noch vor der Flucht ihr Grab in der Heimat fanden.

Ihr Vater **Hugo Zorn** war im Herbst 1944, als in den Grenzkreisen schon die Evakuierung begann, schwer erkrankt. Auch in Lyck wurde das Kreiskrankenhaus geräumt, Hugo Zorn kam als Patient nach Mohrungen. Elsbeth Czinczel, die damals in Königsberg lebte, hat jene Tage im November 1944, als sie mit ihrer Mutter die Urne ihres verstorbenen Vaters nach Lyck brachten, so aufgezeichnet:

„Krankheit und Tod meines Vaters, Beisetzung in Lyck Ende November, wir waren zum letzten Mal dort. Unsere Wohnung wirkte so schrecklich verlassen, hatten wir doch schon aus den Schränken das Wichtigste zu meiner Schwester Christel nach Schlesien geschickt, manches auch im Keller unter Kohlen versteckt. Wir glaubten fest daran, bald wieder zurück zu kommen. Wenn mir das ganze Geschehen – Fortschaffen und Verstecken – auch irgendwie überflüssig ja, unwirklich erschien –, so hatte meine Mutter schon 1914 den Russeneinfall mit Brand und Verwüstung erlebt und tat dies jetzt alles mit Vorbedacht. So fanden wir Lyck leer und fremd, Frauen und Kinder waren evakuiert, die Geschäfte hatten nur noch wenige Waren. Befreundete Geschäftsleute hatten für uns ihre Pferde angespannt, so fuhren wir mit der Urne unseres Vaters zum Friedhof. Danach sammelten wir uns wie früher bei Tante Herta in Woszellen und war eigentlich alles so wie früher. Später fragte ich mich, warum wir eigentlich so unvorbereitet waren. Ich glaube, so richtig hatten wir nie daran gedacht, Ostpreußen verlassen zu müssen. Kriegsende – Flucht aus der Heimat – die schreckliche Fahrt von Ostpreußen 'ins Reich': es begann ja schon viel früher, damals im Herbst 1944.“



„Du alte Burg der Neide“: Ordensschloss in Neidenburg Bild: Geede

Das sind nun genau 73 Jahre her, aber wenn man diese Aufzeichnungen liest, ist die Erinnerung wieder da an jene Tage, die ja die letzten in der Heimat werden sollten. So ergeht es jedenfalls mir, denn auch ich musste meinen Vater in jenem Herbst begraben, heute bin ich dankbar, dass wir ihm noch ein Grab in der Heimat bereiten konnten. Seine letzten Worte waren: „Die Russen kommen, und ich habe doch keine Waffe.“ Sie kamen, aber er brauchte keine Waffe mehr. So wie ich werden auch andere Leser und Leserinnen durch die von Werner Czinczel in gut lesbare Form gebrachten Aufzeichnungen berührt sein und sie in den eigenen Erinnerungen reflektieren – für die Jüngeren können sie ein Zeitbild sein, das die Erinnerungen ihrer Eltern oder Großeltern transparenter macht.

Auch beim nächsten Anliegen handelt es sich um Tagebuchaufzeichnungen, aber sie gehen noch weiter zurück bis in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, und sie sind auch nicht vorhanden, sondern werden gesucht. Von einer Doktorandin aus Greifswald, die diese Angaben für ihre Dissertation benötigt. **Mareike Schönle** hat als Thema das Alltagsleben in Königsberg um 1900 gewählt, ihr Ziel ist es, den Alltag unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen darzustellen. Dafür benötigt sie die entsprechenden Informationen und hofft, diese über unsere Ostpreußische Familie zu bekommen – jedenfalls wurde ihr dieser Rat aus unserem Kreis erteilt. So ist sie nun auf der Suche nach Tagebüchern oder Memoiren aus jener Zeit, die sich mit dem Alltagsleben beschäftigen, aber diese machen nur einen Teil ihrer langen Themenliste aus, zu der unter anderm Rezepte, Beschreibungen des Schulalltags, des Arbeitsalltags und des Konfirmandenunterrichts gehören wie auch die von Familienfesten oder Abendgesellschaften. Besonders interessiert ist sie an alten Rechnungen aus der Zeit zwischen 1890 bis 1910 von Geschäften und Gastwirtschaften. Auch der Begriff „Freizeitgestaltung“ taucht in ihrer Wunschliste auf, obgleich dieser ja damals noch ungebräuchlich war, denn meistens bestand das Familienvergnügen aus einem Sonntagsausflug per pedes oder mit einem Pferdewagen, Höhepunkt war ein Besuch des Königsberger Tiergartens mit seinem vielseitigen Unterhaltungsprogramm.

Aber da bin ich schon auf dem Informationsweg, auf dem ich Frau Schönle einige Hinweise auf das geeignete Quellenmaterial geben werde. Besonders ist sie an Haushaltsbüchern aus jener Zeit interessiert, es war aber bisher für sie unmöglich, welche zu finden. Ich glaube, da wird auch unser Leserkreis passen müssen. Fündig könnte sie da schon eher auf der Suche nach Königsberger Firmenporträts werden, die auch den Arbeitsalltag in der Zeit um 1900 enthalten. Lassen wir es erst mal bei diesen Themen bewenden, Frau Schönle hat noch weitere auf ihrer Wunschliste, aber die müssen warten. Falls jemand aus unserem Leserkreis zu dem gesuchten Material Informationen geben kann, wende sich an Frau Schönle, für jeden Hinweis wäre sie dankbar. Vorerst gab die Doktorandin ihre E-Mail Adresse an: (mareike.schoenle@gmx.de)

Der November ist grau, aber ab und zu gibt es doch einen Sonnenstrahl – genau wie in unserer Familie. Es sind die Dankesbriefe, die wir erhalten, wenn Wünsche erfüllt werden konnten. Dazu gehört auch der von Frau **Christel Meurer**, die ihrer Freude, dass sie endlich ihren richtigen Geburtsort – Mühlhausen im Kreis Pr. Holland – gefunden hat, noch einmal Ausdruck geben möchte. Wir hatten uns ausgiebig mit dieser Frage in mehreren Folgen beschäftigt und wollen deshalb auf diese nicht näher eingehen, aber ihren Dankesbrief muss ich an unsere Leserinnen und Leser weitergeben, die an der Lösung so entscheidend mitgeholfen haben:

„Heute möchte ich mich noch einmal an Sie wenden, um mich ganz herzlich für die interessanten Berichte im Ostpreußenblatt zu bedanken. Dank Ihrer Initiative und dank vieler Telefongespräche und E-Mail-Kontakte mit vielen Personen aus Ostpreußen habe ich jetzt die Gewissheit, dass ich in Mühlhausen, Kreis Preußisch-Holland, geboren wurde. Habe nicht schlecht gestaunt über das Bild mit dem Storchennest in der Nähe des Entbindungsheimes in Mühlhausen. Hätte nicht vermutet, dass die Suche nach meinem Geburtsort so ins Detail gehen würde. Bin sehr dankbar, dass ich aufgrund meiner Suchaktion im *Ostpreußenblatt* ganz viele Kontakte mit Ostpreußen hatte und noch haben werde.“ Frau Meurer nennt auch die Namen von Lesern und Leserinnen, mit denen sie in Verbindung steht und auch bleiben wird, einige haben wir in unseren drei Veröffentlichungen mit diesem Suchwunsch auch herausgestellt, weil sie ausschlaggebend für die endgültige Bestimmung ihres Geburtsortes waren. Unter ihnen ist auch eine Leserin, die ebenfalls in Mühlhausen geboren wurde, aber leider keine Geburtsurkunde wie Frau Meurer besitzt. Zu diesem glücklich gelösten Fall kann man nur sagen: ein voller Erfolg unserer Ostpreußischen Familie.



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Ein Dankesbrief kam auch von Frau Dr. **Irmtraud Sigrid Bießner** aus Neuss, für die eine von uns herstellte Verbindung eine Bereicherung ihres Neidenburg Archivs erbrachte. Sie schreibt: „Durch Ihre Vermittlung hat Frau Marianne Pielka aus Berlin mir eine Reihe interessanter Dokumente und Fotos ihrer Eltern aus Neidenburg zugesandt. So war außer dem Foto der Fleischerei ihrer Eltern auch das komplette Verzeichnis der Telefonanschlüsse in Neidenburg im Jahr 1931 dabei. Auch ein Plan des Großen und Kleinen Marktes mit Rathaus in Neidenburg und mit der Benennung der umliegenden Geschäfte liegt vor. Mir fehlt zu diesem Plan nur die Jahreszahl. Ich habe diese wertvollen Dokumente und Fotos in das Neidenburg Archiv im Internet gestellt und möchte jeden ermuntern, dort einmal nachzuschauen, z.B. ob seine Vorfahren 1931 schon Telefon hatten oder wie das Geschäft am Marktplatz hieß, in dem die Mutter immer eingekauft hatte. Die Internet-Adresse für Neidenburg Stadt und Neidenburg Kreis lautet www.Neidenburg.de dann Bildarchiv und dann Wahl des entsprechenden Ortes. Die Fotos zu den Orten des Kreises Neidenburg hat Martin Hennig ins Internet gestellt. Die Fotos der Stadt Soldau fehlen noch und kommen in einigen Monaten hinzu.“

Ich leite diese Informationen gerne weiter und wünsche Frau Dr. Bießner weiterhin viel Erfolg beim Ausbau ihres Archivs und freue mich, dass wir dazu etwas beitragen konnten. Aber das ist noch längst nicht alles, was sich an Verbindungen durch unsere Ostpreußische Familie ergeben hat. Und da dürfte es in nächster Zeit einige Überraschungen geben.

Eure

Ruth Geede

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

»Vorwärts! Aber wohin?«

Internationales Breslauer Theaterfestival greift in westeuropäische Klischeekiste

Das diesjährige Theaterfestival entstand als Antwort auf die Destruktion der bisherigen Ordnung in der uns umgebenden Welt und gleichzeitig als Kommentar dazu. Die Künstler verarbeiten ihre Ängste, um die Zukunft sowie ihre Zweifel, die Wirklichkeit einer ganz eindeutigen Interpretation zu unterziehen.“ Solche Sätze kennt man eher aus westeuropäischen Feuilletons, hier stammen sie jedoch vom Polen Tomasz Kirenczuk, dem Leiter des Internationalen Theaterfestivals „Dialog“, das am 21. Oktober in Breslau zu Ende ging.

„Vorwärts! Aber wohin?“ war das Motto der Veranstaltung. Das Wort Vorwärts soll, so die Macher, Maßregelungen aus der Politik, nach ihrem Befehl zu leben, versinnbildlichen. Die Frage nach dem Wohin wollen die Macher scheinbar jedoch selber beantworten und gebärden sich damit mindestens ebenso missionarisch. Breslau kommt so als letzte Bastion des Linksliberalismus der polnischen Kulturszene daher. Kirenczuk scheint in dasselbe Propaganda-Horn zu blasen wie seine westeuropäischen Künstlerkollegen, die er nach Breslau einlud. Der belgische Choreograph Alain Platel erzählt in „Nicht schlafen“ (der Titel steht im Original übrigens in deutscher Sprache) eine Geschichte über „die Welt nach einer Katastrophe, in der Menschen unterschiedlicher Hautfarbe und Weltanschauung die Grundlage zwischenmenschlicher Beziehungen wiederaufzubauen versuchen“. Der polnische Beitrag „Hymne an die Liebe“ passt sich dieser Philosophie an und zeichnet das Bild eines „stets nationalistischer werdendem Europas“, so Kirenczuk. Er stellt sein Festivalprogramm als einen Aufruf für Aktivismus zugunsten der Solidarität dar. Das ist seine Antwort auf die Frage nach dem wohin. Der Festival-Chef sagte dem Breslauer Kulturportal „Co jest grane?“, es gehe um die elementaren Grundrechte wie Meinungsfreiheit, die „Freiheit der Expression“ und das Recht, an Kultur teilzuhaben.



Mit dem Motto des Festivals verarbeiteten die Künstler ihre Zukunftsängste

Kein Wunder also, dass Tomasz Kirenczuk für sein Festival mit keiner Finanzierung aus Warschau rechnen konnte. Aber es gibt genug namhafte und gut situierte Künstler, die ihm unter die Arme griffen. Die Regisseurin Agnieszka Holland ist nur eine davon. Nicht zu verachten ist ebenso das unermüdliche Engagement europäischer „Verfechter der Demokratie“ wie des Goethe-Instituts, des Maxim-Gorki-Theaters oder „l0es ballets C de la B“ und der „Toneelgroep Amsterdam“. Durch Internetaktionen wurden Zuschauer zu Spenden animiert. So konnte das Festival ohne Zuschüsse des Kultusministeriums doch noch stattfinden. Auch das sprichwörtliche Improvisationstalent der Macher trug dazu bei. Weil dies jedoch die Kosten nicht abdeckte, um auch das Theaterstück „Volksfeind“ nach Henrik Ibsen in Breslau aufzuführen, wurden die Theaterbesucher kurzerhand mit Bussen über 270 Kilometer nach Krakau kutschiert.

Dass das Dialog-Festival trotz des finanziellen Engpasses dennoch ein Erfolg wurde, liegt kaum am „Multi-Kulti-Programm“, wie ein Westeuropäer vermuten könnte. Vielmehr haben die Macher ihren Erfolg wohl dem polnischen Wesen zu verdanken, dass man aus Prinzip gerne gegen den Strom schwimmt.

Chris W. Wagner

Wir gratulieren ...

ZUM 108. GEBURTSTAG

Janneck, Herbert, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 5. November

ZUM 102. GEBURTSTAG

Kröll-Troyke, Margarete, geb. **Beyer**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 4. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Koch, Leni, geb. **Warniak**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 8. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Sczech, Karl Heinz, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 114, am 3. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Anschütz, Hildegard, geb. **Schanko**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 5. November
Dinter, Christel, geb. **Joneleit**, aus Lyck, Bismarckstraße 40, am 4. November
Kloss, Hedwig, geb. **Rautenberg**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 7. November
Sterzik, Ida, geb. **Moithienen**, Kreis Ortelsburg, am 8. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Czeranski, Helene, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 3. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bahl, Hildegard, aus Kaspersguth, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Richter, Christiane, aus Königstein, am 7. November
Wenzel, Lisbeth, geb. **Randt**, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 5. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bergmann, Anni, geb. **Mau**, aus Treuburg, am 7. November
Büchner, Herta, geb. **Loyal**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 6. November
Dorra, Walter, aus Kannwiesen, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Kairis, Hildegard, geb. **Brix**, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, am 8. November
Katzmarzik, Martha, geb. **Taddey**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 7. November
Paustian, Emmy, geb. **Seidlitz**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 7. November
Wernik, Else, geb. **Hopstätter**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 5. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Balzer, Hedwig, aus Langsee, Kreis Lyck, am 6. November

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Engmann, Günter, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 6. November
Lichte, Brigitta, geb. **Neuendorf**, Kreis Mohrungen, am 4. November
Martin, Lieselotte, aus Lyck, am 8. November
Müller, Hedwig, aus Neuforst bei Rhein, Kreis Lötzen, am 5. November
Nadler, Gertrud, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 7. November
Rexin, Christa, aus Neidenburg, am 8. November
Schacht, Elli, aus Willkischken, Kreis Tilsit, am 7. November
Schütt, Edeltraut, geb. **Ziesmann**, aus Perwissau, Kreis Samland, am 30. Oktober
Spauschus, Bruno, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 5. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Albrecht, Gerda, geb. **Juckschat**, aus Lyck, am 5. November
Alshuth, Hans-Jürgen, aus Neuhäuser, Kreis Fischhausen, am 8. November
Haurenherm, Edeltraud, geb. **Schittkowski**, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 4. November
Herfer, Manfred, aus Lyck, am 8. November
Irnich, Helene, geb. **Krüger**, aus Stadthausen, am 3. November
Knieschewski, Gerhard, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Listing, Elfriede, geb. **Bogumil**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 8. November
Neyses, Hedwig, geb. **Oleknowitz**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Glass, Edith, geb. **Rosowski**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Kerstan, Waltraut, geb. **Nowottka**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Ludwig, Renate, geb. **Pogorzelski**, aus Treuburg, am 4. November
Makenthun, Edith, geb. **Gollub**, aus Treuburg, am 9. November
Pawelzik Herbert, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 5. November
Penndorf, Gerda, geb. **Solluntsch**, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 6. November
Roeder, Erika, aus Markau, Kreis Treuburg, am 7. November
Sodeikat, Erna, geb. **Brasgalla**, aus Neidenburg, am 7. November
Sunnus, Fritz, aus Wisdenen, Kreis Preußisch Eylau, am 4. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bansamir, Werner, aus Königsberg, am 4. November
Blaurock, Horst, aus Soffen, Kreis Lyck, am 4. November
Koch, Charlotte, geb. **Krüger**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. November
Kuberski, Edeltraut, geb. **Olschewski**, aus Neu Astrau und Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 4. November
Lange, Klaus, aus Rimlack, Kreis Preußisch Eylau, am 8. November
Reuter, Hannelore, geb. **Günther**, aus Keppen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 3. November
Saborowski, Reinhold, aus Andreken, Kreis Lyck, am 6. November
Scheel, Irmgard, geb. **Truschkat**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 9. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Czinczoll, Georg, aus Grünwalde, OT Freihufen, Kreis Heiligenbeil, am 4. November
Dannowski, Ilse, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 7. November
Göring, Gertrud, geb. **Quallo**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 9. November
Hippe, Gabriele, geb. **Willamowski**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 6. November
Holz, Ursula, geb. **Wichmann**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 5. November
Kaufmann, Elisabeth, geb. **Krohm**, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 4. November
Krawelitzki, Martin, aus Lyck, am 5. November
Marquardt, Alfons, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 5. November
Plath, Helga, geb. **Fischer**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 8. November
Purwin, Brigitte, aus Lindenheim, Kreis Lötzen, am 8. November
Ramm, Ilse, geb. **Biermann**, aus Wokellen, Kreis Preußisch Eylau, am 9. November
Sandkühler, Gisela, geb, **Schwarz**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 3. November
Schwabe, Berthold, aus Reimanswalde, Kreis Treuburg, am 4. November
Schild, Wilfried, aus Neidenburg, am 5. November
Seidensticker, Ilse, geb. **Quallo**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 9. November
Werschkull, Hildegard, geb. **Hundrieser**, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 9. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Dibbern, Hans-Jürgen, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 5. November
Kordas, Rosemarie, geb. **Schwark**, aus Lötzen, am 5. November
Kraska, Adelbert, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 4. November

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

50. Heimattreffen

Das gesamtdeutsche Heimattreffen des Regierungsbezirkes Gumbinnen findet wieder in dem an der B 191 gelegenen „Landhotel Spornitz" in Spornitz am Sonnabend, 11. November, von 10 bis 15 Uhr statt. Kaffee und Mittagessen können im Hotel eingenommen werden. Ein Übernachtung sollte rechtzeitig angemeldet werden unter Telefon (038726) 880. Auskunft: Friedrich-Eberhard Hahn, Telefon (03871) 226238.

TERMINE DER LO

2017
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg
20. bis 22. April: Kulturseminar in Helmstedt
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

Seminar in Bad Pyrmont

Die Kreisgemeinschaft Lyck veranstaltet in der Zeit vom 30. April bis 2. Mai 2018 in der DRK-Landesschule in Bad Pyrmont ein interessantes Seminar unter dem Titel „Ostpreußen, Grenzen, Land und Leute, Behörden, Landsmannschaft". Für das Seminar konnten anerkannte Referenten gewonnen werden. Es sprechen Dr. Manuel Ruoff von der Preußischen Allgemeinen Zeitung, der Historiker und Autor Dr. Andreas Kossert, Kreisältester Gerd Bandilla und Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter Rastenburg und Vorsitzender des Trägervereins Landesmuseum Lüneburg.

Den Teilnehmern werden die Reisekosten erstattet. Der Preis für die Unterkunft und Verpflegung beträgt pro Person 50 Euro. Anmeldungen zu dem Seminar bei Gerd Bandilla, Telefon (02235) 77394, E-Mail: g-bandilla@t-online.de oder postalisch St.-Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt. Anmeldungen werden nach der Reihenfolge ihres Einganges berücksichtigt.

9. Lycker-Treffen

Bremen – Donnerstag, 9. November, 13 bis 18 Uhr, Best Western „Hotel zur Post", Bahnhofsplatz 11, 28195 Bremen: 9. Treffen der in Bremen und „umzu" wohnenden ehemaligen Lycker Landsleute, deren Nachkommen, beziehungsweise deren Freunde. Wilhelm Norra, Telefon (0421) 820651.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Nachruf

Hartmut Preuß wurde am 6. März 1936 in Kraupischken geboren. Mütterlicher- wie auch väterlicherseits entstammte er Familien, die seit Generationen selbständige Bauern in Ostpreußen gewesen waren. Seine Schulzeit wurde durch die Flucht im Oktober 1944 unterbrochen, die die Familie im Treck über das Frische Haff bis kurz vor Danzig führte. Im März 1945 allerdings gerieten sie in sowjetische Gefangenschaft und mussten zu Fuß den weiten Weg zurück nach Kraupischken antreten. Es folgten bis zur endgültigen Vertreibung 1948 Jahre der Arbeit auf der Kolchose Meschken. Wie alle sogenannten „Aussiedler" wurden auch sie im Viehwaggon in die sowjetische Besatzungszone verfrachtet. Ende des Jahres flüchtete die Familie nach Schleswig-Holstein, und Hartmut konnte in der Nähe von Ratzeburg den Schulbesuch wieder aufnehmen. Als fleißiger Schüler beendete er die Schulzeit 1952 und zog in ein Lehrlingsheim in Remscheid, um sich im Metallbereich ausbilden zu lassen. Nach erfolgreicher Gesellenprüfung bildete Hartmut sich kontinuierlich fort und wurde schließlich Abteilungsleiter in einem Zulieferungsbetrieb der Automobilindustrie. Er heiratete 1964, das Ehepaar hatte zwei Kinder und Enkelkinder.

Bereits vor vielen Jahren kam Hartmut zur Kreisgemeinschaft. Vier Jahre übte er das Amt des Revisors und des stellvertretenden Kirchspielvertreters für Kraupischken aus. 1999 wurde er stellvertretender Vorsitzender der Kreisgemeinschaft und war gleichzeitig ihr Pressesprecher. Als Albrecht Dyck im Juni 2002 den Vorsitz niederlegte, wurde Hartmut zu seinem Nachfolger gewählt.

Mehr als neun Jahre lang bekleidete er dieses Amt. In seinem ersten Grußwort im „Land an der Memel" nannte er die Schwerpunkte seiner künftigen Tätigkeit: Pflege unseres Heimatbriefes als wichtiges Bindeglied unserer Landsleute; Pflege und Ausbau der Partner- und Patenschaften; Kontaktaufnahme zu russlanddeutschen Familien in unserem ehemaligen Kreisgebiet und deren Betreuung; Bemühen um weitere Aussöhnung mit der russischen Bevölkerung, die jetzt in unserer Heimat lebt; Erhaltung von deutschen Erinnerungsstätten. Während seiner Zeit als Vorsitzender hatte sich Hartmut nicht nur bemüht, diesen Vorsätzen gerecht zu werden, er hatte sie in der Tat erfolgreich verwirklicht. Erwähnt werden sollen in diesem Zusammenhang auch seine jährlichen Sommerreisen in die Heimat, die, im Zusammenwirken mit Walter Klink und Hans-Ulrich Gottschalk, nicht zuletzt dazu dienten, Kontakte aufzubauen und zu pflegen sowie verschiedentlich hilfreich tätig zu sein.

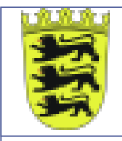


„Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren": Hartmut Preuß Bild: privat

Beim Kreistreffen in Lüneburg am 22. Oktober 2011 trat Hartmut Preuß von seinem Amt als Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit zurück. Der Kreistag ernannte seinen ehemaligen Kreisvertreter zum Ehrenmitglied und durfte sich glücklich schätzen, häufig auf Hartmuts Erfahrungsschatz aufgrund seiner langjährigen Zugehörigkeit zum Leitungsteam der Kreisgemeinschaft zurückgreifen zu können.

Nach kurzer, schwerer Krankheit starb Hartmut Preuß am 19. Oktober zu Hause in Wuppertal. Die Gemeinschaft der Ostpreußen hat erneut einen Landsmann verloren, die Kreisgemeinschaft ein treues Mitglied und der Kreistag einen engagierten und einsatzfreudigen Mitstreiter. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. *Dieter Neukamm, im Namen des Kreistages der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit*

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.



Reutlingen: Der Erntegabentisch mit dem eigens gefertigten Brotlaib in der Mitte Bild: privat

Buchen – Eine etwas andere Reise unternahm die Kreisgruppe der Ostpreußen, Westpreußen und Pommern unter der Leitung von Rosemarie S. Winkler durch das frühere südliche Ostpreußen, die mit Ausnahme der bedeutungsvollen Städte Thorn und Gnesen nur übers Land führte. Storchennester, Alleen und bunte Feldblumenteppiche waren tägliche Begleiter. Die Unterkunft war bei „Christel“ auf deren ehemaligem Bauernhof. Nach dem Besuch des Wallfahrtsorts „Dietrichswalde“ und Vesperpausen bei deutschen Minderheiten wurde auch der Bauernhof „Lange“ angefahren. Werner Lange durfte nach Kriegsende wieder auf seinen elterlichen Hof zurück und bewirtschaftet ihn bis heute. Die Reisegruppe wurde herzlich empfangen und mit einem köstlichen, echt ostpreußischen Mittagessen verwöhnt. Weiter wurde ein polnischer Bauernhof regelrecht aufgesucht, denn der Weg dorthin war nicht ganz leicht zu finden, freundliche Hinweise von polnischen Anwohnern waren eine große Hilfe. Dort stand eine Kutschfahrt auf dem Programm, die durch tiefsten Wald führte, viel Heiterkeit auslöste und mit leckerem Bauernkuchen abschloss.

Angetan war die Reisegruppe vom Geburtshaus des Schriftstellers Ernst Wiechert, heute zu einem sehenswerten Museum eingerichtet „Die tiefen Wälder und die große Stille ringsum: hier sei Ernst Wiechert zu spüren“ meinten die Mitreisenden. Ein ganz besonderes Erlebnis wurde der Gruppe zuteil, als sie den großen Soldatenfriedhof in Bartossen aufsuchte. Gerade an diesem Tage waren deutsche Helfer des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge mit einer großen Umbettung beschäftigt: von fast 3000 Toten aus einem sowjetischen Internierungslager bei Thorn.

Hier sollen sie eine würdige letzte Ruhestätte erhalten.

In der Johannisburger Heide wurde neben dem Gestüt Ferenstein das Gut von Alexander Graf Potocki besucht. Der Graf hat das ehemalige Jagdhaus derer von Lehndorff hierher versetzen lassen. In einem eigens geschaffenen „Salon Marion Dönhoff“ wird mit Gemälden, Büchern und Hör-CDs der großen deutschen Journalistin Marion Gräfin von Dönhoff gedacht. Die Reisegruppe hatte das Glück, Renate Marsch-Potocki, die Mutter des Grafen und frühere dpa-Korrespondentin in Warschau hier anzutreffen, die hochinteressant über Marion Dönhoff und die eigenen vielen Begegnungen mit ihr berichtete - eine Erzählstunde ganz besonderer Art! Fazit der Reise: eine bleibende wertvolle Erinnerung!

Rosemarie S. Winkler

Ludwigsburg – Dienstag, 21. November, 15 Uhr, „Krauthof“, Beihinger Straße 27: Stammtisch.

Reutlingen – Die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Reutlingen veranstaltete am 7. Oktober im Treffpunkt für Ältere ihr Erntedankfest. Landsleute und Gäste betraten einen herrlich herbstlich geschmückten Saal. Die erste Vorsitzende Ilse Hunger begrüßte alle Anwesenden in dem vollbesetzten Saal. Sehr erfreut zeigte sich der Vorstand über den zahlreichen Besuch der Schicksalsgefährten, der Schlesier aus Metzingen und Tübingen.

Alle Tische waren mit gelben Chrysanthemen und goldgelben Herbstlaub geschmückt; bei diesem Anblick schmeckten Kaffee und Kuchen besonders gut.

Der Erntegabentisch war eine Augenweide: Viele große und kleine in allen Farben gesteckte Blumenvasen, Obst und Gemüse. Doch die Mitte bestimmte ein großes, rundes, von der Betzinger Bäckerei Bosch mit einer Erntekrone gefertigtes Brot. Bei dieser Gelegenheit möchten wir Ost-Westpreußen Reutlingen uns bei der Bäckerei Bosch für die große Spende seit vielen Jahren bedanken. Große Freude bereitet auch die Verteilung der Tombola, denn auch hier konnte man sehen, dass kleine Geschenke gut ankommen.

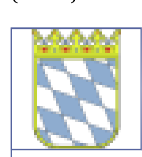
Damit nach über 70 Jahren Flucht und Vertreibung die Erinnerung an unsere Sitten und Gebräuche nicht in Vergessenheit geraten, wurden Kurzfilme zum „Erntedank in der Heimat“ und zur Landschaft Ostpreußens vom Landsmann Peter Jermann gezeigt. Karin Kalbfell brachte Auszüge aus dem Buch „Stille Jahre in Gertlauken“ – Erinnerungen an Ostpreußen. Die spätere Buchschreiberin Marianne Peyinghaus, damals Mädchenname Günther, wurde als Lehrerin mit 21 Jahren aus ihrer Heimat Köln zur Schule in dem kleinen, abgelegenen Bauerndorf Gertlauken, Kreis Labiau, eingesetzt.

Ihr dortiges Leben und Wirken teilte sie ihren Eltern in Briefen mit. Bis zur Flucht nach Sachsen im Januar 1945 und später weiter nach Köln hatte Marianne Günther einen treuen Begleiter: Ihr Fahrrad! Dieses Fahrrad, das seinen letzten Platz im Museum der Kreisgemeinschaft Labiau in Ottendorf bei Cuxhaven gefunden hat, ist stiller Zeuge unserer Heimat Ostpreußen. Die Auszüge aus dem Buch wurden von den Anwesenden deshalb so persönlich aufgenommen, weil Land und Leute mit kleinen Begebenheiten verknüpft den täglichen Alltag treffend widergaben.

Runde Geburtstagskinder wurden mit Blumen geehrt und beschenkt. Die gemeinsamen, schönen Stunden vergingen viel zu schnell. Zum Abschied wurde noch das Heimatlied „Land der dunklen Wälder“ gesungen. Blumen, Obst, Gemüse und auch das Erntekronenbrot wurde aufgeteilt und jeder konnte Gaben vom Gabentisch mit nach Hause nehmen.

Ilse-Hunger

Stuttgart – Mittwoch, 22. November, 18 Uhr, Haus der Heimat, Schloßstraße 92: Treffen der Frauengruppe. Helga Preußler aus Stuttgart spricht über das Thema: „Katharina von Bora – die Lutherin“. Die Referentin ist Historikerin und in Arnswalde/Neumark geboren. Sie ist durch ihre Vorträge zu „historischen Frauengestalten“ bekannt geworden. Die junge sächsische Adlige Katharina von Bora floh im Jahr 1523 mit elf Gefährtinnen aus dem Kloster Marienthron in Nimbschen bei Grimma nach Wittenberg. 1525 heiraten Kathari¬na von Bora und Martin Luther. Tatkräftig nimmt von Bora das Anwesen und die Finanzen in ihre Regie. Sie stirbt am 20. Dezember 1552 in Torgau. Informationen: Uta Lüttich, Telefon (0711) 854093.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 18. November, 14.30 Uhr, Waldfriedhof: Gedenken zum Volkstrauertag. Ab 15.30 Uhr, Orangerie: Bericht von unserer Fahrt zum Ostpreußentreffen in Schwerin, anschließend Tilsiter-Käseessen.

Bamberg – Mittwoch, 15. November, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Vortrag „Zu Fuß von Köln nach Königsberg“.

Hof – Sonnabend 11. November, 13 Uhr, Altdeutsche Bierstube Hof Martinstag-Heimatnachmittag mit Gansessen.

Landshut – Dienstag, 21. November, 14 Uhr, „Insel“: Zusammenkunft.

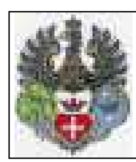


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



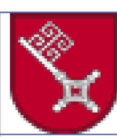
Frauengruppe – Mittwoch, 8. November, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Totenehrung. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Freitag, 17. November, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Erntedankfest mit Tombola, Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.



Rastenburg – Sonntag, 12. November, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Erntedankfest, Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



BREMEN

Vorsitzender: Jörg Schulz, Telefon (04296) 747701, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

Bremerhaven – Sonntag, 19. November, 11.45 Uhr, Kapelle Geestemünder Friedhof: Gedenkstunde Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zum Volkstrauertag, anschließend Kranzniederlegung im VDK-Ehrenhain.

– Bericht –

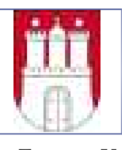
Am 22. September fand im Seniorentreff „Ernst-Barlach-Haus“ in Bremerhaven-Geestemünde die Erntedank-Veranstaltung der Ortsgruppe statt. Die Vorsitzende Marita Jachens-Paul konnte über 30 Mitglieder und Gäste begrüßen, die trotz des schönen spätsommerlichen Wetters gekommen waren. Unter ihnen befanden sich drei Gäste, gebürtig aus Pommern, die von den Ostpreußen herzlich willkommen geheißen wurden. Ihnen zu Ehren wurde die erste Strophe des „Liedes der Pommern“ („Wenn in stiller Stunde Träume mich umweh'n“) gesungen, diesmal sogar mit musikalischer Begleitung, denn ein Gast, der Gitarrist Tschepanek, hatte sich angeboten, die Feier mit seiner Gitarre zu begleiten. Die Versammlung gedachte der am 16. September im 93. Lebensjahr verstorbenen Lisbeth Westphal, seit 55 Jahren treues Mitglied der Landsmannschaft.

Marita Jachens-Paul trug einige Herbstgedichte vor: Nach Gedichten von Eduard Mörike und Theodor Fontane las sie „Zum Erntedankfest“, verfasst von Hildegard Jauß, der vor einigen Jahren verstorbenen ostpreußischen Lyrikerin der Gruppe Bremerhaven, sowie „Der Kruschkebaum“ von Lore Jachens, der Mutter der jetzigen Vorsitzenden, die viele Geschichten, Anekdoten und Gedichte aus ihrer ostpreußischen Heimat, dem Kreis Labiau, zu Papier gebracht hat. Die stellvertretende Vorsitzende Barbara Sandmann las das Gedicht „September“ von Hermann Hesse.

Marita Jachens-Paul berichtete von früheren Treffen anlässlich des „Tages der Heimat“ in Bremerhaven, als von fünf ostdeutschen Landsmannschaften 200 Personen und mehr in den Gemeindesaal der „Großen Kirche“ kamen. Die Leitung des Programms hatte jahrzehntelang der Kreisverband Bremerhaven des Bundes der Vertriebenen (BdV), und hier besonders Oskar Thomas, der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien. Heute gibt es in Bremerhaven keinen BdV mehr, zwei Landsmannschaften haben sich inzwischen aufgelöst (Sudetendeutsche und die Gemeinschaft der Danziger in Bremerhaven). Eine Landsmannschaft (Schlesien) hat sich offiziell aufgelöst, kommt aber als lose Gruppe weiterhin zusammen.

Lediglich die Ostpreußen und die Pommern sind noch funktionstüchtige Landsmannschaften, die sich einmal monatlich im Ernst-Barlach-Haus treffen.

Zum Ende der Veranstaltung erinnerte die Vorsitzende an die nächsten Termine: Sonntag, 19. November, 11.45 Uhr, Kapelle Geestemünder Friedhof: Gedenkstunde Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zum Volkstrauertag, anschließend Kranzniederlegung im VDK-Ehrenhain – Freitag, 24. November, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Kulturnachmittag – Sonntag, 26. November, 15 Uhr, Kapelle Friedhof Geestemünde: Gedenkfeier aller Landsmannschaften am Volkstrauertag, anschließend Gesteck-Niederlegung am Heimatkreuz – Freitag, 15. Dezember, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Adventfeier. *Barbara Sandmann*



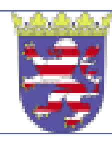
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Das Gute liegt manchmal so nah! Jedes Jahr im Dezember verwandeln sich viele Orte in unserer Region, in eine Weihnachtswelt. So auch der Ort den wir besuchen. In einmaliger Atmosphäre, mit liebevoll geschmückten Straßen, Kunsthandwerker-Ständen und der Märchenwelt, fasziniert der Weih-nachtsmarkt den wir besuchen, immer wieder Jung und Alt. Nach einem weihnachtlichen Kaffeetrinken, mit plattdeutschen Vorlesungen, haben Sie im Anschluss Zeit, sich diesen besonderen Weihnachtsmarkt anzuschauen. Die Rückfahrt führt Sie durch das weihnachtlich beleuchtete Hamburg, mit Reiseführer. Es geht los am 17. Dezember ab Hamburg ZOB 13:30 Uhr; Harburg 14 Uhr. Grumbrechtstraße 76. Preis pro Person: 28 Euro (alles inklusiv). Anmeldung bis 17. November bei Landsmann Konrad Wien, Telefon (040) 32049041.

STADTTEILGRUPPE

Bergedorf – Sonnabend, 4. November, 13 Uhr, Bergedorfer Bahnhof: Fahrt der Frauengruppe zum Museumsmarkt „Tradition trifft Modernes“ im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Kassel – Zum Heimattreffen im Oktober fanden sich trotz Sturmwarnung zahlreiche Mitglieder und Freunde des Vereins ein. Fachbuchautor Dr. Viktor Heese aus Köln berichtete über die Auswirkungen der Russlandsanktionen auf das deutsch-russische

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 16

Verhältnis. Der rege Gedankenaustausch bewies, dass auch wirtschaftspolitische Themen in unserem aufgeweckten Kreis gut ankommen. Finanzexperte Heese machte deutlich, dass Wirtschaftssanktionen den eigenen Interessen nicht selten mehr schaden als nützen. Im gegenwärtigen Falle erleidet Deutschland als Erfüllungsgehilfe westlicher Mächte erhebliche Handelseinbußen und beschädigt zudem die traditionell guten Wirtschaftsbeziehungen zu Russland.

Gerd Landau

Wetzlar – Montag, 13. November, 19 Uhr, Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Der Marburger Historiker Dr. Peter Wörster spricht zum Thema „Mitten in Europa – und doch an der Peripherie. Baltische Geschichte im Überblick". Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 77055.

Wiesbaden – Dienstag, 14. November, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Die Frauengruppe trifft sich zum Thema „Winterfreuden in der Heimat". – Sonnabend, 18. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: „Land des Rübezahl. Schlesische Impressionen", Bilder-Vortrag von Dieter Schetat. Der Bilderreigen beginnt mit Wiesbadens Partnerstadt Breslau, die im vergangenen Jahr zur Europäischen Kulturhauptstadt erklärt wurde. Weiter stehen auf dem Programm: Agnetendorf mit der Jugendstilvilla von Gerhard Hauptmann, die Schlösser Schildau und Lomnitz, die Friedenskirchen in Jauer und Schweidnitz, die Stabholzkirche in Wang und der höchste Berg des Riesengebirges, die Schneekoppe mit 1605 Metern. Vor dem Bilder-Vortrag gibt es Kaffee und Kuchen von der Konditorei Gehlhaar. – Sonntag, 19. November, Beginn der Südfriedhof-Gedenkstunde bitte der Presse entnehmen: Volkstrauertag. Für die angeschlossenen Landsmannschaften legt der Bund der Vertriebenen (BdV), Kreisverband Wiesbaden, einen Kranz nieder.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 9. November, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen. – Sonnabend, 18. November, 10.15 Uhr, Friedhof St. Stephani.

Rinteln – Donnerstag, 9. November, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Monatstreffen mit Lichtbildervortrag von Professor Heinz Schürmann aus Bielefeld zum Thema „Unterwegs in Böhmen". Neben den Mitgliedern sowie Angehörigen, Freunden und Bekannten sind auch interessierte Gäste aus Nah und Fern herzlich willkommen. Weitere Auskünfte zur landsmannschaftlichen Arbeit gibt es beim Vorsitzenden, Joachim Rebuschat, unter Telefon (05751) 53 86 oder über: j.rebuschat@web.de – Mehr zum Thema der Veranstaltung im Internet unter: www.myheimat.de/2836237.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Dienstag, 7. November, 18 Uhr, „Haus am Rhein", Elsa-Brändström-Straße 74: Vortrag von Elimar Schubbe „50 Jahre Zeitzeugenschaft eines Journalisten im 20ten Jahrhundert". – Mittwoch, 8. November, 15 Uhr, Erkerzimmer der Stadthalle Bad Godesberg: Treffen des Freundeskreises der Ost- und Westpreußen.

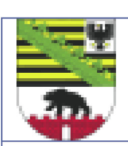
Dortmund – Montag, 20. November, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3, (Eingang Märkische Straße): Monatliche Zusammenkunft.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 9: Chorprobe der Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland. – Sonnabend, 4. November, 15 Uhr, GHH: Vortrag von Dr. Sabine Grabowski und Professor Winfreid Halder „Reformationsjahr 2017", „Mein Luther – Zwei Perspektiven auf den Reformator". – Mittwoch, 8. November, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutscher Stickkreis. – Mittwoch, 8. November, 19 Uhr, GHH: „Schlesien" – Liebesgedichte von Barock bis Gegenwart mit Frank Schwablewski und Dr. Jürgen Nelles – Freitag, 10. November, 18 Uhr, GHH: Verleihung des „Andreas-Gryphius-Preises". – Mittwoch, 15. November, 19 Uhr, GHH: tschechischer Dokufilm „European Arch. Bohuslav Fuchs". – Donnerstag, 16. November, 19 Uhr, GHH: Vortrag „Geschichtspolitik in Russland heute – 100 Jahre nach der Oktoberrevolution" Irina Scherbakova. – Donnerstag, 16. November, 19.30 Uhr, Raum 412 „Ostpreußen", GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – Freitag, 17. November, 18 Uhr, „Lauren's", Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Mittwoch, 22. November, 19 Uhr, GHH: Vortrag „Die russische Revolution 1914-24 – Leben in der Katastrophe" von Professor Jörg Baberowski.

Neuss – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe. - Sonntag, 19. November, 11 Uhr, Hauptfriedhof, Rheydter Straße: Feierstunde zum Volkstrauertag.

Wesel – Sonnabend, 4. November, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Ostdeutscher Kulturabend (29. Preußische Tafelrunde). Der Kulturreferent der Gruppe, Paul Sobotta, spricht über den großen ostdeutschen Schiffs- und Lokomotivbauer Ferdinand Schichau. Weitere Informationen: Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657 oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.

Witten – Montag, 20. November, 14.30 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Grützwurstessen mit Beilage und Pillkaller.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Dienstag, 7. November, 13 Uhr, Immermannstraße 19: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 10. November, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singkreises. – Sonntag, 12. November, 14 Uhr, Sportgaststätte „Post", Spielhagenstraße: Volkstrauertag.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe – Thema in der September-Runde war „Mohrungen und Johann Gottfried Herder". Er wurde am 25. August 1744 in Mohrungen in der Kirchstraße geboren. Sein Vater war Kantor und Lehrer. Herder ist bekannt als deutscher Dichter, Übersetzer und Theologe. Seit 25 Jahren besteht in Mohrungen der Verein „Herder" der Deutschen Bevölkerung. Dadurch würdigt Polen Herder in verschiedenen Bereichen: Die Aula im Leon-Kruczkowski-Gymnasium heißt „Herder-Aula", und die Kirchstraße hat die Bezeichnung „Ulica Herdera" erhalten.

Nach seinem Schulabschluss wurde Johann Gottfried Herder von einem russischen Regimentsarzt überredet, Medizin zu studieren. Im Sommer 1762 verließ Herder Mohrungen und ging nach Königsberg, um Chirurg zu werden. Der Beruf sagte ihm gar nicht zu. So studierte er Theologie und Philosophie und wurde zunächst Lehrer und Prediger in Riga. Nach seiner Tätigkeit als Pfarrer in Bückeburg zog er nach Weimar und heirate Marie Karoline Flachsland. Herder gehörte zum „Viergestirn" der Weimarer Klassik mit Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich Schiller und Christoph Martin Wieland. Auch die Philosophen Immanuel Kant und Georg Hamann beeinflussten ihn. Dabei konnte die Vortragende nur sein Hauptwerk „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit" 1784 bis 1791 herausstellen.

Herder fand auch Verbindung zu Martin Luther und zur deutschen Sprache. Und eine besondere Arbeit Herders musste erwähnt werden: seine Volksliedersammlung „Stimmen der Völker in Liedern", ein Liedgut aus verschiedenen Nationen. Nach seinem Wegzug aus Mohrungen ist Herder nie wieder in seine Heimatstadt zurückgekehrt, aber die Verbindung zu seiner Mutter blieb erhalten. *Gisela Brauer*

Flensburg – Sonntag, 19. November, 11.30 Uhr, Friedhofskapelle, Am Friedenshügel: Volkstrauertag.

Pinneberg – Donnerstag, 9. November, 15 Uhr, Restaurant „Mondea", Mühlenstraße 70d: „Gänseverspielen" (Bingo).

Uetersen – Freitag, 10. November, 15 bis 17 Uhr, Haus Uetersen, Kirchenstraße 7: Frank Farin berichtet über die wirtschaftliche und politische Situation.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 231414.

Landesgruppe – Donnerstag, 9. November, Klub Volkssolidarität, Rötweg 6, Schmalkalden: Heimatnachmittag.

Positiv strapaziert und wohlbehalten

Ins Samland führte die August-Reise von Louis-Ferdinand Schwarz – Sie war auch der Völkerverständigung und dem Dialog gewidmet

Unter der Führung des früheren Dissener Bürgermeisters und gebürtigen Ostpreußen Louis-Ferdinand Schwarz besuchte eine 36-köpfige Reisegruppe aus dem Osnabrücker Land das rund um Königsberg gelegene Samland. Neben Erinnerungen an unvergessliche Orte der Kindheit und Jugend stand für den Reiseleiter und die Teilnehmer der Gedanke der Völkerverständigung und des Dialogs im Vordergrund.





Oben: Standbild des legendären Hengstes Tempelhüter (1904–1933) auf der Gestütsanlage in Trakehnen
Links: Auf der Bootstour nach Pillau

Bilder (2): privat

Pollwitten bei Königsberg: Von dem früheren Gut der Familie von Louis-Ferdinand Schwarz ist kein Stein übrig geblieben. Stattdessen hat das weltweit tätige Hilfswerk Salem an dieser Stelle ein Kinderdorf errichtet. Zur Feier seines zwanzigjährigen Bestehens hatte der Leiter auch den alten Ostpreußen Schwarz und dessen Reisegruppe eingeladen. Die russischen Kinder hatten Gesänge und Tänze für den Besuch aus Deutschland einstudiert. Symbolträchtiger kann das Nebeneinander von Vergangenheit und Zukunft sowie das Bemühen um Freundschaft wohl nicht veranschaulicht werden.

Praktisch jedes Jahr zieht es Schwarz an diesen Ort zurück. Und dies zumeist in Gesellschaft der Teilnehmer der von ihm organisierten Gruppenreisen. Die Ankündigung der diesjährigen Ostpreußenfahrt vom 12. bis 20. August in der Neuen Osnabrücker Zeitung sprach innerhalb weniger Tage mehr Interessenten an, als Mitreiseplätze zur Verfügung standen.

Nach der nächtlichen Anreise von Versmold erreichte die Gruppe nach einem Zwischenstopp an der Marienburg, dem machtvollen Sitz der Hochmeister des Deutschen Ordens an der Nogat, am frühen Vormittag den russischen Grenzübergang Mamonowo und schließlich das während des gesamten Aufenthaltes gebuchte Hotelquartier im Ostseebad Rauschen.

Der zweite Tag sah eine große Ostpreußenfahrt vor. Die Reiseroute bezog Insterburg, Tapiau, eine Gestütsbesichtigung in Georgenburg mit anschließender Besichtigung der Stallmeister-Residenz in Trakehnen ein. Dort war die Gruppe zu Gast in einer deutschen Schule.

Am Dienstag, dem zweiten Aufenthaltstag, brachte der Reisebus die Expedition aus dem Osnabrücker Land nach Königsberg. Der Besuch der im Zweiten Weltkrieg fast vollständig ausgelöschten Hauptstadt Ostpreußens begann mit einer Bootstour über den Pregel, den Königsberger Seekanal und das Frische Haff nach Pillau, vorbei an früheren Getreidelagern, Schiffswerften, fischverarbeitenden Betrieben und an den im Pillauer Hafen ankernden Schiffen der russischen Marine. Um die im Kampf um die Stadt Gefallenen zu ehren, besuchten die Osnabrücker einen Friedhof deutscher und russischer Soldaten. Auf der Rückfahrt von Pillau konnte schließlich das Mahnmal für die in Palmnicken dort zu Tausenden ins Meer getriebenen und erschossenen jüdischen KZ-Häftlinge besichtigt werden.

Skeptische Blicke für Putins Residenz

Der vierte Tag bot ein stimmungsvolles Eintauchen in die Landschaft der Kurischen Nehrung. Cranz, das früher bei den Königsbergern so beliebte Ostseebad und jetzt von reichen Russen überfrachtete Baumonstrum, wurde schnell durchfahren. Auf der Nehrung wurde in einer Waldlichtung bei strahlendem Sonnenschein von einer russischen Köchin ein Picknick gereicht mit landestypischen Köstlichkeiten. Für Badefreunde war die Möglichkeit zu einem Schwimmvergnügen in der Ostsee vorgesehen. Die Zeitverzögerung am russisch-litauischen Grenzübergang nahm die Gruppe gerne in Kauf in Erwartung der wunderbaren Dünenlandschaft bei Nidden und des dortigen Spaziergangs zum Feriendomizil von Thomas Mann und Familie.

Am fünften Tag stand eine weitere Fahrt nach Königsberg an. Auf der Stadtrundfahrt verstörten ganze Straßenzüge baufälliger Wohnblocks, überragt von der monströsen Ruine des Hauses der Räte auf dem früheren Schlossgelände und dem auf sandigem Flussauenboden entstehenden, futuristisch anmutenden Fußballstadion für die WM 2018. Von dem alten Königsberg ist kaum etwas geblieben – nur der Dom mit dem Kantgrab erinnert an eine längst vergangene Zeit. Vor der Kant-Universität neben dem Kantdenkmal gab Professor Iwan Koptzew den Reiseteilnehmern einen kurzen Einblick in das Leben des großen Philosophen und sein Erbe für das heutige Universitätsleben.

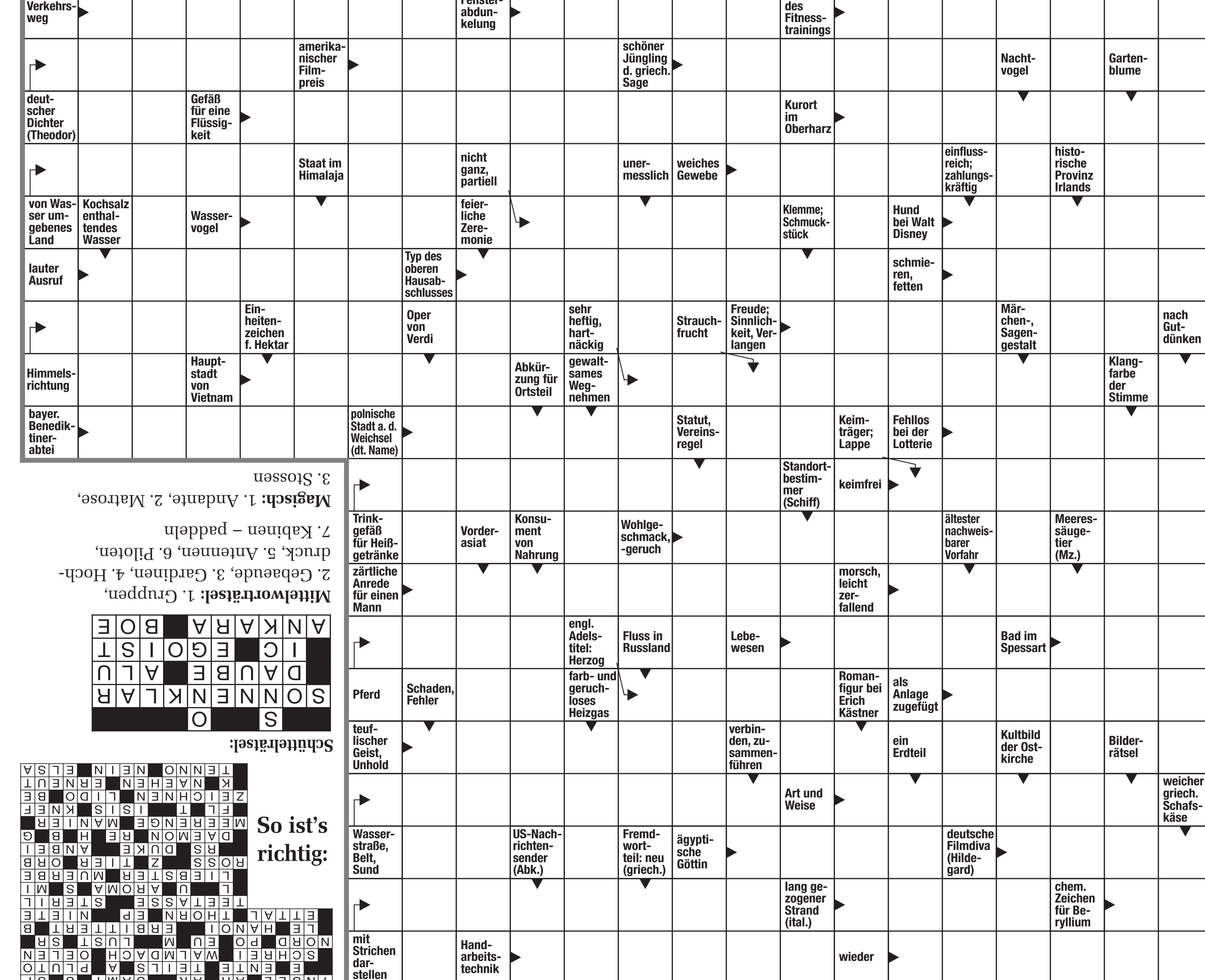
Auf dem Königsberger Paradeplatz wurde sodann der Lasch-Bunker besichtigt. Hier wurde vom letzten Kommandanten Königsbergs, General Otto Lasch, am 9. April 1945 die Kapitulation der Stadt besiegelt. Die sogenannte „Festung Königsberg“ lag am Ende des von den Nationalsozialisten entfesselten Weltenbrands in Schutt und Asche. Die letzte Station in Königsberg war ein Besuch im Krankenhaus Barmherzigkeit und ein kurzes Gedenken auf dem Ehrenfriedhof. Welches Leid sich an dieser Stätte abgespielt hatte, ist eindrucksvoll in Graf Lehndorffs ostpreußischem Tagebuch nachzulesen.

Der sechste Tag wurde den Reiseteilnehmern zur freien Verfügung überlassen. Die Mehrzahl entschied sich für einen erneuten Königsbergbesuch, kehrte in den legendären Hallen des Zentralmarkts ein, fuhr an den roten Backsteintoren, einem Teil des alten Befestigungsringes, vorbei und ließ es sich nicht entgehen, auf dem Rückweg nach Rauschen die pompöse Putin-Sommerresidenz in Neukuhren mit eher skeptischen Blicken zu betrachten. Der letzte Reisetag klang aus mit einem von der russischen Köchin Ljuba bereiteten Essen – Königsberger Klopse. Dabei wurde der obligatorische Wodka ausgeschenkt.

Während der gesamten Reisewoche stand der Gruppe der aus Moskau stammende, jetzt in Palmnicken lebender Reiseleiter Evgenij Snegowski zur Verfügung. Er ist eine kenntnisreiche, geschichtsbewusste, liebenswerte und humorvolle Persönlichkeit. Während längerer Fahrtstrecken wusste er die Reisegruppe mit ostpreußischem Humor in typischer Mundart bei Laune zu halten.

Ausgestattet mit einem tiefen Einblick in die Geschichte Königsbergs und des Samlandes, beeindruckt von prachtvollen Naturschönheiten und nachdenklich gestimmt über die jahrzehntelange und anhaltende Vernachlässigung dieses Landstriches, kehrte die Gruppe positiv strapaziert, aber wohlbehalten zum Ausgangsort Versmold zurück.

Hans Schulze Wartenhorst



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

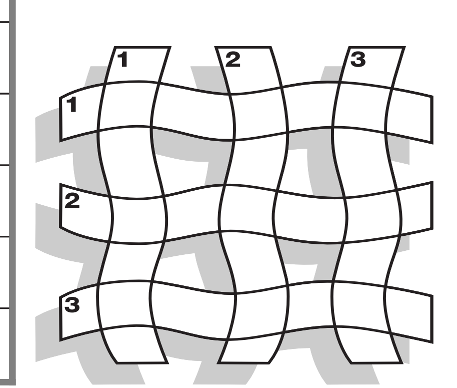
AEKLN NNORS	DINO		ACKNS	BEER		AEGNO	ABIL	ALOS	ERTU
ABDEU						ALU			
AAAK NR			EGIO ST						
						BEO			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein anderes Wort für Kanu fahren.

Nr.	links	Mittelblock	rechts
1	REISE		LEITER
2	BANK		TEIL
3	STOFF		STANGE
4	BLUT		GEBIET
5	RADIO		MAST
6	TEST		SCHEIN
7	WAHL		KOFFER

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 langsames Musikstück
2 Seemann
3 Disziplin beim Gewichtheben

»Mit visionärer Vorraussicht«

Als Bundestagsabgeordneter war es sein Abschiedsbesuch – Klaus Brähmigs Rede zur Gründung des Jagdmuseums vor 60 Jahren

Groß sind die Verdienste, die sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus Brähmig um das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg erworben hat. Anläßlich der Gedenkfeier zur Gründung des Vorläufers, des Ostpreußischen Jagdmuseums vor 60 Jahren (siehe *PAZ* 43, Seite 19) sprach er ein Grußwort. Die PAZ druckt es in einer leicht gekürzten Version.

Vor 60 Jahren gründete Ihr Gatte, verehrte Frau Dr. Loeffke, Hans Loeffke, mit weiteren Mitstreitern den Verein „Ostpreußisches Jagdmuseum – Wild, Wald und Pferde Ostpreußens e. V.“. Damit legte er, der aus Tilsit stammte, den bedeutsamen Grundstein für das heutige Ostpreußische Landesmuseum. Eine Institution, die für die Bewahrung, Aufarbeitung und Präsentation des historischen Erbes Ostpreußens von zentraler Bedeutung ist und gerade auch deshalb aus der Pflege der heutigen, auf die Gegenwart und Zukunft gerichteten Beziehungen nach Ostpreußen nicht mehr wegzudenken ist.

Ostpreußen in seiner europäischen Dimension zu verstehen und auf der Grundlage dieses Verständnisses Brücken zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation in der Oblast Kaliningrad zu bauen ist ein wichtiger Auftrag – vor allem auch vor dem Hintergrund der politischen Gegenwart in der Region.



Brähmig in Lüneburg: „Gemeinsam versucht Themen zu bewegen – und das nicht immer ohne Erfolg“ Bild: privat

Die alte Heimat vieler Deutscher, heute zwischen Polen, Russland und Litauen geteilt, wird vor Ort meist nur aus dem eigenen, nationalen Blickwinkel der Länder aus betrachtet. Die Aufgabe, Ostpreußen Länder- und damit Grenzen übergreifend als geschichtliche Einheit zu behandeln und präsent zu machen, fällt heute vor allem Deutschland zu. Aus diesem Grunde ist es der visionären Voraussicht von Persönlichkeiten wie Hans Loeffke zu verdanken, dass das heutige Museum auf dem Nukleus des „Ostpreußischen Jagdmuseums“ aufbauen und ein breites Spektrum an Ostpreußen betreffenden Themenlagen abbilden kann.

Erinnerte das „Ostpreußische Jagdmuseum“ seinerzeit vor allem an den namensgebenden und mit Ostpreußen so eng verbundenen Bereich der Forstwirtschaft und Hege und Pflege seines Wildes, so ist heute von Geschichte und Landeskunde Ostpreußens bis hin zu Kunst und Kultur sowie politisch bedeutsamen Stationen eine große Bandbreite an Themen abgedeckt. Mit der jüngsten Erweiterung des Museums richtet sich der Blick auch verstärkt auf die Geschichte der Deutsch-Balten, wozu Lüneburg als Sitz der Carl-Schirren-Gesellschaft im „Brömsehaus“ sicherlich der prädestinierte Standort ist.

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir aber vor allem mit einem weiteren Erweiterungsschritt dafür Sorge tragen, dass die mit Ostpreußen und der früheren Provinzhauptstadt Königsberg so grundlegend verbundenen Namen wie Immanuel Kant und Käthe Kollwitz und deren internationale Strahlkraft in Ihrem Hause, lieber Herr Dr. Mähnert, noch aussagekräftiger präsentiert werden können. Der Bund hat seinen Förderanteil an den Baukosten für diesen dritten Bauabschnitt in Höhe der notwendigen 5,6 Millionen Euro bereits im Bundeshaushalt 2017 bereitgestellt. Hier gilt mein besonderer Dank an die Haushälter der Unionsfraktion, namentlich Rüdiger Kruse und Eckhard Rehberg, die uns unermüdlich und mit großer Empathie unterstützt haben.

Durch weitere Initiativen wie eine „Kant-Dekade“ bis zum Jahre 2024 und Projekte wie einer deutsch-russischen Gemeinschafts-Briefmarke zum 300. Geburtstag des Königsberger Philosophen könnte das Verbindende und nicht das Trennende in unseren Beziehungen zu Russland unterstrichen werden.

Eines wird mit dem heute zu würdigenden 60. Jahrestag der Gründung des „Ostpreußischen Jagdmuseums“ nur zu deutlich: Der große Beitrag, den die deutschen Heimatvertriebenen und die Flüchtlinge aus dem deutschen Osten für die Erinnerungskultur in Deutschland geleistet haben und bis heute leisten. Und den großen Anteil, der eben dieser Bevölkerungsgruppe an der Entwicklung unserer heute freundschaftlichen Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn zukommt. Ein herzliches „Vergelt's Gott Ihnen allen!“

Überall in Ostpreußen sind diese Beispiele zu finden: Ob an der Kirche von Groß Legitten, wo an den finanziellen Beitrag der Landsmannschaft Ostpreußen zum Wiederaufbau erinnert wird, oder in Tolkemit am Frischen Haff, wo eine 1947 vertriebene und nach der politischen Wende in ihre alte Heimat zurückkehrte deutsche Bewohnerin unlängst mit der Ehrenbürgerwürde der heute polnischen Stadt Tolmitzko ausgezeichnet wurde.

> Die Ostpreußische Kulrurstiftung hat großartiges geleistet

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist heute das letzte Mal, dass ich als Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion zu Ihnen spreche. Gerne hätte ich mein parlamentarisches Wirken für die Themen des historischen deutschen Ostens auch in der nun bevorstehenden und schwieriger werdenden Wahlperiode des Parlaments fortgesetzt. Die Wähler in meiner sächsischen Heimat haben anders entschieden.

Und so möchte ich diesen Nachmittag auch dazu nutzen, Dank zu sagen: An Sie, lieber Herr Dr. Mähnert, mit dem unsere Gruppe eine langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit verbindet, aber auch an Sie Frau Dr. Loeffke und die Herren Carl und Hilgendorff, mit denen wir gemeinsam versucht haben, die Themen zu bewegen – und das nicht immer ohne Erfolg!

Wenngleich ich weiß – liebe Frau Dr. Loeffke – Stichwort Kulturstiftung der Vertriebenen – dass auch künftig große Aufgaben auf uns warten. Und dass die „Ostpreußische Kulturstiftung“ bei der Bereitstellung der Museumsräumlichkeiten hier in Lüneburg Großartiges und vor allem Großzügiges leistet und schon alleine aus diesem Grunde ein größeres finanzielles Entgegenkommen der öffentlichen Hand im Lüneburger Museum nur allzu geboten wäre. Für mich ist eines klar: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Dies gilt gerade und zuvörderst für eine unionsgeführte Bundesregierung und insbesondere auch für den Themenbereich des verlorenen deutschen Ostens.

Es freut mich sehr, dass mein Kollege und Ihr Repräsentant Lüneburgs im Deutschen Bundestag, Eckhard Pols, sich bereit erklärt hat, den Vorsitz der Gruppe der Vertriebenen unserer Fraktion von mir zu übernehmen. Daher habe ich eine Bitte an Sie: Unterstützen Sie Eckhard Pols genauso, wie Sie mich und unsere Gruppe in den zurückliegenden Jahren unterstützt haben.

Ihnen allen wünsche ich auch weiterhin viel Kraft und Erfolg und nicht zuletzt Gottes Segen bei Ihrem Einsatz für die Geschichte, Gegenwart und Zukunft Ostpreußens. Es war mir eine Freude und Ehre zugleich, gemeinsam an der Pflege dieses kulturellen Erbes arbeiten zu dürfen und zu können. Herzlichen Dank!

Bären, Wölfe und Wisente

Jagd und Jäger in Ostpreußen, Teil II

Der leitende niedersächsische Forstdirektor Horst F. Buchalsky (62) ist ein profunder Kenner der einzigartigen Natur Ostpreußens, ihrer Tiere und der dortigen Jagdverhältnisse. Dass er auch fesselnd und unterhaltsam darüber berichten kann, zeigte er anlässlich der Gedenkveranstaltung zur Gründung des Ostpreußischen Jagdmuseums vor 60 Jahren (siehe PAZ 43, Seite 19). Die PAZ veröffentlicht seinen Vortrag „Jagd und Jäger in Ostpreußen – einst und heute“. in mehreren Teilen. Lesen Sie hier den zweiten Teil.

Insbesondere auf den Internationalen Jagdausstellungen 1880 in Budapest, 1890 in Graz, 1910 in Wien, 1930 in Leipzig und 1937 in Berlin zeigte sich vor allem beim Rot-, Elch- und Rehwild die Leistungsfähigkeit ostpreußischer Reviere. Sie waren unter anderem ein wesentlicher Grund der außerordentlichen Wertschätzung und Anerkennung ostpreußischer Hege- und Jagderfolge.

Dass dieses nicht selbstverständlich und immer so war, geht aus einem Bericht des Oberregierungs- und Forstrat Müller bei der Regierung in Königsberg aus dem Jahr 1929 hervor mit dem Titel „Aus der Geschichte des ostpreußischen Wildes“. Forstrat Müller begründet die besonderen Verhältnisse in der Provinz Ostpreußen im Vergleich zum übrigen Deutschland damit, dass hier durch die abgelegene Lage, durch Klima und Standort (also durch die Biotopverhältnisse), durch eine geringere Bevölkerungsdichte einhergehend mit einer extensiveren Landbewirtschaftung sich eine größere Ursprünglichkeit von Natur und Landschaft bis ins 19. und 20. Jahrhundert hinein erhalten konnte, die sich positiv auf die Entwicklung aller Wildarten ausgewirkt habe. Dieses sei anders zu bewerten, als in Gegenden mit älterer Landeskultur, wo die Wildarten schon viel früher durch menschliches Wirken unter Druck gerieten.



Reviergang am Dobensee im Kreis Angerburg Bild: Archiv

Er beschreibt dann aus ihm vorliegenden Unterlagen, Berichten und Ausführungen von Autoren des 19. Jahrhunderts sowie aus der eigenen Archiv- und Aktenlage in Königsberg die Entwicklung einiger bedeutender Wildarten in Ostpreußen: Der letzte westfälische Bär ist danach schon im Jahr 1446, der letzte thüringische 1686 erlegt worden, im Fichtelgebirge ein vermutlich zugewanderter 1769.

In Ostpreußen war der Braunbär im gesamten Mittelalter sehr häufig. Sein Fleisch bildete nach den vorliegenden Aufzeichnungen in gesalzenem und geräucherten Zustand ein wichtiges Nahrungsmittel der Ordensburgen und er war durch sein Berauben der Bienenstöcke der Wildimkern sehr lästig.

Markgraf Johann Sigismund, dessen Streckenverzeichnis erhalten geblieben ist, erlegte 1612 bis 1619 38 Bären. Noch 1725 ist der Bär nach den amtlichen Revierbeschreibungen Standwild im nördlichen Ostpreußen bis in die Rominter Heide und Wechselwild bis zur Weichsel.

In den größeren Wäldern werden Bärenfänge aufgestellt. Die Waldbeschreibungen ab 1780 erwähnen den Bären dann nicht mehr als Standwild. Allerdings wurden 1800 und 1806 in der Borkener Heide Bären erlegt, vermutlich aber „Einwanderer“ aus Litauen oder Polen.

Forstrat Müller betrachtet dann den Wolf, ein Thema, welches uns aktuell in Niedersachsen stark bewegt, um schon einmal einen Ausblick auf das „Heute“ zu werfen. Müller stellt fest, dass es bis zum Jahre 1800 im Osten der Provinz Ostpreußen noch mehr Wölfe gab als Hasen oder Rehe. In der Rominter- und der Johannisburger Heide sind bis 1880 regelmäßig Jungwölfe geworfen worden und er geht anhand seiner Unterlagen davon aus, dass erst um die Jahrhundertwende (also um 1900) Ostpreußen von Wölfen frei war. Kriege und andere Ereignisse, die eine zusätzliche Zuwanderung aus dem Osten begünstigten, hatten zur Folge, dass die latente Anwesenheit der Wölfe auf die Wirtschaftsverhältnisse der Landbevölkerung erheblichen Einfluss hatte, insbesondere bei Verlusten von Weidevieh. Nach Berichten aus den Ämtern Ragnit und Insterburg wurden allein in den Jahren 1696/97 477 Pferde, 162 Stück Rindvieh, 679 Schafe und Ziegen und 226 Schweine Opfer von Wölfen.

> Der Wolf war bis 1929 ein ständiger Faktor

Bei Situation und Lage Ostpreußens beschreibt der Autor 1929 den Wolf als ständigen Faktor hinsichtlich des Einflusses auf die Wildbestände und als Gefahr für das Weidevieh. Er betrachtet die Wolfsregulierung als Daueraufgabe der Forst- und Jagdbehörde. – Daran hat sich bis heute im Osten nichts geändert.

Über den Wisent, der in Ostpreußen nur Auer genannt wurde, schreibt Forstrat Müller, dass er wohl neben dem Elch in der Provinz die weitverbreitetste Wildart gewesen sei, aber schon bei Eintreffen des Ritterordens durchaus nicht mehr überall zu finden und Ende des 16. Jahrhunderts nur noch auf die östlichen Gebiete beschränkte gewesen war. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts wird der Rest in den Wäldern um Labiau (nordöstlich von Königsberg) an Fütterungen konzentriert. Dieses geschah vornehmlich zur Erleichterung des Einfangens; denn der ostpreußische Wisent bildete ein viel erwünschtes und viel gewährtes Geschenk an auswärtige Machthaber und Potentaten. 1717 bis 1739 sind 28 Stück des spärlichen Bestandes eingefangen und verschickt worden. Dieser Fang hat wahrscheinlich bei der endgültigen Ausrottung eine ebenso große Rolle gespielt, wie die immer wieder ausgeübte Wilderei. Dieser fällt der letzte Wisent 1755 in der Oberförsterei Leipen (nordwestlich von Insterburg) zum Opfer. Der wesentlichste Grund aber für das Aussterben des Wisents in Ostpreußen dürfte in der zunehmenden Inanspruchnahme der freien Äsungsflächen, der Wiesen und flachen Niedermoore, durch die wachsende Bevölkerung gewesen sein.

Die Entwicklung des Rot- und Elchwildes war ebenfalls bis zum Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts ausgesprochen wechselvoll. Auch wenn die Bestände um 1800 bei beiden Edelwildarten sehr stark dezimiert waren und sich die Frage ihrer weiteren Existenz durchaus stellte, konnte durch das Eingreifen von verantwortlichen Forstleuten ihre Ausrottung verhindert werden.

Dieses wurde möglich mit dem Aufbau einer neu organisierten und geregelten Forstverwaltung im Rahmen der preußischen Reformen ab 1806 und nach der napoleonischen Herrschaft, die 1813 endgültig endete. Daran hatte im Wesentlichen der Oberlandforstmeister Georg Ludwig Hartig herausragenden Anteil. Darüber hinaus wirkte sich positiv der Aufbau von forstlichen Meisterschulen seit Mitte des 18. Jahrhunderts und die Gründung der Forstlichen Akademie 1830 in Eberswalde (östlich von Berlin) durch den Oberforstrat Wilhelm Pfeil auf das praktische Wirken von Oberförstern und Förstern in Preußen gepaart mit einer entsprechenden Dienst- und Pflichtauffassung zum Wohle von Wald und Wild aus. Die Oberförsterei Pfeilswalde in Masuren (Landkreis Sensburg), die noch heute besteht, erhielt ihren Namen zu Ehren des ersten Akademiedirektors Wilhelm Pfeil.

Aus dieser pflegenden und hegenden Tätigkeit heraus, verbunden mit praktischem, wissenschaftlich fundiertem Können und Wissen, entwickelte sich über vier Förster- und Jägergenerationen in Ostpreußen das, was an Wildbeständen und Waldbildern seit Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1945 aufgrund des Erfolges weit über die Provinzgrenzen hinaus anerkennend bewundert wurde.

Lesen Sie in der nächsten Ausgabe mehr über Görings kurzsichtige Jagd auf „kapitale Elchschaufler“ und die Rominter Heide als eines der bedeutendsten Rotwild-Spitzenreviere..

Sieg der Alternativen ist das Verdienst alternativloser Parteien

Zu: Sturm über „Jamaika“ (Nr. 42)

Zunächst muss nochmals festgestellt werden, dass bei der Bundestagswahl die CDU/CSU, SPD, Linke und Grünen zum Teil erhebliche Verluste eingefahren haben. Die einzigen Gewinner sind die FDP und die AfD.

Bei der Niedersachsenwahl haben die CDU, Grünen, FDP nicht unerhebliche Verluste erlitten. Gewinner sind die Linken (wenn es auch trotzdem für den Landtag nicht gereicht hat) und die AfD. Werden CDU/CSU (insbesondere die Bundeskanzlerin), SPD (auch wenn es in Niedersachsen gut gelaufen ist), Grüne und Linke daraus lernen, sind sie lernwillig? Erhebliche Zweifel sind angebracht.

Herr Trittin hat kurz nach der Niedersachsenwahl erklärt, dass es schwierig ist mit einer Partei (gemeint ist die CDU) Gespräche zu führen, die so hohe Verluste eingefahren hat. Was selbstverständlich auch für die Verhandlungen auf Bundesebene gelte. Das sagt der Vertreter einer Partei, die ebenfalls „Federn“ lassen musste. Eine Partei, die derzeit auch über wenig geeignete Führungskräfte verfügt. Eine Partei, die möglicherweise durch Unvermögen verhindert, dass Herr Weil Ministerpräsident bleibt. Eine Partei, die auf Bundesebene alles tun wird, um an die Macht zu kommen.

Die Grünen haben mit ihren langweiligen Sprüchen nichts erreicht. Es bleibt abzuwarten, wie weit sich die Union, insbesondere Kanzlerin Angela Merkel, und Grüne sich gegenseitig anbiedern, um an der Macht zu bleiben oder zu kommen. Und bei der „Reichenpartei“ FDP bleibt abzuwarten, ob sie wirklich so konsequent bleibt. Oder ob alles nur Trommelei ist.

Auch wenn die AfD in Niedersachsen ein trauriges Bild abgegeben hat, ist sie aus dem Stand in den Landtag gekommen. Ohne die ständigen Querelen in der AfD hätte sie auf Bundesebene noch besser abgeschnitten. Dass die AfD insgesamt ein so gutes Ergebnis erzielt hat, ist nicht ausschließlich ihr Verdienst. Alle anderen Parteien haben maßgeblich dazu beigetragen. Sie haben es versäumt, auf demokratischem Wege den Menschen das wahre Gesicht der AfD zu zeigen (wobei manche Themen im Ansatz durchaus diskussionswürdig sind). Die anderen Parteien sollten hoffen, dass sich das nicht rächt.

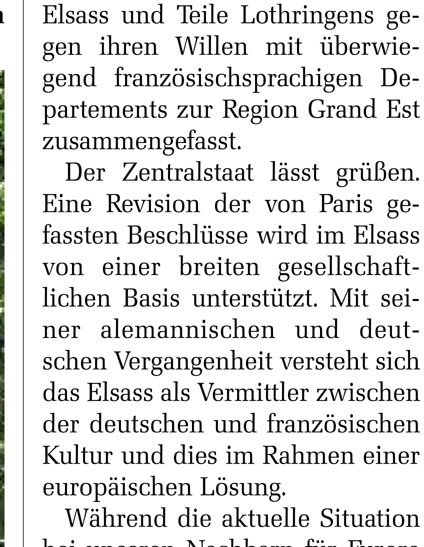
CDU/CSU, Grüne und FDP sollten nicht nur auf die FPÖ in Österreich schauen, sondern auch auf die Wahlen in Tschechien. Hier wird eine weitere euroskeptische Regierung an die Macht kommen. **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Was ist Grand Est?

Zu: Prominente für Region Elsass (Nr. 41)

Der ehemalige französische Staatspräsident François Hollande und seine Sozialisten haben relativ wenig Spuren in der Geschichte hinterlassen. Eine ihrer Hinterlassenschaften während der Regierungszeit, nämlich eine nicht zu Ende gedachte Territorialreform, erhitzt die Gemüter jedoch bis heute. Ohne Rücksicht auf regionale Besonderheiten und Identitäten wurden das zweisprachige Elsass und Teile Lothringens gegen ihren Willen mit überwiegend französischsprachigen Departements zur Region Grand Est zusammengefasst.

Der Zentralstaat lässt grüßen. Eine Revision der von Paris gefassten Beschlüsse wird im Elsass von einer breiten gesellschaftlichen Basis unterstützt. Mit seiner alemannischen und deutschen Vergangenheit versteht sich das Elsass als Vermittler zwischen der deutschen und französischen Kultur und dies im Rahmen einer europäischen Lösung.



Während die aktuelle Situation bei unseren Nachbarn für Furore sorgt, vernimmt man hierzulande kaum etwas von relevanter Seite. Jahrein, jahraus hört man von deutschen Arbeitgebern das bekannte Klagelied, sie würden Fachkräfte mit guten Deutschkenntnissen benötigen. Von dieser Seite wäre Unterstützung hoch willkommen.

Doch auch die Politik diesseits des Rheines bleibt erstaunlicherweise stumm. Dabei wird bei allen offiziellen und offiziösen Anlässen die deutsch-französische Zusammenarbeit als Notwendigkeit hervorgehoben und zum Vorbild erklärt. Hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit wie bei so manch anderen Themen, wie zum Beispiel die Pflege, noch weit auseinander. **Roland Grassl, Bühl**

Viele Wasserköpfe

Zu: In den Orkus (Nr. 42)

In Berlin steht ein großes Gebäude mit einer riesigen gläsernen Kuppel, die einem übergroßen Wasserkopf gleicht. Darunter sitzen viele hundert kleine Wasserköpfe, die dem Volk dienen und Schaden abhalten sollen.

Alles schön und gut und nachvollziehbar. Dann kommt der Nachsatz: „So wahr mir Gott helfe.“ Wenn ich das höre, bekomme ich einen dicken Hals. Ich verstehe das so: „Der liebe Gott hat mir nicht geholfen und somit habe ich keine Schuld, wenn etwas danebengeht.“ Das ist eine feine Sache für diejenigen, die den Eid schwören. Oder? Der Satz mit dem „lieben Gott“ ist in meinen Augen so überflüssig wie ein Kropf. Wie wäre es mit Abschaffung? Die kleinen und großen Wasserköpfe würden dann zur Rechenschaft gezogen und müssten Verantwortung übernehmen. Das täte weh.

Leider ist es bald wieder so weit, dass unter der Kuppel dieser Eid geschworen wird mit dem für die Wasserköpfe befriedigenden Nachsatz. **Anke Brandt, Illertissen-Tiefenbach**



Pflanzlicher Zuwanderer: Die Herkulesstaude ist aus dem Kaukasus eingewandert. Willkommen ist sie bei den Gärtnern nicht, weil sie wuchert, heimische Arten verdrängt und man sich ihr wegen ihres Gifts nur mit Schutzanzügen nähern kann Bild: Imago

Eine Willkommens-Analogie zum Pflanzenreich

Zu: Nichts zu dumm (Nr. 39)

Auch der Bundesregierung dürfte bekannt sein: In unseren Breitengraden unterliegen wir seit Menschengedenken Jahr für Jahr einem Klimawandel, nämlich Frühling, Sommer, Herbst und Winter – und das zur Freude des Menschen, der Tierwelt und der gesamten übrigen belebten Natur. Und das wird auch so bleiben, solange sich die Erde dreht. Alles andere ist interessengeleitete Einbildung beziehungsweise Verdummung des Menschen. Sollten sich Ausnahmen ergeben, so ist es wie immer eine Laune der Natur und nichts weiter.

Was kann eigentlich die Herkulesstaude nun dafür, wenn sie von Menschenhand über Umwegen nach Deutschland geschleust wurde. Unsere Bundeskanzlerin würde sagen: „Sie ist nun mal da und wir müssen damit entsprechend umgehen.“ Dies aber dem Klimawandel zuzuschreiben, ist wirklich dumm, wenn nicht gar Volksverdummung.

Sehr merkwürdig: Es ist ja nicht nur die Herkulesstaude, die sich in Deutschland ganz wohl fühlt und sich in Windeseile vermehrt. Alle Menschen, Tiere und Pflanzen suchen sich im Laufe der Zeit einen neuen Lebensraum, um sich zu verbreiten und zu vermehren. Das ist nun mal ein Naturgesetz, und nach der Lehre des Naturforschers Charles Darwin entstehen sogar durch Anpassung ganz neue Arten.

Dem angeblichen Klimawandel zufolge haben sich in jüngster Zeit ganze Völker in der Hoffnung auf Nahrung und Kühlung, kurz gesagt, einem besseren Leben, auf den Weg nach Europa gemacht. Neu daran ist, dass sie von weit entfernten Erdteilen zu uns kommen. Ob ihnen die Anpassung an das hiesige Klima im Norden auch so gut gelingt wie der Herkulesstaude, ist fraglich. Denn hier ist es oft kalt und nass, und es weht trotz „Klimawandels“ ein rauer Wind von Ost. Guter Wille reicht nicht, und auch die christliche Nächstenliebe wird scheitern.

Am Beispiel der USA können wir fast täglich erkennen, wohin die Reise gehen kann, wenn nichts geschieht. **Wilhelm Jäkel, Damme**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Wo die Maronen blühen

Im Hinterland des portugiesischen Alentejo huldigt man im November der Kastanienfrucht auf Festen

Hierzulande sammeln Kinder Kastanien, um sie an Tiere zu verfüttern. Die Portugiesen zaubern dagegen aus den Nussfrüchten kulinarische Spezialitäten. Wenn im Alentejo Erntezeit ist, veranstaltet man dort Kastanienfeste.

Der Rauch unzähliger Feuerstellen zieht durch das kleine portugiesische Bergdorf Marvão, vermengt mit dem Duft gerösteter Kastanien. Publikumswirksam wirbeln Verkäufer die Früchte in großen Eisenpfannen durch die Luft. In spitzen Papiertüten werden sie noch heiß verkauft und im Gehen gegessen.

Das Kastanienfest hier im Norden des Alentejo ist eines der bekanntesten Portugals: Hier leben zwar nur noch 185 Einwohner, aber während der „Festa do Castanheiro“, das in diesem Jahr am 11. und 12. November stattfindet, ist dort fast kein Durchkommen mehr. Auf der einzigen Zufahrtsstraße herrscht ein unlösbar scheinendes Verkehrschaos, Busfahrer sind am Rande des Nervenzusammenbruchs.

Von weither kommen die Besucher, strömen in Scharen durchs Stadttor und durch die verwinkelten Gassen zum alten Stadtkern. Sie nehmen vor den Ständen mit den Esskastanienöfen geduldig längere Wartezeiten in Kauf und lassen sich von beißenden Holzkohleschwaden einräuchern, nur um eine Tüte mit röstfrischen Maronen zu ergattern.

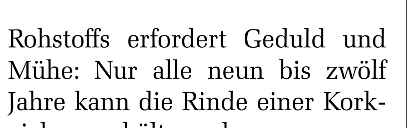
Ob geröstet, gekocht, als Suppe oder in Kuchenform – die braune Frucht bildet den Mittelpunkt des Kastanienfests. Zahlreiche Restaurants in Marvão bieten zu diesem Anlass Menüs mit Maronen-Spezialitäten an. Dazu wird kräftiger, roter Alentejo-Wein gereicht.

Auch auf den Straßen ist einiges los. Gaukler und Musiker ziehen durch die engen, kopfsteingepflasterten Gassen und zaubern trotz der kühleren Herbsttemperaturen eine lustige und warme Atmosphäre. An mehreren Dutzend Ständen kann man Kunsthandwerk aus der Region kaufen.

Alentejo, das „Land jenseits des Tejo“, nennen die Portugiesen das Gebiet, das im Norden von dem bei Lissabon träge ins Meer fließenden Rio Tejo, im Süden von der Algarve, im Osten von Spanien und im Westen vom Atlantik begrenzt wird. Eine weite, nahezu riesige Region, die knapp ein Drittel der portugiesischen Festlandsfläche umfasst, aber fast überall nur dünn besiedelt ist. Zum Vergleich: Das Bundesland Nordrhein-Westfalen ist nur wenig größer als diese Region – und doch leben dort mehr als 20-mal so viele Menschen.

Einst galt vor allem der Süden des Alentejo als Kornkammer Portugals. An diesem Charakter hat sich wenig geändert, auch wenn sich die schier endlosen Getreidefelder, auf deren Hügeln oft Korkeichen oder Olivenbäume stehen, inzwischen mit immer weiter wachsenden Weinfeldern und Viehweiden abwechseln. Eine Landschaft, durch die man Stunden fahren kann, vorbei an friedlich weidenden Pferden, über kleine Flüsse und durch Dörfer mit kleinen, strahlend weiß gekalkten Häusern. Eine Region, in der im Hochsommer das Leben wegen der Hitze meist erst am Abend richtig erwacht. Daher bietet sich jetzt im Herbst ein Besuch bei gemäßigten Temperaturen um 17 Grad Celsius an.

Der Norden des Alentejo bietet ein Kontrastprogramm: Hier sind die Hügel steiler, bewachsen mit Stein- oder Korkeichen. Apropos Korkeichen: Für viele Alentejanos sind die größten zusammenhängenden Korkeichenwälder der Welt nicht nur ein Naturschauspiel, sondern Teil ihrer Lebensgrundlage. Nach wie vor ist Kork – beliebt als Flaschenverschluss wie als Dämm-Material – ein wichtiger Exportartikel Portugals. Die Gewinnung des wertvollen Rohstoffs erfordert Geduld und Mühe: Nur alle neun bis zwölf Jahre kann die Rinde einer Korkeiche geschält werden.



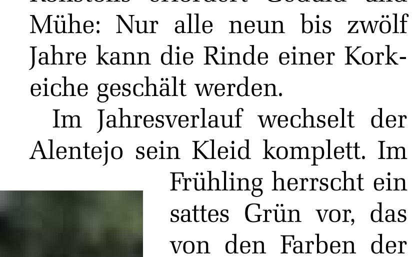


Bild: Guballa



Bild: Visit Alentejo

Zeigt sich auch im Herbst von seiner sonnigen Seite: Marvão. Oben rechts: Eine Handvoll Maronen

Im Jahresverlauf wechselt der Alentejo sein Kleid komplett. Im Frühling herrscht ein sattes Grün vor, das von den Farben der üppig blühenden Blumen unterbrochen wird. Wie ein Schleier legen sich dann blaue oder gelbe Blütenteppiche über die riesigen Weideflächen. Im Sommer werden die Getreidefelder gelb. Und wenn der trockene Boden im Herbst umgepflügt wird, taucht plötzlich ein kräftiges Rotbraun in der Landschaft auf.

Es ist eine Gegend, in der große Felsblöcke optische Akzente setzen und auf deren höchsten Hügeln die Menschen schon vor Jahrhunderten wehrhafte Städte errichtet haben, von deren Burgmauern der Besucher den Blick weit über das Land schweifen lassen kann. So wie das wie ein Adlerhorst auf einem hohen Fels klebende Marvão. Mit Blick auf den Nachbarort Castelo de Vide hat der verstorbene, große portugiesische Dichter und Literatur-Nobelpreisträger José Saramago einmal geschrieben: „Von Castelo de Vide sieht man Marvão. Von Marvão aus aber sieht man die ganze Welt.“ *Andreas Guballa*

Anreise: Die internationalen Flughäfen Faro und Lissabon werden von allen großen Fluglinien sowie einigen Billigfliegern angeflogen. Um von dort das Alentejo zu entdecken, empfiehlt sich die Fahrt mit einem Mietwagen. Weitere Informationen unter: www.visitalentejo.com

Braunes Gold der Dolomiten

Für die einfachen Leute war die Kastanie im Mittelalter ein stärkereiches Grundnahrungsmittel, unter vorgehaltener Hand wurde sie aber auch als Aphrodisiakum gehandelt. Auch Hildegard von Bingen sang im 12. Jahrhundert ein Loblied auf die Kastanie: „Sie ist ihrer Natur nach sehr warm, hat eine große Kraft in sich und bezeichnet die Weisheit.“

Heute gilt die Kastanie als „braunes Gold“ aus den südlichen Eisacktaler Dolomiten zwischen Brixen und Bozen, das im Herbst viele Genießer anreisen lässt. Bei den 21. Keschtniglwochen, die bis zum 5. November im Kastaniendorf Feldthurns laufen, kann man auf den traditionellen Törggele Märkten neue Kastaniensorten- und -produkte ausprobieren. Oder man wandert auf dem 65 Kilometer langen Eisacktaler Keschtnweg, wo man in Gasthöfen und Buschenschänken einkehren kann. Die reifen Kastanien sind überall auf den Speisekarten der Gasthäuser zu finden: in Form von Gnocchi, Pasta, Brot, Polenta und Gebäck und natürlich auch als Süßspeisen wie Mousse, Soufflé, Eiscreme und Marrons Glacés.

Den Abschluss der Keschtniglwochen bildet wie immer der „Keschntigl-Sunntig“ in den Feldthurner Dorfgassen mit Spezialitäten aus der bäuerlichen Küche und dem Weinkeller. Infos im Internet zu den Feriengemeinden Klausen, Barbian, Feldthurns und Villanders: www.klausen.it *tws*



Beim „Keschtnbraten“ Bild: Tourismusverein Klausen/Barbian/Feldthurns/Villanders

Schlafkarussell auf Kufen

Ein gläserner Gast – Romantisches Hüttenerlebnis in den Dolomiten

Der Wanderer, der in den Dolomiten von der berühmten Felsformation „Fünf Türme“ kommend in 2400 Metern Höhe unterwegs ist, stößt unverhofft – auf ein Schlafzimmer. Berghütten, in denen man übernachten kann, sehen irgendwie anders aus. Nicht so wie diese winzige Hütte, die samt Dach rundum verglast ist, in der sich anscheinend nur ein Bett befindet, die dazu noch auf Kufen steht und darauf wartet, vom steilen Hang sofort herabzurutschen.

Eine Kunstinstallation, die an Schneewittchens gläsernen Sarg erinnert, macht in dieser Höhe und an diesem einsamen Ort, wohin sich außer Wanderern höchstens ein paar Gämse verirren, keinen Sinn. Wäre sie als futuristische Jägerhütte gedacht, in der man gut Kuscheln kann, würde wohl jeder sofort einen Jagdschein machen. Dann wäre die Hütte voll.

Jetzt ist sie leer. Durch die Panoramafenster ist nur ein gemachtes Bett zu sehen, dazu ein aufgeräumter Tisch mit zwei Bänken. Und ein Hinweis auf den Besitzer und Erbauer: Raniero Campigotto vom Rifugio Col Gallina.

Das Rifugio, wie die Berghütten hier in der Alpenregion Venetien heißen, liegt einige hundert Meter tiefer an der Talstraße nach Cortina d'Ampezzo, ist aber in den Dolomiten eine der höchstgelegenen, die man mit dem Auto erreichen kann. Auf dem Weg hinab stößt der Wanderer noch auf einen weiteren Glaskasten: etwas kleiner als der obere, aber ebenfalls mit einem Bett ausgestattet und ebenso auf Kufen stehend.

Zum Rifugio unten am Fuße des 2770 Meter hohen Berges Lagazuoi ist es nach dem langen Wandertag nicht mehr weit. In einem der höchst komfortablen Schlafräume ist nach einem köstlichen Drei-Gänge-Menü die Übernachtung geplant. „Sie können die Nacht auch oben am Berg in unserem Starlight-Raum verbringen“, schlägt Raniero, den wir Rainer nennen dürfen, vor.

Vor wenigen Jahren kam er auf die Idee, separate Schlafhütten oberhalb seines Rifugios zu erbauen. Die Gäste chauffiert er mit seinem Geländewagen nicht nur den steilen Berg hinauf – im Winter nutzt er dazu ein kettenbetriebenes Schneefahrzeug –, sondern er fährt auch ein mehrgängiges Abendessen hoch, das höchsten Ansprüchen genügt.

Der Clou aber ist, dass die Hütte langsam um die eigene Achse rotiert. Berge und Sternenhimmel scheinen sich wie bei einer Karussellfahrt zu bewegen. In der Dämmerung kann man vom Bett aus das berühmte Abend- sowie Morgenglühen der Dolomiten erleben. Es hat auch seinen Preis: 500 Euro kostet die Nacht im elf Quadratmeter großen Starlight-Raum, 300 Euro in der etwas kleineren Hütte darunter. Weil die Standorte an einer Skipiste liegen, zieht Rainer seine patentierten Hütten auf den Kufen im Winter an einen anderen Ort, wo Ruhe herrscht und wo man unbeobachtet ist.

Rainer plant bereits den Bau weiterer Glasrefugien, die natürlich auch eine Minitoilette haben und in denen es dank Solarheizung kuschelig warm ist. Das Konzept ist gefragt. Der Romantikfaktor kommt besonders bei jungen Paaren gut an, die hier flittern wollen. Bei den Wanderern aber auch, die in der totalen Stille einen erholsamen Schlaf finden. *Harald Tews*

Adresse: Passo Falzarego, 2, I-32043 Cortina d'Ampezzo (BL), Telefon (0039) 3394425105, www. rifugiocolgallina.com



Bild: tws

Zimmer mit Aussicht: Wohlgebettet am Lagazuoi

Licht ins Dunkel

Potsdam wird bunt – Auf zum nächtlichen Lichterfest im November

Berlin macht es seit Jahren erfolgreich vor, Potsdam zieht jetzt nach: Vom 3. bis 5. November feiert auch die brandenburgische Landeshauptstadt ein stadtweites Lichtspektakel. Jeweils von 17 bis 23 Uhr werden die schönsten Plätze und Sehenswürdigkeiten aber nicht nur leuchten – sie erzählen auch Märchen und Geschichten, laden zum Mitmachen ein und regen die Phantasie an.

So verwandelt sich das Lustschloss Belvedere auf dem 76 Meter hohen Pfingstberg im Norden von Potsdam in eine fantasievolle Märchenwelt, in der Aschenputtel wie auch Dornröschen wunderbar die Hauptrollen spielen. Das historische Pfingstberg-ensemble mit Schloss, Pomonatempel und Park wurde von 1992 bis 2005 wieder aufgebaut und gehört heute zu den romantischsten Ausflugszielen der Stadt.

Wiege des Potsdamer Lichterfestes ist das Holländische Viertel. Schon im vergangenen Jahr präsentierte es sich auf Niederländisch mit „Een Lichtspektakle“ im Farbenrausch und lockte rund 20000 Besucher an. Das von 1732 bis 1742 für holländische Siedler erbaute Backsteinareal mit seinen 134 Häusern gilt als die einzige geschlossene holländische Siedlung außerhalb der Niederlande. Und mit ihren kleinen Kneipen, Cafés, Galerien, Boutiquen, Kunsthandwerker- und Antiquitätenläden versprüht sie einen ganz besonderen Charme und wird mit einem bunten Lichtermarkt das Zentrum des Potsdamer Lichtspektakels bilden.

Ganz in Pink wird sich das Potsdamer Filmmuseum präsentieren, das sein Domizil im ehemaligen Reitstall der Preußenkönige hat und die rund 100-jährige Geschichte des Medienstandortes Babelsberg erzählt. In den Babelsberger Studios sind seit 1912 über 3000 Kino- und Fernsehfilme entstanden, darunter die Klassiker „Metropolis“ und „Der blaue Engel“. In den vergangenen Jahren haben Regisseure wie Roman Polanski („Der Pianist“) und Quentin Tarantino („Inglourious Basterds“) in Babelsberg produziert. Hollywood-Stars wie Susan Sarandon, Tom Cruise (als Claus Schenk Graf von Stauffenberg in „Operation Walküre“), Tom Hanks und Matt Damon standen hier vor der Kamera.

Ein Geheimtipp des Lichtermeers aber dürfte der historische Winzerberg am Park Sanssouci sein, der sich in ein leuchtendes Blütenkleid hüllen wird. Noch vor wenigen Jahren fristete der Berg mit seinem imposanten Triumphtor einen Dornröschenschlaf, war verfallen und überwuchert. Doch seit 2005 wird die historische Terrassenanlage von engagierten Bürgern wieder aufgebaut.

Leuchtende Bienen in den Bäumen weisen vom Winzerberg aus den Weg zum blau angestrahlten neogotischen Nauener Tor, wo das Lichtspektakel, dessen Schirmherr die IHK Potsdam ist, am 3. November, 17 Uhr, feierlich eröffnet wird. „Wir sind sehr stolz, dass es uns bereits in diesem Jahr gelungen ist, über 20 Objekte zu illuminieren und eine Vielzahl begleitender Performances und Mitmachaktionen in Potsdam anzubieten“, freuen sich die Initiatoren Alice Paul-Lunow und Andreas Boehlke. Beide hatten übrigens auch die Projektleitung für das Berliner Lichtkunstfestival im Oktober inne. *Barbara Eising*

Weitere Informationen: www.potsdamer-lichtspektakel.de, www.potsdam-im-Licht.de



Bild: Karina Birk

Am Nauener Tor wird das Lichterfest eröffnet

Facettenreiches Werk zum Thema Reformation

Mehr oder weniger gelungen, mehr oder weniger ahistorisch-politisch vereinnahmend wird zur Zeit der Reformation gedacht. In seiner Bedeutung ist dieses komplexe Geschehen kaum zu überschätzen. Neben anderen Entwicklungslinien stellt es den wohl am meisten im allgemeinen Gedächtnis verankerten Ausgangspunkt für die bis heute anhaltende Spaltung des Christentums dar. Fixpunkt ist der 31. Oktober 1517, der sich nun zum 500. Mal jährt. Es handelt sich um das Datum des legendären Thesenanschlags Martin Luthers am Portal der Wittenberger Schlosskirche. Neu aufgelegte oder erarbeitete, oft dickleibige und das – nicht selten allzu moderne – Deutungsinstrumentarium voll ausschöpfende Biografien über den Reformator sind Legion.

Mitunter gibt es allerdings ein Lesepublikum, welches nicht vom Fach ist und vorhandene Vorkenntnisse erweitern, jedoch kein Zusatzstudium absolvieren möchte. Ohne die Schwere, welche Wissensberge mitunter unverdaulich macht, wird eine solche Vermittlung bezüglich Luthers beziehungsweise der Reformation mit dem von Dietmar Pieper und Eva Maria Schnurr herausgegebenen Buch, das mit Blick auf das Zielpublikum vielleicht etwas spärlich illustriert ist.

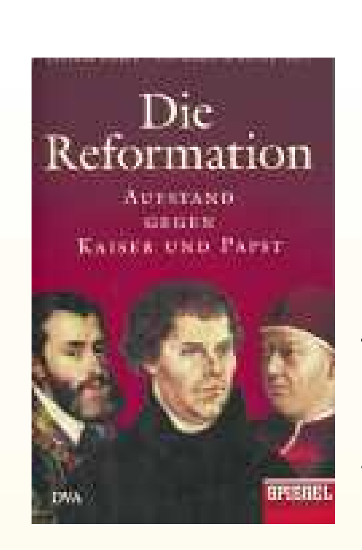
Die Einleitung betont, wie stark die Reformationsgeschichtsschreibung früher interessengebunden war. Verschiedene Autoren, überwiegend auf historische Themen spezialisierte Journalisten, präsentieren in kurzen Einzelbeiträgen, welche bereits in Form eines „Spiegel-Geschichte“-Heftes erschienen

Buchdruck von großer Bedeutung

sind, wesentliche Aspekte der Reformation. Ob in unseren Tagen wirklich „ein unverstellter Blick auf die Ereignisse nach 1517“ möglich ist, so die These der Herausgeber, sei dahingestellt. In jedem Fall gelungen ist eine gut lesbare Darstellung, die auch Grundlegendes wie „Kernpunkte des reformatorischen Denkens“ prägnant zusammenfasst und durch Interviews mit namhaften Reformationsforschern, etwa Thomas Kaufmann und Heinz Schilling, die Brücke zur Wissenschaft schlägt.

Am Beginn steht, eingebettet in die großen Veränderungen der Zeit um 1500, die Biografie des Hauptprotagonisten Martin Luther. Die Reformationsproblematik wird aus der machtpolitischen Sicht Kaiser Karls V. in Augenschein genommen. In Form einer kurzen chronologischen „Reportage“ werden die Ereignisse des Wormser Reichstages von 1521 nachgezeichnet, auf welchem Luther der Aufforderung widerstand, die Inhalte seiner Schriften zu widerrufen. Wichtiger Wegbereiter der Reformation war Friedrich der Weise von Sachsen, der seine Hand über Luther hielt, zugleich aber, nicht so ganz mit dessen Lehren vereinbar, eine der größten Reliquiensammlungen dieser Zeit zusammengetragen hatte. Neben dem Schutz des Kurfürsten waren weitere Umstände für die Verbreitung von Luthers Lehren von großer Bedeutung – etwa die gar nicht so lange zuvor erfolgte „Erfindung“ des Buchdrucks oder der Einsatz des Luther gewogenen Malers Lucas Cranach. In einem neuen Buch über die Reformation dürfen natürlich Frauen wie Katharina von Bora und Elisabeth von Rochlitz, welche entsprechend auftraten, nicht fehlen. Über das Wirken weiterer Reformatoren wie Martin Bucer und Huldrych Zwingli, die Wiedertäufer von Münster, die Gegenreformation und vieles mehr ist Grundlegendes zu erfahren. Das Ganze erstreckt sich bis zum Augsburger Religionsfrieden von 1555, hier als „politischer Handel“ apostrophiert. Und nicht zuletzt informiert das facettenreiche Buch über eine Variante, die Frage nach der Historizität des Thesenanschlags zugleich mit „ja“ und „nein“ zu beantworten.

Erik Lommatzsch



Dietmar Pieper/ Eva-Maria Schnurr (Hrsg.): „Die Reformation. Aufstand gegen Kaiser und Papst“, *Deutsche Verlagsanstalt, München 2016, gebunden, 256 Seiten, 19,99 Euro*

»Eigenartiger« Fremdenführer

Die USA sind ein Land, in dem sich einst Abenteurer, religiöse Fanatiker und Außenseiter niederließen – eine demografische Mischung, die sich in den letzten 400 Jahren kaum geändert hat“, heißt es in dem Buch „So sind sie, die Amerikaner“, aus der Reihe „Die Fremdenversteher“. Die Taschenbücher widmen sich den Eigenarten der Bewohner verschiedener Nationalitäten und versuchen, diese dem Reisewilligen näherzubringen. In dem Buch über Amerikaner spricht eine in Washington lebende Autorin mit europäischen Wurzeln. Sie weiß, wovon sie berichtet, denn sie ist in der Hauptstadt aufgewachsen, was ihr tiefe Einblicke in Leben und Gewohnheiten ihrer Landsleute gab.

Wer vorhat, in eines der Länder zu reisen, dort vielleicht sogar zu leben oder einen Partner aus diesen Nationen zu finden, wird nach der Lektüre sicher ein wenig mehr Verständnis haben für die bis dahin unbekannten Eigenarten der Einheimischen. Für den einen oder anderen, der sich des Öfteren in den Ländern aufgehalten hat, kommt es beim Lesen sogar zum Aha-Effekt, da man vieles wieder erkennt.

Ein Amerikaner, des Deutschen mächtig, der sich das Werk über seine Landsleute vorgenommen hat, äußerte seine Meinung mit den Worten, er sehe erst einmal nichts Falsches darin. Eine qualitativ hochwertige Aussage, die für den Inhalt dieses Bändchens spricht. Hier werden nicht nur Klischees aufpoliert, sondern feine Unterschiede zwischen den Nationen beleuchtet. *Silvia Friedrich*



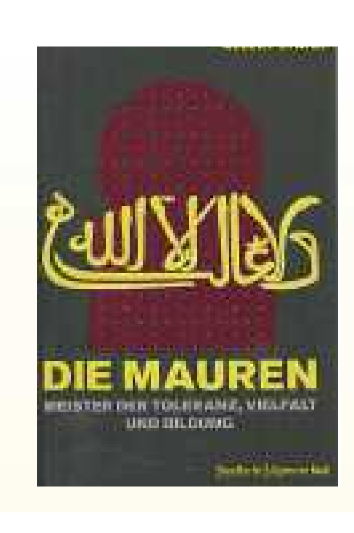
Stephanie Faul: „Die Fremdenversteher. So sind sie, die Amerikaner“, *Reise Know How Verlag Peter Rump, Bielefeld 2017, broschiert, 108 Seiten, 8,90 Euro*

Unpassender Vergleich

Als mächtigstes Zeugnis der Maurenherrschaft in Südspanien ist die Alhambra, in Granada erhalten und heute ein wichtiger Touristenmagnet.

Wie es dazu kam, dass fast acht Jahrhunderte lang der Islam zum Südwesten des christlichen Abendlandes gehörte und die Invasoren zu einer Blüte von Kultur und Bildung führten in einem geografischen Bereich, den sich heute Spanien, Gibraltar, Portugal und Andorra teilen, beschreibt der Schweizer Andragogik-Experte Albert Stähli in seinem Buch „Die Mauren“ sehr anschaulich.

Das Buch wäre mit Gewinn zu lesen, wenn nicht der Vergleich der Mauren, die auf der Flucht vor despotischen Herrschern aus Hochkulturen einwanderten, mit heutigen Asylbewerbern, die in der Regel aus Gegenden zu den Mauren aus Entwicklungsländern zu uns kommen, gezogen würde und – politisch korrekt – zu mehr Toleranz gemahnt würde mit dem Appell, sich ein Beispiel an den Mauren zu nehmen. *MRK*



Albert Stähli: „Die Mauren. Meister der Toleranz, Vielfalt und Bildung“, *Frankfurter Allgemeine Buch, Frankfurt 2016, gebunden, 199 Seiten, 19,90 Euro*

Von »Lalelu« bis »Guten Abend, gut' Nacht«

Unter der Dusche“, „im Auto“, bekommt man als Antwort zu hören auf die Frage: „Singen Sie und wenn ja, wann?“. Junge Eltern antworten auch häufig „beim Zu-Bett-Geh-Ritual“. Dorothée Kreusch-Jacob ist Konzertpianistin, Musikpädagogin, Liedermacherin und Schriftstellerin. Sie hat bereits einige die Phantasie anregende Bücher geschrieben. Nun sammelte sie für dieses Abendliederbuch Gute-Nacht-Lieder und Geschichten, schrieb eigene Lieder und erfand Spiele dazu. Diese Sammlung ist in fünf Kapitel unterteilt. „Geht die Abendsonne schlafen“ hält Lieder, Gedichte und Geschichten zur Dämmerung bereit, darunter auch die Geschichte „Der Große Bär“ von Leo Tolstoi und „Twinkle, twinkle, little star!“, ein Volkslied aus England samt Übersetzung.

Das zweite Kapitel „Kleiner Hase, komm nach Haus – der Tag ist aus!“ enthält Lieder wie Mozarts Kanon „Bona nox“ oder das jiddische Volkslied „Shlof main fegele“ und Geschichten wie „Der kleine Zoowärter und die Fledermäuse“ von Gina Ruck-Pauquèt.

Hinter dem etwas unheimlich klingenden Kapitel „Die Nacht kommt in dein Zimmer“ steckt kein Gespenst, höchstens ein Kuschelbär. Helme Heines „König Hupf der Erste“ und die Lieder „Lalelu“ oder „Leise, Peterle, leise“ halten keinen „Schrecken“ bereit.

Praxistipps einer vielseitigen Autorin

Das vierte Kapitel ist den Träumen gewidmet. Es enthält viele von Kreusch-Jacob komponierte Lieder zu Texten von Michael Ende.

Das letzte Kapitel, „Gib mir deine kleine Hand“, hält „Klassiker“ wie „Guten Abend, gut' Nacht“, den dreistimmigen Kanon „Dona nobis pacem“ oder Grimms Märchen „Die Sterntaler“ bereit.

Zum Abschluss gibt es noch eine Grifftabelle für Gitarrenbegleitung und ein Verzeichnis der Lied- und Textanfänge. Die Lieder- und Textsammlung enthält viele Hinweise, wie Lieder und Texte begleitet werden können. Zum Beispiel mit „Zauberklängen“. Dazu füllt man ein Glas mit Wasser so voll, dass der Ton C entsteht, ein zweites Glas soll den Ton F erklingen lassen. Als Hilfsmittel werden Klavier, Gitarre oder Blockflöte genannt. So werden nicht nur die Zuhörer begeistert, sondern auch die (Vor-)Sänger inspiriert. Wie können Geschichten und Lieder begleitet werden? Kann ich Bewegungen einbauen, die das Lied verstärken?

Warum allerdings die letzte und schönste Strophe des Liedes „Weißt du, wie viel Sternlein stehen“ in einem 224-Seiten umfassenden Buch nicht abgedruckt wurde, ist schwer nachzuvollziehen.

Was das Buch besonders macht, sind die stimmungsvollen Bilder von Quint Buchholz, dessen Illustrationen man bereits von Büchern wie „Sofies Welt“ kennt.

Christiane Rinser-Schrut



Dorothée Kreusch-Jacob/Quint Buchholz: „Sonne, Mond und Abendstern. Das große Liederbuch zur guten Nacht“, *Carl Hanser Verlag, München 2017, gebunden, 224 Seiten, 24 Euro*

Konstruierte Gespräche eines Integrationswilligen

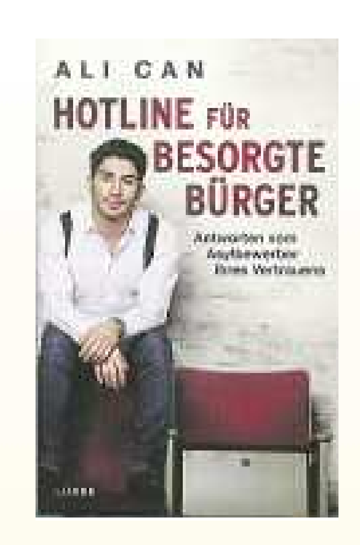
Das Buch „Hotline für besorgte Bürger“ war ein ambitioniertes und mutiges Unterfangen des jungen Autors Ali Can, der 1992 in der Türkei geboren wurde. Die kurdischen Aleviten wurden verdächtigt, mit den PKK-Kämpfern zu sympathisieren und waren systematischen Benachteiligungen ausgesetzt. Seine Familie entschloss sich 1995 zur Ausreise. Ali durchlief das Schulsystem, und heute absolviert er in Gießen ein Lehramtsstudium.

Nach der unkontrollierten Massenzuwanderung, den Pegida-Demonstrationen und den Bildern vom „rassistischen Osten“ machte er kurz vor Ostern 2016 eine fast einwöchige „Ostdeutschland-Tour“ nach Leipzig, Dresden und Hoyerswerda. Er möchte gern „Brückenbauer“ sein und für „ein interkulturelles, friedliebendes Miteinander“ werben. Er tritt auf als „Asylbewerber Ihres Vertrauens“. In seinem Buch stellt er sechs Gespräche unterschiedlicher Thematik zusammen. Seine Devise lautet: „reden und zuhören, ohne zu bewerten“.

Doch das blieb graue Theorie. Alle Gespräche lassen eine spontane Natürlichkeit vermissen und fühlen sich konstruiert an, ob mit einer Hausfrau, einem um das „christliche Abendland“ besorgten Dresdner, einem AfD-Mitglied, einem jungen Mann aus Köln, der sich über „integrationsunwillige Migranten“ aufregt. Obgleich beschworen wird, Pauschalierungen zu vermeiden, wird oberflächliches „Schubladendenken“ praktiziert, werden Klischees bedient, auf allen Seiten.

Die Gespräche sind wenig gehaltvoll und enden im Irgendwo. Eines wird offensichtlich: Ein Verstehen des „Anderen“, eine Verständigung ist unmöglich, solange keine gemeinsame Sprache gesprochen wird. Es ist so, „als ob ein Fischer aus Sibirien über Kokosnüsse philosophiert“. Wer vorgibt, „für verzerrte Bilder zu sensibilisieren“, sollte sich nicht solcher bedienen, wenn er nicht weiterweiß.

Den Rezensenten hat das Buch etwas enttäuscht, auch wenn die Absicht sehr ehrenwert ist. Jugend und Spontaneität sind notwendige, aber keine hinreichenden Garantien für Erfolg. In der Masse verhindern sie keine Parallelgesellschaften, lösen sie keine Konflikte, zumal wenn man übersehen hat, dass der Islam eine barmherzige, friedliche Religion ist, es im Grunde keine muslimischen Attentäter gibt. Und die pauschale Spaltung eines Volkes in gute „Gutmenschen“ und böse „Rechtspopulisten“, für die man sich „fremdschämen“ muss, ist schon gar kein geistreicher Ansatz. Den „divide et impera“-Ansatz beherrscht die Politik selbst. *Wolfgang Thüne*



Ali Can: „Hotline für besorgte Bürger – Antworten vom Asylbewerber Ihres Vertrauens“, *Bastei Lübbe Verlag, Köln 2017, broschiert, 272 Seiten, 16 Euro*

Ohne Angst abnehmen

Ehrlich gesagt hat das Buch „Abnehmen ist leichter als Zunehmen“ von Andreas Winter die Rezensentin nach der Lektüre eher ratlos gemacht. Das Buch versteht sich nämlich weniger als Ratgeber oder als Anleitung zum Abnehmen, denn als Betrachtung eines Gesundheitsthemas aus tiefenpsychologischer Sicht.

Winters Theorie ist, dass Zunehmen etwas mit versteckten Ängsten zu tun hat, denn Angst mache dick. Deshalb gelte es, die eigenen Ängste aufzuspüren.

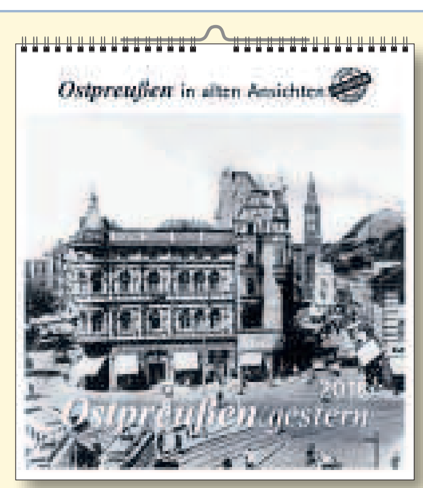
Der Diplom-Pädagoge betreibt ein Coaching-Institut in Iserlohn. Seit 30 Jahren arbeitet er mit Tiefenpsychologie und Hypnose. Einzige Erkenntnis nach der Lektüre ist die allgemein bekannte Tatsache, dass man viel Wasser trinken muss, wenn man abnehmen will. *MRK*



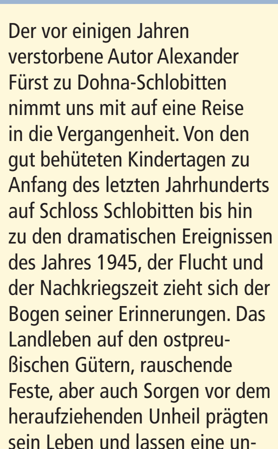
Andreas Winter: „Abnehmen ist leichter als Zunehmen“, *Mankau Verlag, Murnau 2017, broschiert, 136 Seiten, 9,95 Euro*



Silke Osman (Hrsg.)
Der Redliche Ostpreuße 2018
Ein Kalenderbuch für 2018
Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2018, jetzt mit 160 Seiten. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten, Regisseure und Architekten wie Marie Thierfeldt, Nicolaus Coppernicus, Carl Steffeck, Gertrud Bischoff, Katharina Szelinski-Singer, Elisabet Boehm, Friedrich Reusch, Johannes Marienwerder, Johanna Wolff, Richard Friese u.v.m. sowie Erzählungen und Gedichten von: Agnes Miegel, Hannelore Patzelt-Hennig, Siegfried F. Wiechert, Ernst Wiechert, Ruth Geede, Hermann Sudermann, Eva Maria Sirowatka, Hildegard Rauschenbach, Hedwig von Lölhöffel, Hans-Ulrich Stamm, Joachim Ringelnatz, Walter Adamson, Robert Budzinski, Grete Fischer, Agnes Harder, E.T.A. Hoffmann, Johann Gottfried Herder u.v.m. Format 17 cm x 24 cm. 160 Seiten
Nr. P 533182 Gebunden 9,95 €



Kalender Ostpreußen in alten Ansichten 2018
Spiralbindung. Format 29 x 32 cm.
Nr. P A1170 Kalender 14,90 €



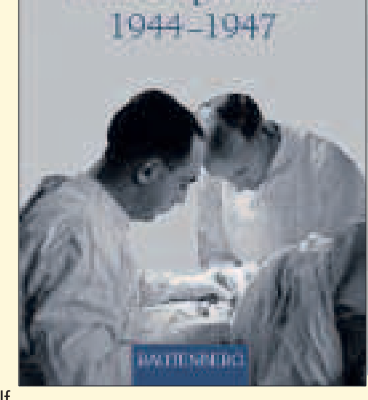
Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
66 S/W-Abbildungen.
384 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533115 14,95 €

Der vor einigen Jahren verstorbene Autor Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten nimmt uns mit auf eine Reise in die Vergangenheit. Von den gut behüteten Kindertagen zu Anfang des letzten Jahrhunderts auf Schloss Schlobitten bis hin zu den dramatischen Ereignissen des Jahres 1945, der Flucht und der Nachkriegszeit zieht sich der Bogen seiner Erinnerungen. Das Landleben auf den ostpreußischen Gütern, rauschende Feste, aber auch Sorgen vor dem heraufziehenden Unheil prägten sein Leben und lassen eine untergegangene Welt noch einmal auferstehen! Kaum ein zweiter Name ist so eng mit Ostpreußen verknüpft wie der des Fürsten.



Postkartenkalender Nidden und die Kunst auf der Kurischen Nehrung 2018 (Format 16,6 x 17,4 cm)
Mit 12 heraustrennbaren Kunstpostkarten. Spiralbindung.
Nr. P A1176 Kalender 6,95 €





Dr. Horst Wolf
Als Stabsarzt in Danzig, Westpreußen und Ostpreußen 1944–1947
„Das Ende des Jahres 1944 und der Anfang des neuen Jahres brachten der Lazarettstadt Elbing die Gewissheit des baldigen Zusammenbruchs." So beginnt der aufwühlende Zeitzeugenbericht von Dr. Horst Wolf, der als Stabsarzt der Reserve Kriegsverletzungen der Patienten behandelte. Er erlebt die heillose Flucht des kompletten Klinikpersonals. Es gelingt ihm, die Verwundeten mit einem Lazarettzug zu evakuieren. Als Arzt im Reservelazarett Danzig-Langfuhr erlebt Dr. Wolf die Einnahme der Stadt durch die Rote Armee und wird mehrfach Zeuge von brutalen Übergriffen der russischen Soldaten. Als Kriegsgefangener im Zuchthaus in Graudenz muss er mit ansehen, wie viele seiner Mitgefangenen, halb verhungert und entkräftet, von Seuchen und Krankheiten dahingerafft werden und entkommt selbst dem sicheren Tod nur durch ein Wunder. Nach Preußisch Eylau verlegt, arbeitet er als Arzt im Sanitätslager 583 und im Rajon-Krankenhaus. Der mitreißend geschriebene Bericht lässt uns teilhaben am Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung in den ehemaligen deutschen Provinzen unter russischer Herrschaft. 176 Seiten
Nr. P 533195 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €



Ruth Geede
Die Weihnachtsfamilie
Vom Zauber der ostpreußischen Weihnacht
„‚O du fröhliche …' sangen wir als Kinder mit besonderer Inbrunst, denn Weihnachten war ja ein fröhliches Fest, jedenfalls bei uns daheim in Ostpreußen". So beginnt Ruth Geedes Vorwort für den Titel „Die Weihnachtsfamilie" in dem, neben eigenen Texten, Lieder, Gedichte und Geschichten ostpreußischer Autorinnen und Autoren versammelt sind. Auch Rezepte mit Leckereien rund um die Weihnachtszeit fehlen nicht, denn was wäre ein Weihnachtsfest in Ostpreußen ohne das unvergleichliche Marzipan, das von der Großmutter höchstpersönlich zu diesem Anlass hergestellt wurde. Ruth Geede führt uns mit „Die Weihnachtsfamilie" zurück in die alte Heimat Ostpreußen, sie erinnert an weiße Weihnacht mit klirrendem Frost und Schlittenfahrten durch tiefverschneite Wälder und immer glaubt man bei der Lektüre den Duft von Honig und Harz zu verspüren und vernimmt das Zischen der Bratäpfel in der Röhre des bullernden Kachelofens. 160 Seiten.
Nr. P 533190 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €



Holzkistchen
Königsberger Marzipan Teekonfekt
200 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5653 Marzipan 14,90 €



Schwermer Trüffelsterne ohne Alkohol
108 Gramm vakuumverpackt
Nr. P A0647 Trüffelsterne ohne Alkohol 5,65 €



Kurenkaffee
Ostpreußischer Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5688 17,95 €



Trakehner Blut
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5697 1 Flasche 21,60 €
Nr. P A0298 3 Flaschen 62,00 €

Holzkistchen
Königsberger Marzipan „Königsberger Schloss"
400 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5651 Marzipan 28,95 €

Holzkistchen
Königsberger Marzipan „Königsberger Schloss"
200 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5654 Marzipan 15,90 €



Königsberg
Marzipan-Herz
Schwermer Marzipan-Herz einzeln in Cellophanfolie verpackt
50 Gramm geflämmtes Marzipan mit Zuckerguss in der Mitte.
Das Marzipan-Herz der Confiserie Schwermer aus Königsberg in Ostpreußen ist auch eine traditionelle Muttertagsgabe.
Nr. P 5659 Marzipan-Herz 2,98 €



Bärenjäger
Ostpreußischer Bärenfang
35 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5680 19,90 €

Danziger Goldwasser
Danziger Liqueur
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5811 21,95 €



Meschkinnes
Der Ur-Bärenfang
50 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5692 21,45 €



Tapi
Original Bärenfang
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5695 21,45 €



Pillkaller
Edel-Machandel
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5696 17,95 €



Trakehner Esprit
Edler Reiterschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5703 21,45 €



Schit-Lot-Em
Pommerscher Magenlikör
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5689 21,45 €



Bärenblut
Honig und Holunder
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5694 21,45 €



Bernsteinriegel
Meschkinnes, Bärenblut, Bärenfang, Kurfürstlicher Magenbitter und Danziger Goldwasser. je 0,10 Liter im Tragekarton
Nr. P 5702 Spirituosen (5 x 0,10 Liter im Tragekarton) 21,45 €



5 Ostpreußische Liköre
5 Flaschen je 0,10 Liter ostpreußische Liköre im Tragekarton.
Nr. P 5803 19,95 €



Moosbeere mit Wodka
Baltische Spezialität
20 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5685 17,95 €



Lorbass
Altpreußischer Kartoffelschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5673 16,95 €



Marjellchen
Schwarzer Johannisbeerlikör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5693 17,95 €

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintensive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Wendt von Uni ausgeladen

Frankfurt am Main – Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DpolG), Rainer Wendt, wurde von der Goethe-Universität Frankfurt als Redner wieder ausgeladen. Wendt sollte über den „Polizeialltag in der Einwanderungsgesellschaft" sprechen. 60 Dozenten warfen ihm „rassistische Denkstrukturen" vor. Das einladende Institut sagte den Vortrag schließlich ab, weil es eskalierenden Protest von links befürchtete. *H.H.*

JU-Chefin gegen »Genderwahn«

Hamburg – Die Landesvorsitzende der Jungen Union (JU) Hamburg, Antonia Niecke, will die sogenannte geschlechtergerechte Sprache in Schriftstücken des Stadtstaats wieder abschaffen. Statt etwa „Bürgerinnen und Bürger" soll es künftig nur noch „Bürger" heißen. Hamburg hatte die Doppelnennung 1995 eingeführt. Die 25-Jährige bezeichnet dies als „Genderwahn", der die Texte unnötig verkompliziere. *H.H.*

ZUR PERSON

In der Ruhe liegt seine Kraft

Eines muss man Sachsens Landeschef Stanislaw Tillich lassen: Er bleibt nicht wie andere Politiker bei Wahlniederlagen auf seinem Stuhl kleben. Weil bei den Bundestagswahlen die Sachsen-CDU in ihrem Bundesland nur zweitstärkste Partei hinter der AfD wurde und weil ihn die Kritik des Ex-Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf geschmerzt hat („nicht für das Amt geeignet"), verkündete er seinen Rücktritt.

Dafür soll **Michael Kretschmer** im Dezember das Amt des sächsischen Ministerpräsidenten übernehmen. Nur eineinhalb Jahre hat er bis zur nächsten Landtagswahl Zeit, um seine Partei wieder vor die AfD zu bringen. Angesichts des Gegenwinds aus Berlin und der Tatsache, dass Sachsen auch wegen Pegida eine AfD-Hochburg ist, ist das eine Herkulesaufgabe.

Die neue Aufgabe kommt für Kretschmer aber zur rechten Zeit, ist er doch politisch gerade arbeitslos geworden: Nach 15 Jahren im Bundestag, wo er zuletzt stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender war, verlor er im September das Direktmandat in seinem Wahlkreis Görlitz – an die AfD. Um gegenzusteuern übernimmt er inzwischen sogar die Rhetorik der AfD, spricht vom „starken Rechtsstaat", redet davon, dass „deutsche Werte, das Grundgesetz nicht verhandelbar sind", forderte die schnelle Abschiebung abgelehnter Asylbewerber und stimmte als zweifacher lediger Vater gegen die „Ehe für alle".



Bild: Laurence Chaperon

Die Zeit als Ministerpräsident wird der erst 42-jährige Görlitzer, der nach der Mittleren Reife über den zweiten Bildungsweg in einer Dresdener Fachhochschule sein Diplom als Wirtschaftsingenieur ablegte, nutzen, um sein konservatives Profil weiter zu schärfen. Das dürfte schwer werden für den vom Temperament her ruhig-abwägenden Politiker, der die Dinge eher langsam angeht. *H. Tews*



Krankenbesuch

»Bunt« mal ganz blass

Wie sich eine Autorin im Gestrüpp der Korrektheit verfängt, wie wir uns unsere Aufreger aussuchen, und warum die »Antifa« schwieg / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Die US-Schriftstellerin Laura Moriarty macht harte Zeiten durch. Eigentlich hat sie den Roman „American Heart" („Amerikanisches Herz") geschrieben, um den Rassismus und die Hartherzig der weißen US-Mehrheitsbevölkerung gegenüber Minderheiten anzuprangern und zur Besserung aufzurufen.

Die Handlung: In einer dunklen Zukunft müssen US-Moslems in Lagern leben, was die 15-jährige Ich-Erzählerin Sarah nicht weiter schert, weil sie es im Grunde sogar richtig findet. Als ihr eine iranischstämmige Jugendliche Sadaf über den Weg läuft, die aus dem Lager geflüchtet ist, will Sarah die Entlaufene denn auch gleich bei den Behörden melden.

Dann aber geschieht die wundersame Wandlung: Sadaf polt die dumme Sarah zum kritischen Geist um und beide schlagen sich gemeinsam nach Kanada durch. Aus der Gewohnheitsrassistin Sarah wurde die Retterin einer Verfolgten. Alles wurde gut, und die Leser saugen Sarahs Lektionen gleich mit auf.

„Kirkus Review", ein Magazin für Buchbesprechungen, war hingerissen und verlieh Moriartys Band einen Stern, was als große Auszeichnung gilt. Alle waren glücklich.

Allerdings nicht lange: Kultursensible Beobachter fielen empört über das Buch, die Autorin und das Magazin her: Die Darstellung einer Weißen als Retterin, die einer Muslimin beisteht, sei Rassismus. „Kirkus Review" reagierte, wie dies mutige Verlage in den Zeiten eben tun, wo „Zivilcourage" aus jeder Ecke quillt: Eingeschüchtert zog man die positive Rezension von „American Heart" zurück und nahm dem Buch den Stern wieder weg.

Moriarty ist tief getroffen. Hätte sie die Rollen vielleicht umgekehrt verteilen sollen? Muslimin rettet flüchtige Nichtmuslimin vor dem Lagerelend.

Ach, um Himmels Willen! Es wäre ihr keinen Deut besser ergangen. Denn erstens hätte sich die nichtmuslimische Autorin auf diese Weise damit angemaßt, zu wissen, wie eine Muslimin denkt und fühlt. Das nennt man „Aneignung", was laut neuester Antirassismus-Regel ein ganz böser Verstoß gegen die akzeptablen Sitten ist. Zweitens wären dann ja Nicht-Muslime die Opfer und Muslime die Täter, welche Andersgläubige in Lager stecken. Selbst in einem Phantasie-Roman kann so etwas nicht geduldet werden und, nein, wir wollen jetzt nicht über das Schicksal der Jesiden im irakischen Sindschar-Gebirge reden und auch nicht über das „Juden ins Gas"-Geschrei, welches radikale Moslems vor drei Jahren in einer westdeutschen Großstadt angestimmt haben.

Laura Moriarty hat die Ausweglosigkeit ihrer Lage erkannt: Die Botschaft der Kritiker sei, dass sie diese Geschichte grundsätzlich nicht schreiben dürfe.

Tja, Mädel, dann schreib doch andere Sachen! Nämlich rein „weiße" Geschichten mit ausschließlich abendländischen Darstellern für ein weißes Publikum, Punkt.

> Um nicht anzuecken, sollten Romanciers am besten gar nichts mehr schreiben

Das müsste doch gehen, oder? Ha! Autoren, die es (meist ohne gezielte Absicht) so halten, donnert der Vorwurf entgegen, dass „Minderheiten" in ihren Erzählungen nicht vorkämen, womit ihnen ein verdeckter Rassismus untergejubelt wird.

Also am besten gar nichts mehr schreiben? Das wäre wohl die sauberste Lösung.

Der Sieg des Antirassismus zeigt sich in bleierner Stille, die nur noch von entsetzlich verrenktem Geschwurbel gelegentlich durchstoßen wird. Viele, vor allem junge Menschen, haben mittlerweile weniger Angst davor, völligen Blödsinn zu reden, als aus Versehen auf einer politisch unkorrekte Formulierung auszurutschen.

Um das zu vermeiden, muss man sich aber nicht nur seine Wortwahl genau aussuchen, sondern auch, wen man anklagt. Nachdem in den USA ein schmieriger Löffel von Filmproduzent wegen Übergriffigkeiten gegen Frauen am Pranger steht, lesen wir auch in Deutschland immer mehr über weibliche Promis, denen sich Männer, oft vor Jahrzehnten, unsittlich genähert haben sollen. Eine Welle der nachgeholten Empörung rollt durchs Land. Nur ganz klein dazwischen stören beiläufige Meldungen über Frauen, die in Parks oder an Straßen von Männern oder gleich ganzen Horden davon bedrängt, zusammengeschlagen (bis zur Krankenhausreife) oder vergewaltigt werden. Die Leipziger Polizei empfiehlt Frauen inzwischen, nicht mehr allein joggen zu gehen, nachdem dort eine über 50-Jährige am helllichten Tag Opfer einer überaus brutalen Vergewaltigung wurde.

Doch das interessiert uns eigentlich nicht so sehr. Stattdessen erregen wir uns über das Kompliment eines Botschafters a.D. an die SPD-Politikerin Sawsan Chebli. Oder über die jetzt aufgetauchte Enthüllung, dass die TV-Ansagerin Birgit Schrowange im Jahre 1983 vom ZDF-Sendeleiter die Hand aufs Knie gelegt und den Nacken gestreichelt bekam. Sagt sie zumindest. Und wir wollen das glauben.

Zumindest die Schrowange-Geschichte ist in der Tat eklig. Doch irgendwie wundert einen die riesige Aufmerksamkeit für solche Vorfälle, wenn es nahezu gleichzeitig auftauchende Nachrichten über bestialische Vergewaltigungen nur dann noch zum gesamtnationalen Aufreger schaffen, wenn die betroffene Frau dabei zu Tode gekommen ist.

Ziemlich verrutscht, unsere Wahrnehmung, nicht wahr? Sicher, wir kennen den Grund. Der Knie-Grapscher war ein Deutscher, während die Monster in den Parks fast durch die Bahn als „südländisch aussehender Typ" oder „Schwarzafrikaner" beschrieben werden. Gelegentlich entpuppen sich die Täter, wie neulich ein Nigerianer in München, bei ihrer Festnahme auch noch als abgelehnte Asylbewerber, die gar nicht mehr im Land sein sollten.

Stellen wir uns doch nur einen kleinen Moment lang vor, es wäre umgekehrt: In grausiger Regelmäßigkeit schössen Meldungen durch die Medien, dass schon wieder ein Deutscher eine Frau aus Afrika oder dem Orient im Park vergewaltigt, geschlagen, erniedrigt oder gar ermordet hat. Was dann wohl los wäre im Land? Was die Landsleute und Glaubensgenossen der Opfer wohl dazu sagen würden? Was die zahllosen Asylhelfer- und Antirassismusvereine?

Im bayerischen Waldkraiburg haben 80 überwiegend türkische oder türkischstämmige Menschen vor der örtlichen Erstaufnahme-Einrichtung für Asylsucher demonstriert. Anlass: Ein 37-jähriger Türke, der mit Frau und zwei Töchtern im Park gewesen war, war dort mit Asylbewerbern aus der Einrichtung aneinandergeraten. Ein Farbiger habe seine 14-jährige Tochter „angemacht". Als er seine Familie schützen wollte, sei er mit einer Bierflasche und die Tochter mit einem Stein beworfen worden. Darauf habe sich die Familie in die nahegelegene Wohnung der Schwiegermutter geflüchtet. Zuletzt seien ihnen „30 bis 40 Blackmen" gefolgt.

Darauf hat der Mann via Facebook zu der Demo aufgerufen, wo er forderte, „dass was gegen die Gewalt von Asylbewerbern unternommen wird". Ein anderer Redner hat laut „Oberbayerischem Volksblatt" gesagt, dass man von provozierenden Blicken, Pöbeleien und Lärmbelästigungen durch die Asylsucher genug habe und sich nicht mehr sicher fühle.

Eigenartig: Hätten eingeborene Deutsche (am besten: Sachsen!) auf diese Art demonstriert, wäre das bestimmt bundesweit durch die Nachrichten gegangen: „Rassistischer Mob schüchtert nach angeblichem Zwischenfall Flüchtlinge ein" oder so ähnlich. Diesmal: nichts davon.

Und noch etwas fehlte: Wo war eigentlich die Antifa und die Initiative „Waldkraiburg ist bunt", die wenige Tage zuvor zum großen Aktionstag „gegen den braunen Sumpf" geladen hatte? Von denen hörte man nichts. Ach, vermutlich ist denen nur noch kein Dreh eingefallen, wie sie „deutsche Täter" für den Schlamassel verantwortlich machen können. Sobald sie den gefunden haben, melden die sich schon.

MEINUNGEN

*Wer in Tschechien ankomme, fahre sowieso gleich weiter nach Deutschland, enthüllt der **tschechische Verteidigungsminister Martin Stropnicky** in der „Welt" (25. Oktober), und erklärt eindringlich, wo das **Problem der Einwanderung** liegt:*

„Wenn es sich um eine Frau mit zwei Kindern handelt, dann muss ihr natürlich geholfen werden. Aber in 80 Prozent der Fälle handelt es sich um starke, junge Männer mit modernen Smartphones in der Tasche, die Fotos vom Genfer See gesehen haben, mit jungen Frauen im Bikini, und die jetzt ein schönes Leben im Westen haben wollen. Die Einwanderung ist ein größeres Geschäft geworden als Drogen!"

*Für den österreichischen Blogger Andreas Unterberger („andreas-unterberger.at", 22. Oktober) strahlt der **Wahlsieg** der **Euro-Kritiker** in **Tschechien** auf ganz Europa:*

„Der tschechische Urnengang zeigt: Jene Welle, die europaweit zumindest seit Ausbruch der Völkerwanderung, aber in Wahrheit schon seit der völlig verfehlten Politik rund um die Griechenland-Rettung alle Wahlen dominiert, ist endgültig zu einem Tsunami geworden."

***Rainer Zitelmann** schüttelt im Debatten-Magazin „The European" (24. Oktober) den Kopf über die **Schwerpunktsetzung der „Jamaika"-Parteien**:*

„Absurd: Eben hat die SPD ihren Wahlkampf mit ‚sozialer Gerechtigkeit' haushoch verloren und jetzt erklären Vertreter von CDU und Grünen, das ‚Soziale' solle im Mittelpunkt einer Jamaika-Koalition stehen ... Alle Umfragen belegen, dass das Thema ‚Begrenzung der Zuwanderung' und eben gerade nicht die ‚soziale Gerechtigkeit' das wichtigste Thema für die Wähler ist."

*Die Plattform „Journalistenwatch.com" (24. Oktober) zitiert den in Israel geborenen US-Blogger **Daniel Greenfield**, für den **Frankreich bereits im Krieg** lebt und der **Europa prophezeit**:*

„Die westlichen Gesellschaften müssen große Armeen bereitstellen, um kleine Terrornetzwerke zu vernichten, die sich mit ihren Unterstützern aus den Golfstaaten zusammengetan haben. Soldaten patrouillieren durch die Städte und warten auf einen oder mehrere islamischen Terroristen, die bereit zum Angriff sind. Dieselben Soldaten beschützen die Moscheen, in denen Hass verbreitet und zur Ermordung der Ungläubigen aufgerufen wird. So gewinnt man keinen Krieg. So verliert man alles."

***„Jamaika"** wird kommen, dann aber **scheitern**, sagt **Christoph Schwennicke** im „Cicero" (25. Oktober) voraus:*

„Es wird mit Jamaika ... nicht klappen, weil da etwas zusammengespannt wird, das nicht zusammengehört. Denn es ist das eine, sich lustvollen und vorfreudigen Fantasien über dieses illustre Bündnis im politischen Feuilleton hinzugeben. Deutlich komplizierter wird es allerdings, wenn in der politischen Praxis derart divergierende Kräfte in der Spur gehalten werden müssen. Ein Drittes ist es schließlich, der eigenen Partei ein Identitätsgefühl zu geben. Das aber geht der CDU mit jedem weiteren Jahr Merkel ein Stück mehr verloren."